

2017

POSTBANK KONZERN
ZWISCHENBERICHT ZUM 30. JUNI 2017

DER POSTBANK KONZERN IN ZAHLEN

		01.01. – 30.06.2017	01.01. – 30.06.2016
Gewinn- und Verlustrechnung			
Gesamterträge	Mio €	1.624	1.697
Verwaltungsaufwand	Mio €	-1.338	-1.418
Ergebnis vor Steuern	Mio €	316	165
Konzerngewinn	Mio €	301	140
Bereinigtes Ergebnis vor Steuern ¹	Mio €	368	189
Cost Income Ratio	%	80,5	86,2
Return on Tangible Equity			
vor Steuern	%	12,0	6,4
nach Steuern	%	11,4	5,5
Ergebnis je Aktie ²	€	1,38	0,64

		30.06.2017	31.12.2016
Bilanz			
Bilanzsumme	Mio €	144.829	147.197
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Mio €	118.051	118.918
Forderungen an Kunden	Mio €	103.799	102.003
Risikovorsorge	Mio €	922	998
Eigenkapital	Mio €	7.369	7.226
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) regular phased-in	%	13,7 ³	14,2 ⁴
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) fully phased-in	%	12,8 ³	12,4 ⁴
Verschuldungsquote (Leverage Ratio) regular phased-in	%	3,9 ³	4,1 ⁴
Verschuldungsquote (Leverage Ratio) fully phased-in	%	3,6 ³	3,4 ⁴
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)		18.114	18.112
Langfristrating			
Fitch		A- Ausblick negativ	BBB+ Ausblick stabil

¹Die Bereinigungen können im Konzernzwischenlagebericht im Abschnitt „Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“ nachvollzogen werden.

²Bezogen auf 218,8 Millionen Aktien

³Unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns

⁴Unter Berücksichtigung der genehmigten Anrechnung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2016

INHALT

01	UNSER KUNDENGESCHÄFT	
	Entwicklungen im ersten Halbjahr 2017	4
02	ZWISCHENLAGEBERICHT	
	Wirtschaftsbericht	8
	Chancenbericht	16
	Risikobericht	18
	Prognosebericht	39
03	ZWISCHENABSCHLUSS	
	Gesamtergebnisrechnung	42
	Gewinn- und Verlustrechnung – Quartalsübersicht	44
	Sonstiges Ergebnis – Quartalsübersicht	45
	Bilanz	46
	Eigenkapitalveränderungsrechnung	47
	Verkürzte Kapitalflussrechnung	48
	Erläuterungen – Notes	49
	Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht	75
04	WEITERE INFORMATIONEN	
	Regulatorische Angaben	76

ENTWICKLUNGEN IM ERSTEN HALBJAHR 2017

Strategische Maßnahmen entfalten Wirkung im Kundengeschäft

Im ersten Halbjahr 2017 hat die Postbank – insbesondere durch Zuwächse im Kreditbestand – Fortschritte auf dem Weg hin zu einer ausgeglichenen Kundenbilanz erzielt. Auch die Wertpapieroffensive zeigte Erfolg – die positive Neugeschäftsentwicklung ließ das in Depots und Anlagekonten verwaltete Volumen auf 15,5 Mrd € ansteigen.

Erfolgsweg bei Girokonten setzt sich fort

Die Notwendigkeit zur Neupositionierung der Girokonten im Niedrigzinsumfeld wurde von unseren Kunden allgemein verständnisvoll aufgenommen, sodass der Bestand privater Girokonten zum 30. Juni 2017 weiterhin bei knapp 5 Millionen lag. Mit 170.000 neu eröffneten privaten Girokonten im ersten Halbjahr 2017 stellte die Postbank abermals die Attraktivität ihres Produktangebots unter Beweis. Ein Beleg hierfür ist auch die von FOCUS-MONEY vergebene Auszeichnung als bestes Girokonto (Ausgabe 07/2017). Die erfolgreiche Neupositionierung der Girokonten leistete einen maßgeblichen Beitrag dazu, die Ertragskraft der Postbank – in einem anhaltend herausfordernden Marktumfeld – zu stärken.

Mit dem vollständig digitalen Kontoeröffnungsprozess und dem mehrfach ausgezeichneten Finanzassistenten ist die Postbank – über ihr deutschlandweites Filialnetz hinaus – auch digital hervorragend aufgestellt. Das Angebot *Giro direkt*, speziell für online-affine Anwender, nutzten zum Berichtsstichtag über 225.000 Kunden. Für das Girokonto extra plus hatten sich mehr als 750.000 Kunden entschieden, die große Mehrzahl unserer Kunden verfügt über ein Girokonto plus.

Stabile Entwicklung im Einlagengeschäft

Der Postbank waren zum 30. Juni 2017 Einlagen (ohne Bauspareinlagen) in Höhe von 99,5 Mrd € anvertraut. Während die Einlagen im Vergleich zum Vorjahresende nahezu unverändert blieben, setzte sich der Trend rückläufiger Spareinlagen bei gleichzeitig steigenden täglich fälligen Einlagen in den ersten sechs Monaten 2017 fort. Das auf Sparprodukte entfallende Volumen sank um 1,3 Mrd € auf 37,3 Mrd €, die täglich fälligen Einlagen hingegen stiegen aufgrund der höheren Liquiditätshaltung im Niedrigzinsumfeld um rund 2,2 Mrd € bzw. 4,6 % auf 49,0 Mrd €. Im Fokus stand die Beratung zu Anlagealternativen im aktuellen Niedrigzinsumfeld.

Bestand im Ratenkreditgeschäft trotz starken Wettbewerbs ausgebaut

Der Bestand an Ratenkrediten konnte bei unveränderter Portfolioqualität um 0,3 Mrd € bzw. 3,4 % auf 7,7 Mrd € gesteigert werden. Diese positive Entwicklung ist vor allem vor dem Hintergrund des verschärften Wettbewerbs hervorzuheben. Im Neugeschäft mit Ratenkrediten verzeichneten wir in den ersten sechs Monaten 2017 mit einem Volumen von 1,4 Mrd € eine stabile Entwicklung gegenüber dem hohen Niveau des Vorjahreszeitraums, maßgeblich getrieben durch den Filialvertrieb mit einer Steigerung um 16,3 Mio € bzw. 4,3 % auf 398,9 Mio €.

Im Berichtszeitraum hat die Postbank im Rahmen der Digitalisierung wesentliche Prozessverbesserungen bei der automatisierten Haushaltsrechnung vorangetrieben. Bei der Kreditwürdigkeitsprüfung sollen zukünftig die Umsatzzahlen der Postbank Girokonten einbezogen werden. Ziel ist es, auf diese Weise eine schnellere, effizientere sowie kundenfreundlichere Selbstauskunft zu realisieren und die Qualität im Portfolio zu halten bzw. weiter auszubauen.

Erneut zeichnete die Wirtschaftszeitschrift FOCUS-MONEY (Ausgabe 26/2017) gemeinsam mit den Experten des Deutschen Finanz-Service Instituts (DFSI) die Postbank als Gesamtsieger im Test der kostengünstigsten Ratenkredite aus. Der zweite Platz wurde bei der Restschuldversicherung erreicht. Hier legt die Postbank höchsten Wert auf die Transparenz ihres Angebots. Zudem belegte die Postbank den ersten Platz in der aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Service-Qualität (DISQ-TEST, Ausgabe April 2017) im Auftrag von n-tv. Neben einem überzeugenden Service wurde der Postbank eine attraktive Kreditausstattung mit günstigen Konditionen beim Online-Abschluss bescheinigt. Darüber hinaus wurde der informative Internetauftritt positiv hervorgehoben.

Positive Entwicklung in der Baufinanzierung fortgesetzt

Das Neugeschäft in der privaten Baufinanzierung wird weiterhin von den außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen sowie durch einen engagierten Vertrieb getragen. Das Neugeschäftsvolumen inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen lag bei knapp 6,2 Mrd €. So konnte das gute Niveau des ersten Halbjahres 2016 nochmals um 0,7 Mrd € bzw. gut 13 % spürbar übertroffen werden. Damit wuchs das Neugeschäft der Postbank weiterhin stärker als der Markt, der einen Zuwachs im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten von 3,0 %¹ für alle deutschen Banken aufwies. Das Absatzvolumen der konzern eigenen Vertriebe (Filialen und mobiler Vertrieb) wuchs um 7,2 %. Im Vermittlergeschäft, das die Postbank über die Marke DSL betreibt, konnte die Vertriebsleistung um 23,2 % gesteigert werden.

Der Bestand an privaten Baufinanzierungen (ohne Bauspardarlehen) konnte im Vergleich zum Jahresende 2016 leicht um 0,7 Mrd € auf 69,7 Mrd € ausgebaut werden. Dass der Bestand trotz des gesteigerten Neugeschäfts nur langsam wuchs, hat im Wesentlichen zwei Gründe: zum einen den hohen Anteil der Kreditzusagen, die sich in der Bereitstellungsphase befinden, und zum anderen die weiterhin hohe Bereitschaft unserer Kunden zur Nutzung vereinbarter Sondertilgungsrechte.

Im Baufinanzierungs-Test der Finanzberatung Max Herbst (FMH) in Zusammenarbeit mit dem Nachrichtensender n-tv erhielten die Postbank und die DSL Bank den FMH-Award 2017 für den ersten Platz als „Bester Baufinanzierer“ bundesweit bei einer Zinsbindung von 15 Jahren. Die gute Beratungsleistung der Postbank Finanzberatung in der Baufinanzierung wurde durch das Bewertungsportal WhoFinance in Zusammenarbeit mit der Tageszeitung WELT positiv gewürdigt. Unter den besten Baufinanzierungsvertrieben wurde die Postbank Finanzberatung in einer Sonderveröffentlichung der WELT am 30. Juni 2017 mit Platz 1 ausgezeichnet.

Das Bauspargeschäft unter der Marke BHW ist mit dem Baufinanzierungsgeschäft der Postbank eng verknüpft – sei es über das Vorsparen für spätere Finanzierungswünsche oder die Einbindung von Bausparprodukten in die Sofortfinanzierung für eine langfristige Zinssicherung. Die über die Vertriebskanäle der Postbank vermittelte beantragte Bausparsumme erreichte im ersten Halbjahr 2017 ein Volumen von rund 4,4 Mrd €. Im anhaltenden Niedrigzinsumfeld nutzten unsere Kunden weiterhin den Abschluss von Bausparverträgen, um sich für die Zukunft die vergleichsweise niedrigen Zinsen für die Darlehensphase zu sichern. Der Anteil der Finanzierertarife – bei denen der Incentive im Unterschied zu Spartarifen nicht in der Guthabenverzinsung, sondern im günstigen Darlehenszins begründet ist – am Gesamtumsatz konnte weiter gesteigert werden.

¹Quelle: Bundesbank. Verglichen wird das Neugeschäft im Zeitraum Januar bis Mai 2016 mit demjenigen im Zeitraum Januar bis Mai 2017.

Im jüngsten Tarifvergleich von FOCUS-MONEY (Ausgabe 3/2017) wurde die BHW Bausparkasse als „Beste Bausparkasse“ ausgezeichnet und belegte mit ihrem Wohn-Riester-Angebot BHW FörderBausparen Flex den ersten Platz im Wohn-Riester-Vergleich.

Wertpapier- und Vorsorgegeschäft profitiert von neuem Beratungsansatz

Mit der Ende 2016 gestarteten Wertpapierstrategie verfolgt die Postbank das Ziel, ihre Kunden auch im Niedrigzinsumfeld zu kapitalmarktorientierten Produkten mit höheren Renditechancen beraten zu können. Dank des neuen Beratungsansatzes im persönlichen Kanal konnte das Neugeschäft mit Fonds im ersten Halbjahr 2017 um 39,8 % auf 1,4 Mrd € gesteigert werden. Das Neugeschäft mit Investmentfonds wird durch zunehmende Investitionen in Exchange Traded Funds (ETFs) unterstützt, die seit Beginn 2017 erstmals im Angebotsportfolio der von der Postbank vertriebenen Wertpapierprodukte enthalten sind. Mit dem seit Mitte des Jahres um ETF-Sparpläne erweiterten Angebot ist es der Postbank gelungen, im Niedrigzinsumfeld weitere attraktive Spar- und Anlageprodukte anzubieten. Das verwaltete Volumen in den knapp 600.000 Depots und Anlagekonten konnte um 0,5 Mrd € bzw. 3,3 % auf 15,5 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2016 gesteigert werden. Maßgeblich getragen durch die starke Neugeschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 2017 – mit Wachstumsraten von 41,5 % im Filialvertrieb und 25,9 % im Online-Kanal im Vergleich zu den Vorjahreswerten –, stieg das Fondsvolumen in den Depots um 0,4 Mrd € bzw. 5,5 % auf 7,5 Mrd €.

Das Vorsorgegeschäft wurde für 2017 mit einem neuen Produktkonzept und angepassten Verkaufsprozessen neu aufgestellt. Aufgrund der notwendigen Fokussierungen in anderen Produktfeldern beginnen die umgesetzten Optimierungen allerdings erst langsam zu greifen. Im zweiten Halbjahr 2017 werden flankierende Maßnahmen das Geschäftsfeld weiter stützen.

Modernisierung und Digitalisierung der Produktpalette im Bereich Geschäftskunden

Das gesamte Leistungspaket im Bereich der Geschäftskunden wurde in den vergangenen Monaten durch vielfältige Produktinnovationen umfassend modernisiert und digitalisiert. Neue Komponenten und digitale Zusatzleistungen wurden speziell auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten. Neue Produktangebote, Prozesse und systemische Verbesserungen berücksichtigen die Anforderungen der Geschäftskunden an die digitale Welt.

Die Einführung des marktführenden, innovativen Business Assistent macht die Postbank insbesondere für kleine Handwerksbetriebe noch attraktiver. Der Business Assistent verknüpft einfaches, sicheres Online-Banking mit Projektmanagement- und Korrespondenzfunktionen. Die exklusive App erleichtert die Bankgeschäfte und entlastet unsere Geschäftskunden bei administrativen Aufgaben. Nach erfolgreicher Family&Friends-Phase erfolgte der Rollout der App im App-Store zum Ende des Monats April 2017.

Aufbauend auf der bereits bis März 2017 erfolgten Einführung des Online-Kreditantrags für Privatkunden, konnten im weiteren Verlauf des ersten Halbjahres die Vorbereitungen für neue Features in der Online-Antragstrecke des Business-Kredits für Geschäftskunden, wie z. B. den Dokumenten-Upload und die Möglichkeit zur Videolegitimation, erfolgreich abgeschlossen werden. Die neue, einfache und komfortable Produktversion geht Anfang des zweiten Halbjahres 2017 in den Rollout. Weitere Digitalisierungsmaßnahmen für alle Zielgruppen sind derzeit in Umsetzung.

Im übergreifenden Projekt „Zukunft Konto GK“ wurden drei neue Business-Girokontomodelle für Geschäftskunden mit ausgewählten Innovationen und Differenzierungen entwickelt, die sich speziell am unterschiedlichen Nutzungsverhalten typischer Kundengruppen orientieren. Die Produkteinführung ist im Mai 2017 erfolgreich gestartet.

Bestand an Firmenkundenkrediten setzt positive Entwicklung fort

Die langfristige strategische Ausrichtung des Firmenkundengeschäfts auf den deutschen Mittelstand in Verbindung mit einer risikobewussten Kreditpolitik belebte das Firmenkundengeschäft. Das Kreditneugeschäft im Bereich der Firmenkunden konnte im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahreswert um 8 % auf 1,6 Mrd € deutlich gesteigert werden. Der Bestand an Firmenkundenkrediten stieg gegenüber dem Jahresende 2016 um 1,3 Mrd € bzw. 8 % auf über 17,5 Mrd €. Das Einlagengeschäft konnte zudem seit Ende 2016 um 3 % auf 8,5 Mrd € reduziert werden. Mit dem Bestandswachstum und dem gleichzeitigen Abbau des Einlagenüberhangs wurde ein wesentlicher Beitrag zur Schließung der Kundenbilanz geleistet.

Treiber des steigenden Kreditbestands im Firmenkundengeschäft war u. a. die Gewerbliche Immobilienfinanzierung. Hier fokussiert sich die Postbank unter Beibehaltung ihrer konservativen Vergabepolitik auf die Finanzierung von Bestandsimmobilien für professionelle Immobilieninvestoren. Die Erträge konnten gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 um erfreuliche 26 % gesteigert werden. Der Kreditbestand wuchs, ausgehend von 7,7 Mrd € zum Jahresende 2016, um 6 % auf über 8,1 Mrd €. Beim Neugeschäft liegt der Fokus auf risikoaversen Finanzierungen.

Die PB Factoring GmbH verzeichnete ein Bestandsvolumen von knapp 3,0 Mrd € und konnte ihre führende Marktposition verteidigen.

Financial Markets sichert Margen des Kundengeschäfts

Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Postbank Konzerns verantwortlich. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern. Eine besondere Herausforderung ergab sich im ersten Halbjahr 2017 im Rahmen der Margensicherung des deutlich gestiegenen Bestands an Forward-Darlehen.

Financial Markets steuert auch die Liquiditätsposition und richtet auf dem Weg zu einer ausgeglichenen Kundenbilanz besonderes Augenmerk auf die Disposition der kurzfristigen Geldmarktanlagen im Umfeld von Negativzinsen.

Im ersten Halbjahr 2017 wurden die Geldmarktaktiva um weitere 1,2 Mrd € reduziert. Dank der günstigen Marktumfeldbedingungen konnten zusätzlich beachtliche Erfolge bei der Reduktion der Finanzanlagen erzielt werden. Das Finanzanlagevolumen sank um 2,3 Mrd € auf 24,5 Mrd €. Der Abbau von Finanzanlagen zielt insbesondere auf die Verbesserung der Leverage Ratio ab.

Einstellung der Non Core Operating Unit zum 1. August 2017 nach erfolgreichem Abbau der Positionen

Seit Gründung der NCOU im Jahr 2012 wurden sehr erfolgreich über 41 Mrd € Aktiva (87 % der gesamten NCOU-Assets) und entsprechend 18,7 Mrd € Total Capital Demand (94 %) abgebaut. Damit ist der Abbau von Risiken aus nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktiva im Wesentlichen abgeschlossen. Die verbliebenen Restbestände ausgewählter Finanzanlagen, bestimmter Auslandsaktivitäten und nicht mehr im Vertrieb befindlicher Produkte aus dem Kundengeschäft werden zurück in die operativen Segmente verschoben und weiter verschlankt. Dies impliziert keine Änderung der Portfoliostrategien für die betroffenen Bestände, die auch nach erfolgter Einstellung der separaten Berichterstattung weiter reduziert werden sollen. Das Segment Non Core Operating Unit wird zum 31. Juli 2017 formell als Konzernsegment der Postbank geschlossen.

ZWISCHENLAGEBERICHT DER POSTBANK ZUM 30. JUNI 2017

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Volkswirtschaftliches Umfeld

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat in der ersten Jahreshälfte leicht an Fahrt gewonnen, blieb aber dennoch insgesamt verhalten. In den Industrieländern ergab sich im Vergleich zum Vorjahr ein nahezu konstanter Zuwachs. Dabei kam es jedoch zu Verschiebungen zwischen den Ländern und den Regionen. In den aufstrebenden Volkswirtschaften verstärkte sich der konjunkturelle Aufschwung leicht. Etliche Schwellenländer blieben weiterhin deutlich hinter ihrem Entwicklungspotenzial zurück.

In den USA schwächte sich die Konjunktur zu Jahresbeginn ab. Im zweiten Quartal zeigten sich dann Anzeichen einer konjunkturellen Belebung. Dabei ließ die Wachstumsdynamik beim privaten Verbrauch in der ersten Jahreshälfte insgesamt etwas nach. Im Gegenzug verstärkte sich der Zuwachs bei den Bruttoanlageinvestitionen deutlich. Klare Verbesserungstendenzen zeigten sich zudem bei den Exporten. Da aber auch die Importe spürbar ausgeweitet wurden, gingen vom Außenhandel keine nennenswerten Wachstumsimpulse aus. Zugleich setzte sich der Aufschwung am Arbeitsmarkt fort. Die Erwerbstätigkeit nahm in einem vergleichbaren Tempo zu wie im Vorjahr. Gleichzeitig fiel die Arbeitslosenquote auf das niedrigste Niveau seit 16 Jahren.

Im Euroraum beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum in der ersten Jahreshälfte. Im ersten Quartal wuchs das BIP um 0,6% gegenüber der Vorperiode. Für das zweite Quartal zeichnet sich eine ähnlich dynamische Entwicklung ab. Anhaltende Impulse gingen dabei vom privaten Verbrauch aus, der weiterhin von einem Rückgang der Arbeitslosigkeit profitierte. Zugleich nahm die Wachstumsdynamik bei den Bruttoanlageinvestitionen erneut zu. Auch die Exporte zogen an. Infolge eines kräftigen Zuwachses bei den Importen wurde das BIP-Wachstum im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum aber durch den Außenhandel insgesamt spürbar belastet. Die Inflationsrate stieg zu Jahresbeginn vor allem aufgrund von Basiseffekten aus der Entwicklung des Ölpreises deutlich an. Nachfolgend gab sie zwar wieder nach, behauptete sich dabei aber deutlich oberhalb des im Vorjahr verzeichneten Niveaus.

Die deutsche Wirtschaft ist im ersten Halbjahr kräftig gewachsen. Im ersten Quartal wurde das BIP um 0,6% gegenüber der Vorperiode ausgeweitet. Für das zweite Quartal lassen die verfügbaren Daten auf einen erneuten starken Zuwachs schließen. Kräftige Impulse gingen von den Bauinvestitionen aus. Zugleich konnten sich die Ausrustungsinvestitionen von ihrer schwachen Entwicklung im Vorjahr erholen. Anhaltende Zuwächse waren beim privaten Verbrauch sowie beim Staatsverbrauch zu verzeichnen, sodass sich der solide Aufwärtstrend der Binnennachfrage fortsetzte. Die Exporte wuchsen spürbar, wobei sie von der leichten Belebung der Weltwirtschaft, insbesondere aber von der kräftigeren Konjunktur in den anderen Staaten des Euroraums, profitierten. Durch die genannten Entwicklungen ist die Basis des konjunkturellen Aufschwungs im ersten Halbjahr noch breiter geworden. Dies wirkte sich

positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosigkeit ging weiter zurück. Zugleich beschleunigte sich der Beschäftigungsaufbau nochmals. Die günstige Entwicklung schlug sich auch in der Unternehmensstimmung nieder. Der ifo-Geschäftsklimaindex stieg zuletzt auf sein höchstes Niveau seit der deutschen Wiedervereinigung.

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und im Euroraum hat unsere im Geschäftsbericht 2016 geäußerten Erwartungen übertroffen, während die Entwicklung in den USA diesen in etwa entsprechen hat.

Die Verwerfungen im Bereich der Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsstaaten nahmen in den ersten Monaten des Jahres 2017 zu. Die Staatsanleihemärkte in den sogenannten Peripherieländern der Eurozone litten unter der allgemeinen politischen Verunsicherung in Europa, die nicht zuletzt von der Fülle der anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ausging. Die Renditeaufschläge italienischer, spanischer und portugiesischer Staatspapiere gegenüber Bundesanleihen weiteten sich jeweils aus, dies jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Am geringsten waren noch spanische Staatsanleihen betroffen, die lediglich unter der allgemein gestiegenen Unsicherheit in Europa litten. In Italien kamen hingegen noch die anhaltende Wachstumsschwäche sowie die Probleme des Bankensektors hinzu, sodass sich die Renditeaufschläge stärker als bei spanischen Staatsanleihen erhöhten. Am stärksten betroffen waren aber portugiesische Anleihen, deren Renditeaufschläge auf das höchste Niveau seit Anfang 2014 stiegen. Ursachen dieser Entwicklung waren ein anhaltend hohes Staatsdefizit sowie die Unklarheit über den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung. Im April setzte mit dem sich abzeichnenden Wahlsieg Macrons bei den französischen Parlamentswahlen am Markt für Staatsanleihen dann eine deutliche Trendwende ein, da sich die allgemeine politische Verunsicherung spürbar verringerte. Unterstützung ging auch von einer moderaten konjunkturellen Beschleunigung in Italien aus. Portugal verzeichnete sogar einen kräftigen Wachstumsschub und eine unerwartet starke Reduzierung des staatlichen Haushaltsdefizits. In der Folge sanken die Renditeaufschläge gegenüber Bundesanleihen kräftig. Die Aufschläge spanischer Staatsanleihen fielen bis zur Jahresmitte spürbar unter ihr Niveau vom Jahresbeginn, während die italienischer Staatspapiere nahezu stagnierten. Die Renditeaufschläge portugiesischer Anleihen wiederum gaben aufgrund der mittlerweile deutlich positiver eingeschätzten Aussichten für das Wirtschaftswachstum und den Staatshaushalt ungewöhnlich kräftig nach.

Die EZB hat das monatliche Volumen ihres Anleiheankaufprogramms ab April 2017 von 80 Mrd € auf 60 Mrd € reduziert. Damit setzte sie die Beschlüsse vom Dezember 2016 um. Auf ihrer Sitzung im Juni 2017 nahm sie dann eine begrenzte Anpassung ihrer Forward Guidance vor. Sie erwartet die Leitzinsen nun für längere Zeit auf dem aktuellen Niveau, während sie zuvor auch noch explizit auf die Möglichkeit weiterer Leitzinssenkungen hingewiesen hatte. Den Hauptrefinanzierungssatz hielt die EZB konstant bei 0,00%. Einlagen- und Spitzenrefinanzierungssatz blieben mit -0,40% bzw. 0,25% ebenfalls unverändert. Die US-Notenbank hat ihre Geldpolitik in der ersten Jahreshälfte vorsichtig gestrafft. Sie erhöhte ihren Leitzins in zwei Schritten um insgesamt 0,50 Prozentpunkte auf eine Spanne von 1,00%

bis 1,25%. Zudem kündigte die Fed an, noch in der zweiten Jahreshälfte 2017 mit einer Reduzierung ihrer Bilanzsumme zu beginnen, indem sie Rückflüsse aus von ihr gehaltenen US-Staatsanleihen sowie Mortgage Backed Securities nicht mehr vollständig reinvestiert.

Infolge der konstanten EZB-Leitzinsen veränderten sich die Geldmarktsätze im Euroraum nur geringfügig. Der 3-Monats-Euribor lag Mitte 2017 mit -0,33% um 0,01 Prozentpunkte niedriger als Ende 2016.

Die Kapitalmarktzinsen unterlagen im Verlauf des ersten Halbjahres starken Schwankungen. Aufwärts- und Abwärtsbewegungen der Renditen lösten sich mehrfach in rascher Folge ab. Ausgelöst wurden diese zunächst durch wechselnde Einschätzungen hinsichtlich des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses der neuen US-Administration, was mit sich verändernden Erwartungen bezüglich des Tempos zukünftiger US-Leitzinserhöhungen einherging. Eine wichtige Rolle spielten auch politische Unsicherheiten in Europa. So gaben die Renditen im Zuge des Antrags der britischen Regierung auf Austritt des Landes aus der Europäischen Union und der gleichzeitig zunehmenden Sorgen hinsichtlich des Ausgangs der französischen Präsidentschaftswahlen nach. Anschließend schwächte dann der sich abzeichnende Wahlsieg Macrons das Sicherheitsbedürfnis der Anleger ab. Die Renditen zogen daraufhin wieder an, um infolge steigender Erwartungen, dass der US-Leitzins eher langsam angehoben werden könnte, wieder nachzugeben. Ende Juni sorgten starke Konjunkturdaten aus dem Euroraum in Verbindung mit Äußerungen des EZB-Präsidenten, die als Vorbereitung auf eine geldpolitische Wende interpretiert wurden, für einen nochmaligen Renditeschub. Zur Jahresmitte lag die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen mit 0,47% um 0,26 Prozentpunkte höher als Ende 2016.

Mit dem Festhalten der EZB an ihrem geldpolitischen Kurs hatten wir zum Zeitpunkt des Geschäftsberichts 2016 gerechnet. Hinsichtlich der langfristigen Renditen hatten wir einen etwas geringeren Anstieg erwartet.

Branchensituation

Die weiterhin andauernde Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, die regulatorischen Erfordernisse sowie die Lösung des Problems notleidender Kredite bei italienischen Banken und einem spanischen Institut waren im ersten Halbjahr 2017 die dominierenden Themen für den europäischen Bankensektor.

Die Deutsche Bundesbank hat gemeinsam mit der BaFin bis Ende Juni 2017 rund 1.500 kleinere und mittelgroße deutsche Finanzinstitute einem Stresstest unterzogen. Die Testergebnisse sollen im zweiten Halbjahr 2017 veröffentlicht werden und in den Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) von Bundesbank und BaFin einfließen.

Parallel zu diesem Stresstest führt die EZB ebenfalls europaweit eine Befragung zur Ertragskraft bei Banken durch, die zwar nicht ihrer direkten Kontrolle unterliegen, die aber aus anderen Gründen aufsichtsrechtliche Bedeutung haben. In diesem LSI Profitability Forecast Survey befragt die EZB u. a. 41 deutsche Institute, die ebenfalls von Bundesbank und BaFin überprüft wurden.

Mitte Mai hat der Bundesrat das zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz sowie Änderungen zur EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie verabschiedet. Ersteres regelt die Umsetzung von MiFID II in nationales Recht. Letzteres soll rechtliche Unsicherheiten beheben, die bei der Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie aufgetreten waren.

Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, kennzeichnet weiterhin den deutschen Bankenmarkt. 2017 waren bisher keine nennenswerten Transaktionen zwischen den einzelnen Säulen zu beobachten. Allerdings sind sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im genossenschaftlichen Sektor weiterhin Fusionen kleinerer Institute zu beobachten. Die zunehmenden regulatorischen Erfordernisse dürften ein wichtiger Treiber dieser Entwicklung sein.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die im Branchenindex Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Kreditinstitute sowie die Postbank berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis März 2017 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle fünf Institute weisen sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse aus. Allerdings waren die Ergebnisse in beiden Abgrenzungen bei zwei der fünf Banken im Vorjahresvergleich rückläufig. Das anhaltende Niedrigzinsumfeld hat wiederum Spuren in den Bilanzen aller Geldhäuser hinterlassen. Dies zeigt der Blick auf die Entwicklung einzelner GuV-Positionen. Vier Banken verzeichneten einen Rückgang des Zinsüberschusses vor und alle fünf nach Verrechnung der Risikovorsorge. Das volatile Marktgeschehen des ersten Quartals wurde von den Instituten unterschiedlich erfolgreich gemeistert. Während drei Geldhäuser das Handlungsergebnis verbessern konnten, gab es bei zweien nach. Alle fünf Institute konnten den Provisionsüberschuss im Vorjahresvergleich verbessern. Die Entwicklung des Verwaltungsaufwands zeigt, dass die Geldhäuser mehrheitlich weiterhin hohen Wert auf Kostenkontrolle legen. Vier Kreditinstitute verringerten ihren Verwaltungsaufwand im genannten Zeitraum. Drei Banken konnten ihre Aufwand-Ertrags-Quote reduzieren, und vier Geldhäuser verzeichneten einen Anstieg ihres RoE nach Steuern.

Der DAX erreichte im ersten Halbjahr 2017 einen Kursanstieg von 7,4%. Die Aktien der beiden im deutschen Leitindex gelisteten Banken verzeichneten eine gegensätzliche Kursentwicklung. Während eine Aktie Kursgewinne verbuchen konnte, gab das zweite Papier nach.

WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM ERSTEN HALBJAHR 2017

Die Deutsche Bank hat am 5. März 2017 eine Anpassung ihrer Strategie angekündigt. In einer Reihe von Maßnahmen wurde angekündigt, die Postbank nicht mehr veräußern, sondern mittelfristig mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft und dem Geschäft mit vermögenden Kunden der Deutschen Bank zusammenlegen zu wollen. Die strategische Neupositionierung und das klare Bekenntnis zum Heimatmarkt der Deutschen Bank haben das Ziel, einen Marktführer im Privat- und Firmenkundengeschäft in Deutschland zu formen und die gemeinsamen Größenvorteile zu nutzen.

Mit Verschmelzungsvertrag vom 19. April 2017 hat die DB Finanz-Holding GmbH ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung auf die DB Beteiligungs-Holding GmbH übertragen. Die Verschmelzung ist am 27. April 2017 durch Eintragung im Handelsregister wirksam geworden.

Daraus ergibt sich, dass die DB Finanz-Holding GmbH mit Eintragung der oben genannten Verschmelzung erloschen ist und deshalb nicht mehr am Grundkapital der Deutschen Postbank AG beteiligt ist. Die DB Beteiligungs-Holding GmbH als Rechtsnachfolgerin der DB Finanz-Holding GmbH hält somit nicht mehr mittelbar, sondern unmittelbar die Mehrheit am Grundkapital der Deutschen Postbank AG.

Organe

Frau Renate Treis ist aufgrund ihres Eintritts in den Ruhestand mit Wirkung zum Ablauf des 28. Februar 2017 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016 beschließt, endete das Amt von Herrn Dr. Tessen von Heydebreck und Herrn Christian Sewing als Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat. Herr Dr. Tessen von Heydebreck wurde durch Beschluss der Hauptversammlung am 22. März 2017 für eine weitere Amtszeit von einem Jahr und Herr Christian Sewing für eine weitere Amtszeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2021 beschließt, als Vertreter der Anteilseigner gewählt.

Herr Jürgen Kummertat ist nach Ablauf seiner Amtszeit am 22. März 2017 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Des Weiteren wurden Frau Anna Lisa Trompa und Herr Frank Fuß im Rahmen der Delegiertenwahlen am 9. März 2017 als neue Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG gewählt. Amtszeitbeginn war der Ablauf der Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG am 22. März 2017.

Zum 1. Juni 2017 wurden Herr Lars Stoy in den Vorstand der Deutschen Postbank AG berufen und das Privatkundengeschäft der Postbank, das in der Vergangenheit auf verschiedene Bereiche und Vertriebswege verteilt war, neu strukturiert. Frau Susanne Klöß-Braekler, bislang im Vorstand der Postbank für Produkte zuständig, verantwortet die Kompetenzfelder „Postgeschäft“ und „Banking“ (Girokonten, Spar, Privatkredit), Herr Lars Stoy die Kompetenzfelder „Immobilie“ (Private Baufinanzierung, Bausparen, Immobilien) und „Wertpapier“. Die Bündelung dieser vier neu etablierten Kompetenzfelder erlaubt eine ganzheitliche Steuerung des Privatkundengeschäfts. Dies ermöglicht, die Postbank stärker an den Interessen der Kunden auszurichten sowie vertriebsübergreifende End-to-End-Prozesse durch Einbeziehung aller an der Wertschöpfungskette beteiligten Bereiche zu etablieren. Die Führung der vier Vertriebswege im Privatkundengeschäft übernehmen ebenfalls Frau Susanne Klöß-Braekler (Filialvertrieb und Callcenter) und Herr Lars Stoy (Mobiler Vertrieb inklusive Immobilienmakler sowie Baufinanzierungsspezialisten in den Filialen).

Herr Ralf Stemmer legte sein Mandat als Vorstand des Ressorts Ressourcen der Deutschen Postbank AG zum 31. Mai 2017 nieder. Seine Nachfolge hat Herr Philip Laucks, der zum 1. Juni 2017 in den Vorstand aufrückte, übernommen.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im ersten Halbjahr 2017

Der Investitionsschwerpunkt im ersten Halbjahr 2017 war die Verbesserung der Zukunftsfähigkeit der Postbank.

Die Postbank zielt im Rahmen ihrer Digitalisierungsstrategie darauf ab, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, indem sie ihre Ertragskraft stärkt und/oder Kosteneinsparungen realisiert. Zu den Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit gehörten Maßnahmen zur Intensivierung der Verknüpfung von „digital & persönlich“ gestützten Beratungs-, Verkaufs- und Serviceprozessen sowohl im Bereich der Dispo- und Ratenkreditvergabe als auch in der Wertpapierberatung. Der Postbank ist es im ersten Halbjahr 2017 gelungen, die Einrichtung, Erhöhung oder Reduzierung eines Dispokredits vollständig zu digitalisieren und damit dem Kunden zukünftig einen deutlich schnelleren Service zu bieten. Gleichzeitig konnte der interne Bearbeitungsaufwand deutlich reduziert werden. Im Bereich der Ratenkreditvergabe wurde die Haushaltsrechnung als integraler Bestandteil der Kreditwürdigkeits- und Zahlungsfähigkeitsprüfung automatisiert. Die digitale Haushaltsrechnung nutzt die Informationen, die aus den Umsätzen des Postbank Girokontos vorliegen, und realisiert auf diese Weise eine schnellere, effizientere sowie kundenfreundlichere Selbstauskunft.

Gemäß der strategischen Ausrichtung „digital & persönlich“ wurde weiter in eine moderne Infrastruktur der Filialen mit zusätzlichen kundenfreundlichen, automatisierten Selbstbedienungsmöglichkeiten für die Kunden investiert. Gleichzeitig wurden der Ausbau der Vertriebscenter und die Pilotierung neuer Filialkonzepte fortgesetzt. Neben Investitionen in die Digitalisierung und die Infrastruktur wurden weiterhin Aufwendungen zur Einhaltung regulatorischer Vorgaben getätigt. Dazu zählten u. a. die Umsetzung der Anforderungen aus den Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS 9), der neu gefassten EU-Finanzmarktrichtlinie (MiFID II), der Richtlinien über Konten- und Zahlungsdienste (PAD/PSD), der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), Basel III/IV sowie der Vorgaben der EZB und der BaFin.

GESCHÄFTSVERLAUF

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebnis- und Bilanzpositionen detailliert erläutert. Die Kommentierungen der Ergebnispositionen beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich der Ergebnisse mit den angepassten Zahlen des ersten Halbjahres 2016. Die vorgenommenen Anpassungen können dem Anhang des Konzernzwischenabschlusses unter der Notesangabe 2 entnommen werden. Die Kommentierungen der Bilanzpositionen beziehen sich – sofern nicht anders vermerkt – auf den Vergleich mit den Positionen zum 31. Dezember 2016.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Postbank ist es im ersten Halbjahr 2017 in einem anhaltend herausfordernden Marktumfeld gelungen, sämtliche steuerungsrelevanten finanziellen Leistungsindikatoren zu verbessern:

Das Ergebnis vor Steuern konnte im ersten Halbjahr 2017 deutlich um 151 Mio € bzw. 91,5 % auf 316 Mio € gesteigert werden. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser positiven Entwicklung leisteten die Ende 2016 lancierten strategischen Maßnahmen, die insbesondere positive Impulse auf die Entwicklung des Provisionsüberschusses im ersten Halbjahr 2017 entfalten konnten. Auf diese Weise ist es gelungen, die Gesamterträge der Postbank – bereinigt um die außergewöhnlichen Erträge aus dem Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd. (104 Mio €) im Vorjahr – trotz der aus dem Niedrigzinsumfeld resultierenden Belastungen auf den Zinsüberschuss leicht zu verbessern. Ausgezahlt haben sich ebenfalls die strikte Kostendisziplin im Zusammenhang mit der Anpassung von Kapazitäten sowie die erzielten Effizienzsteigerungen, u. a. aus den Digitalisierungsinitiativen. Positiv auf das Ergebnis vor Steuern wirkte sich zusätzlich eine deutlich gesunkene Risikoversorge aus, die von einer weiterhin vorteilhaften makroökonomischen Entwicklung sowie einer Wertaufhellung einer übernommenen Kreditsicherheit profitieren konnte.

Die Postbank erzielte ein bereinigtes Ergebnis vor Steuern¹ von 368 Mio €. Maßgeblich für das Wachstum um 179 Mio € bzw. 94,7 % war die deutliche Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern. Im ersten Halbjahr 2017 wurden Aufwendungen für strategische Initiativen in Höhe von 52 Mio € bereinigt. Zum Vergleich wurde das Ergebnis vor Steuern in der Vergleichsperiode neben Aufwendungen für strategische Initiativen (72 Mio €) zusätzlich um außergewöhnliche Aufwendungen für Rechtsrisiken (56 Mio €) sowie den Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd. (-104 Mio €) bereinigt.

Der Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern zeigte sich im ersten Halbjahr 2017 mit 11,4 % nach 5,5 % in der Vergleichsperiode deutlich verbessert.

Die Cost Income Ratio (CIR) konnte infolge der strengen Kostendisziplin und der eingeleiteten Maßnahmen zur Steigerung der Zukunftsfähigkeit um 5,7 Prozentpunkte auf 80,5 % verbessert werden. Maßgeblichen Anteil an der Optimierung der Kosten-Ertrags-Relation haben insbesondere die erzielten Fortschritte auf der Kostenseite. Mit einem um 80 Mio € bzw. 5,6 % geringeren Verwaltungsaufwand sowie deutlich um 75 Mio € bzw. 83,3 % gesenkten sonstigen Aufwendungen wurde die Kostenbasis im ersten Halbjahr 2017 erfolgreich reduziert. Die positive Entwicklung der CIR wurde maßgeblich von der erzielten Reduktion der Verwaltungsaufwendungen getragen, die im Wesentlichen durch Einsparungen bei Sachaufwendungen sowie geringere Aufwendungen für strategische Initiativen erzielt wurden. Profitieren konnte die CIR zusätzlich durch den Rückgang der außergewöhnlichen Aufwendungen für Rechtsrisiken aus der Vergleichsperiode.

Bedingt durch das deutlich verbesserte Ergebnis vor Steuern, konnten sowohl die harte Kernkapitalquote als auch die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns auf 12,8 % (31. Dezember 2016: 12,4 %²) bzw. 3,6 % (31. Dezember 2016: 3,4 %²) gesteigert werden.

ERTRAGSLAGE

Gesamterträge

Die Gesamterträge reduzierten sich um 73 Mio € bzw. 4,3 % auf 1.624 Mio €. Im Wesentlichen kann der Rückgang durch das außerordentlich hohe Finanzanlageergebnis der Vergleichsperiode erklärt werden, das insbesondere von dem Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. mit 104 Mio € profitiert hatte.

Ohne Berücksichtigung der in der Vergleichsperiode erzielten Erträge aus dem oben genannten Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd. hätte die Postbank – trotz des weiterhin herausfordernden Marktumfelds – ein Wachstum der Gesamterträge erzielt. Maßgeblichen Anteil an dieser positiven Entwicklung hatten insbesondere die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen zur Stärkung des Provisionsüberschusses sowie ein fortgesetzt starkes Wachstum des Kundenkreditportfolios, die im ersten Halbjahr 2017 eine positive Wirkung auf die Gesamterträge entfalteten. Die Postbank konnte sich damit in einem insbesondere für den Zinsüberschuss unvorteilhaften Zinsumfeld behaupten und eine positive Entwicklung der Gesamterträge – auf bereinigter Basis – realisieren.

Zinsüberschuss

Die Postbank verfügt aufgrund ihres hohen Bestands an Sicht- und Spareinlagen im Vergleich zum bestehenden Kreditgeschäft über einen Einlagenüberhang, der in Zeiten von negativen Geldmarktzinsen – in Verbindung mit einer konservativen Anlagestrategie – für eine Belastung des Zinsüberschusses sorgt. Aufgrund der aktuell negativen Zinsen am Geldmarkt bzw. bei der EZB und weiter rückläufiger Zinserträge ist der Zinsüberschuss moderat um 68 Mio € bzw. 6,2 % auf 1.027 Mio € zurückgegangen. Positiv hervorzuheben sind die spürbar gesunkenen Zinsaufwendungen, die maßgeblich durch Fälligkeiten von hochverzinslichen Passiva profitieren konnten. Dies und die weiterhin erfreuliche Entwicklung des Kreditneugeschäfts und das daraus resultierende Netto-Bestandswachstum der Forderungen gegenüber Kunden konnten den anhaltenden Druck auf den Zinsüberschuss jedoch nicht vollständig kompensieren.

¹Die Postbank bereinigt ihr Ergebnis vor Steuern regelmäßig um materielle Sachverhalte, die einen Einfluss von mehr als 10 Mio € auf das Ergebnis vor Steuern haben. Dazu zählen neben Effekten aus Unternehmensverkäufen und -käufen im Zusammenhang mit Erst- und/oder Entkonsolidierungen auch Aufwendungen für strategische Initiativen (ESI), die außerhalb der normalen Linientätigkeit in zeitlich begrenzten Projekten mit separaten Governance-Strukturen anfallen, sowie Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen. Im ersten Halbjahr 2017 haben sich Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen ergeben, die je Einzelsachverhalt unterhalb der Materialitätsschwelle von 10 Mio € lagen.

²Unter Berücksichtigung der genehmigten Anrechnung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2016

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss konnte infolge der Umsetzung zahlreicher strategischer Maßnahmen um 68 Mio € bzw. 16,2 % auf 487 Mio € gesteigert werden.

Einen wesentlichen Teil dieser strategischen Maßnahmen bildete die Einführung eines neuen Girokonto-Modells Ende 2016 für Privatkunden. Als erfolgreich erwies sich auch die Einführung der neuen Wertpapierstrategie auf Basis eines verbesserten Beratungsprozesses: Das Neugeschäft mit Fonds konnte im ersten Halbjahr 2017 deutlich um 39,8 % gesteigert werden. Das verwaltete Volumen in Depots und Anlagekonten stieg dank einer verbesserten Vertriebsleistung um 0,5 Mrd € bzw. 3,3 % auf 15,5 Mrd €. Weitere positive Impulse auf den Provisionsüberschuss zeigten sich bereits durch die Erweiterung des Angebots um ETF-Sparpläne.

Der aus dem Geschäft mit Postdienstleistungen und der Abwicklung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen erzielte Provisionsüberschuss bewegte sich mit 135 Mio € auf dem Niveau der Vergleichsperiode.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis lag mit 52 Mio € im ersten Halbjahr 2017 um 43 Mio € bzw. 477,8 % über dem der Vergleichsperiode. Der Anstieg resultiert insbesondere aus den um 24 Mio € gestiegenen positiven Bewertungseffekten der in der Fair-Value-Option befindlichen Baufinanzierungsbestände.

Finanzanlageergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag mit 58 Mio € um 116 Mio € bzw. 66,7 % unterhalb des Finanzanlageergebnisses der Vergleichsperiode, das von dem Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. in Höhe von 104 Mio € profitiert hatte. Die fortgesetzte Reduzierung eines strategischen Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt, trug mit 11 Mio € (Vergleichszeitraum: 22 Mio €) zum Finanzanlageergebnis bei. Zusätzlich konnte durch erfolgreiche Transaktionen von Staatsanleihen ein positiver Ergebnisbeitrag erzielt werden.

Risikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft konnte im ersten Halbjahr 2017 – ausgehend von dem bereits historisch niedrigen Vorjahresniveau von 76 Mio € – nochmals um 64 Mio € bzw. 84,2 % auf 12 Mio € reduziert werden. Diese positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf die aus der Auflösung der Risikoversorge erzielten Erträge (52 Mio €) im Zusammenhang mit der Wertaufhellung einer übernommenen Kreditsicherheit zurückzuführen. Der niedrige Risikoversorgebedarf unterstreicht die unverändert hohe Kreditqualität – gemessen am Loan-to-Value (LtV) – der Postbank.

Die annualisierte Nettozuführungsquote – Risikoversorge bezogen auf den Kundenkreditbestand – sank auf ein historisch niedriges Niveau. Sie lag mit 2 Basispunkten nochmals deutlich um 13 Basispunkte unterhalb der Vergleichsperiode. Neben dem konservativen Geschäftsmodell der Postbank wirkten sich das unverändert positive makroökonomische Umfeld, die anhaltend guten Bedingungen am deutschen Arbeitsmarkt und die im ersten Halbjahr 2017 realisierte Wertaufhellung einer übernommenen Kreditsicherheit positiv auf die Nettozuführungsquote aus.

Verwaltungsaufwand

Die Postbank begegnete den Herausforderungen des Niedrigzinsumfelds im ersten Halbjahr 2017 weiterhin mit einem strikten Kostenmanagement. Durch die erfolgreiche Umsetzung von strategischen Maßnahmen und die fortgesetzte Anpassung der Kapazitäten konnte der Verwaltungsaufwand um 80 Mio € bzw. 5,6 % auf 1.338 Mio € gesenkt werden. Maßgeblichen Anteil an der Reduktion der Kostenbasis hatte neben der leichten Reduktion des Personalaufwands um 13 Mio € bzw. 1,9 % auf 679 Mio € insbesondere das erfolgreiche Management der anderen Verwaltungsaufwendungen, die um 66 Mio € bzw. 9,7 % auf 611 Mio € spürbar gesenkt werden konnten. Gemeinsam mit den strategischen Maßnahmen zur Steigerung der Erträge ist es gelungen, die andauernden Belastungen auf den Zinsüberschuss überzukompensieren und die Profitabilität insgesamt zu steigern.

Die Postbank investiert weiterhin in Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, in die Automatisierung sowie in die weitere Digitalisierung des Geschäftsmodells, um die erzielten Fortschritte fortzusetzen und weiterhin eine führende Rolle bei der Digitalisierung einzunehmen. Die auf den Verwaltungsaufwand entfallenden Aufwendungen für strategische Initiativen reduzierten sich deutlich um 20 Mio € bzw. 27,8 % auf 52 Mio €, was insbesondere durch die deutlich reduzierten Aufwände aus Entflechtungsprojekten zu erklären ist.

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen betrug 42 Mio € und lag damit um 80 Mio € deutlich über dem negativen Saldo der Vergleichsperiode, die jedoch durch außergewöhnliche Aufwendungen für Rechtsrisiken in Höhe von 56 Mio € belastet war. Positiv auf die Sonstigen Erträge wirkte sich im ersten Halbjahr 2017 die Vergütung für die Teilnahme der Postbank an der von der Deutschen Bank als Leitinstitut geführten TLTRO-Bietergruppe in Höhe von 15 Mio € aus. Dem gegenüber standen Belastungen aus Rückstellungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen im oberen einstelligen Millionen-Euro-Bereich.

Ergebnis vor Steuern und Konzerngewinn

In einem anhaltend herausfordernden Umfeld konnte die Postbank das Ergebnis vor Steuern um 151 Mio € bzw. 91,5 % auf 316 Mio € steigern. Maßgeblich für diesen Erfolg sind neben der positiven Entwicklung der Risikoversorge die ergriffenen strategischen Maßnahmen sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Kostenseite. Dazu zählen u. a. die erfolgreiche Neuorganisation der Kontomodelle und die Etablierung eines neuen Beratungsansatzes im Wertpapiergeschäft, die positiv auf den Provisionsüberschuss wirkten. Gemeinsam mit einem disziplinierten Kostenmanagement und dem erzielten Wachstum im Kreditgeschäft ist es der Postbank gelungen, das Ergebnis vor Steuern fast zu verdoppeln.

Nach Berücksichtigung der Ertragsteuern in Höhe von 15 Mio € konnte der Konzerngewinn um 161 Mio € bzw. 115,0 % auf 301 Mio € gesteigert werden.

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie betrug 1,38 € (Vergleichsperiode: 0,64 €) und wurde damit gegenüber der Vergleichsperiode mehr als verdoppelt.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Alle Vergleiche in den nachfolgenden Erläuterungen zu den Segmenten erfolgen gegenüber den rückwirkend angepassten Werten des ersten Halbjahres 2016 (siehe Note 1 des Konzernzwischenabschlusses), sofern nicht anders vermerkt.

Privatkunden

Im Segment Privatkunden konnte das Ergebnis vor Steuern um 60 Mio € bzw. 20,8 % auf 349 Mio € verbessert werden. Basis für diese positive Ergebnisentwicklung bildeten auch hier die strikte Kostendisziplin und die Umsetzung zahlreicher Maßnahmen zur Stärkung des Provisionsüberschusses.

Die Gesamterträge reduzierten sich um 70 Mio € bzw. 4,5 % auf 1.476 Mio €. Im Wesentlichen kann der Rückgang aber durch das außerordentlich hohe Finanzanlageergebnis der Vergleichsperiode erklärt werden, das maßgeblich von der erhaltenen Cash-Komponente aus dem Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. mit 90 Mio € profitiert hatte.

Aufgrund der andauernden Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld reduzierte sich der Zinsüberschuss um 68 Mio € bzw. 6,0 % auf 1.065 Mio €. Dem insbesondere für den Zinsüberschuss unvorteilhaften Zinsumfeld begegnete die Postbank u. a. mit der Umsetzung zahlreicher Maßnahmen zur Stärkung des Provisionsüberschusses, die im ersten Halbjahr 2017 bereits ihre Wirkung entfalteten. So ist es der Postbank gelungen, den Provisionsüberschuss insbesondere mit der Neuorganisation ihrer Giromodelle und der Ende 2016 lancierten Wertpapieroffensive um 61 Mio € bzw. 19,1 % auf 381 Mio € zu steigern.

Das Handelsergebnis betrug 30 Mio €, was einer Steigerung um 27 Mio € bzw. 900,0 % im Vergleich zum Wert des Vorjahres entspricht. Das Handelsergebnis dieses Segments profitierte im Wesentlichen durch substantielle per Saldo positive Bewertungseffekte der in der Fair-Value-Option befindlichen Baufinanzierungsbestände, die im Vergleich zum Vorjahr um 24 Mio € höher ausfielen.

Das Finanzanlageergebnis betrug 0 Mio € und lag damit um 90 Mio € unterhalb der Vergleichsperiode, die positiv durch die aus dem Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd. erhaltene Cash-Komponente beeinflusst worden war.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg um 6 Mio € bzw. 12,2 % auf 55 Mio € im ersten Halbjahr 2017 aufgrund des fortgesetzten Bestandswachstums im Kreditgeschäft. Trotz der gestiegenen Risikovorsorge profitierte die Postbank in Summe weiterhin von der hohen Kreditqualität im gesamten Privatkundengeschäft, den anhaltend stabilen Entwicklungen am deutschen Arbeitsmarkt und guten Verwertungserlösen.

Durch die weiter verfolgte strikte Kostendisziplin, wirksame Effizienzmaßnahmen sowie die fortgesetzte Anpassung der Kapazitäten konnte der Verwaltungsaufwand um 30 Mio € bzw. 4,8 % erfolgreich auf 591 Mio € gesenkt werden. Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen konnte ebenfalls deutlich um 53 Mio € auf 8 Mio € gesteigert werden. Die operative Verbesserung fiel jedoch etwas geringer aus, da die Vergleichsperiode durch außergewöhnlich hohe Belastungen aus Rückstellungen für

Rechtsrisiken in Höhe von 56 Mio € negativ beeinflusst worden war.

Zusätzlich wirkten sich die um 53 Mio € bzw. 9,8 % auf –489 Mio € gesunkenen Verrechnungen positiv auf die Ergebnisentwicklung aus.

Die Cost Income Ratio des Segments wurde von 79,3 % auf 74,2 % verbessert. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern stieg infolge der erfolgreichen Ergebnisverbesserung nach 16,7 % in der Vergleichsperiode auf 20,7 %.

Firmenkunden

Im Segment Firmenkunden konnte das Ergebnis vor Steuern um 67 Mio € bzw. 64,4 % auf 171 Mio € gesteigert werden. Basis für die Ergebnisverbesserung bildete neben dem gesteigerten Zinsüberschuss insbesondere eine deutlich reduzierte Risikovorsorge bei einer stabilen Entwicklung der Kosten.

Die Gesamterträge betragen 243 Mio € nach 241 Mio € im ersten Halbjahr 2016. Vor dem Hintergrund des auf einem hohen Niveau stabilisierten Kreditneugeschäfts und des Wachstums der Kreditbestände konnte der Zinsüberschuss um erfreuliche 7 Mio € bzw. 4,1 % auf 178 Mio € gesteigert werden.

Der Provisionsüberschuss bewegte sich mit 66 Mio € um 4,8 % moderat über dem Niveau des ersten Halbjahres 2016 von 63 Mio €. Mit der Mitte des Jahres 2017 vorgenommenen Neuorganisation der Produktwelt für Geschäftskunden wurde eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen, den Provisionsüberschuss in der zweiten Jahreshälfte positiv zu beeinflussen.

Das Handelsergebnis reduzierte sich um 8 Mio € bzw. 114,3 % auf –1 Mio €, während das Finanzanlageergebnis analog zur Vergleichsperiode 0 Mio € betrug.

Die Risikovorsorge verbesserte sich deutlich um 68 Mio € und trug mit 46 Mio € positiv zum Ergebnis vor Steuern bei. Diese positive Entwicklung ist im Wesentlichen auf die aus der Auflösung der Risikovorsorge erzielten Erträge (52 Mio €) im Zusammenhang mit einer Wertaufhellung einer übernommenen Kreditsicherheit zurückzuführen. Damit konnte ein erheblicher Beitrag zur positiven Entwicklung des Ergebnisses vor Steuern im Segment Firmenkunden durch diese erfolgreiche Verwertung erzielt werden.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um 3 Mio € bzw. 6,0 % auf 53 Mio € aufgrund der aus dem fortgesetzten Ausbau der Vertriebscenter resultierenden Steigerung der Personalaufwendungen. Dem standen leicht rückläufige Sachaufwendungen gegenüber.

Die Verrechnungen betragen –66 Mio € und lagen damit um 1 Mio € bzw. 1,5 % unter dem Vorjahresniveau.

Aufgrund der fehlenden Berücksichtigung der Entwicklung der Risikovorsorge in der Berechnung der Cost Income Ratio bewegte sich diese nur leicht von 50,3 % auf 50,9 %, während sich die Eigenkapitalrendite vor Steuern deutlich auf 46,2 % (39,7 %) verbesserte.

Financial Markets

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Financial Markets betrug –19 Mio €. Damit lag das Ergebnis vor Steuern um 12 Mio € bzw. 38,7 % über der Vergleichsperiode. Wesentlicher Treiber waren gesunkene Kostenverrechnungen, während die Erträge und Aufwendungen – inklusive der Sonstigen Erträge und Aufwendungen – nahezu unverändert blieben.

Die Gesamterträge sanken um 1 Mio € auf 15 Mio € und konnten damit nahezu auf dem Niveau der Vergleichsperiode gehalten werden.

Der Zinsüberschuss reduzierte sich infolge der weiterhin im negativen Bereich verharrenden Geldmarktzinsen sowie der erhöhten Zinsaufwendungen aus Absicherungsgeschäften für das stärker als erwartet gewachsene Forward-Portfolio um 22 Mio € auf –54 Mio €. Positiv auf den Zinsüberschuss machte sich die Nutzung der ersten Kündigungsmöglichkeit einer Hybridanleihe (11 Mio €), deren Anrechnung als regulatorisches Eigenkapital entfallen wäre, bemerkbar.

Der Provisionsüberschuss bewegte sich mit –12 Mio € auf dem Niveau der Vergleichsperiode.

Das Handelsergebnis konnte das Ergebnis aus der Vergleichsperiode um 24 Mio € deutlich übertreffen und summierte sich auf 23 Mio €. Der Anstieg des Handelsergebnisses resultierte insbesondere aus Zinssicherungsgeschäften.

Das Finanzanlageergebnis wurde maßgeblich durch erfolgreiche Transaktionen von Staatsanleihen und die fortgesetzte Reduzierung eines strategischen Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt, getragen. Dieses lag mit 58 Mio € um 3 Mio € bzw. 4,9 % moderat unter dem Niveau der Vergleichsperiode.

Der Verwaltungsaufwand blieb mit 4 Mio € stabil.

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen verzeichnete analog zum Vergleichszeitraum ein ausgeglichenes Ergebnis.

Die Verrechnungen sanken deutlich um 13 Mio € bzw. 30,2 % auf –30 Mio €.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern verbesserte sich von –4,0 % auf –2,0 %, lag jedoch weiterhin im negativen Bereich. Die Cost Income Ratio zeigte ebenfalls eine positive Entwicklung und konnte auf 170,4 % (312,2 %) gesenkt werden.

Non Core Operating Unit (NCOU)

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Non Core Operating Unit (NCOU) fiel mit –185 Mio € um 26 Mio € bzw. 12,3 % besser aus als in der Vergleichsperiode. Im Wesentlichen kann die positive Entwicklung auf einen verbesserten Zinsüberschuss sowie reduzierte Sonstige Aufwendungen zurückgeführt werden.

Der Zinsüberschuss verbesserte sich spürbar um 19 Mio € bzw. 10,5 % auf 162 Mio €. Der positive Effekt aus der weiteren Reduzierung hochverzinslicher Passiva aufgrund von Fälligkeiten wirkte hier als Ergebnistreiber. Die Zinsaufwendungen blieben weiterhin deutlich höher als die

in diesem Segment erwirtschafteten Zinserträge, da den verbliebenen, nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktiva ein deutlich größerer Anteil an hochverzinslichen Passiva gegenübersteht.

Der Provisionsüberschuss und das Handelsergebnis blieben mit 0 Mio € unverändert auf dem Vorjahresniveau.

Während das Finanzanlageergebnis im Vergleichszeitraum noch durch realisierte Gewinne aus der Veräußerung von Anleihen aus Peripheriestaaten des Euroraums positiv beeinflusst worden war, lag das Finanzanlageergebnis aufgrund im ersten Halbjahr 2017 ausgebliebener Veräußerungen bei 0 Mio €.

Die Risikovorsorge belastete das Segmentergebnis mit 3 Mio €, nachdem sie im ersten Halbjahr 2016 noch mit 5 Mio € stärker negativ auf das Ergebnis vor Steuern gewirkt hatte.

Der Verwaltungsaufwand konnte weiter um 1 Mio € bzw. 16,7 % auf 5 Mio € reduziert werden.

In den Sonstigen Aufwendungen wurden deutlich geringere Aufwendungen für Belastungen aus nicht mehr vertriebenen Produkten und der Aufzinsung von Rückstellungen verzeichnet, sodass sich der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen um 8 Mio € auf 3 Mio € verbesserte.

Sowohl die Cost Income Ratio als auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern lagen weiterhin im negativem Bereich.

Cost Center

Das Segment Cost Center enthält die Ergebnisse der Infrastrukturfunktionen der Deutschen Postbank AG, der BHW Bausparkasse AG, der BHW Holding AG, der PB Firmenkunden AG, der Deutsche Postbank AG Zweigniederlassung Luxemburg, der Postbank Direkt GmbH, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Finanzberatung AG und der Postbank Immobilien GmbH. Das Segment beinhaltet außerdem die Ergebnisse der den Cost Centern zugeordneten Tochtergesellschaften Postbank Systems AG, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, DSL Portfolio GmbH & Co. KG, DSL Portfolio Verwaltungen GmbH, Postbank Service GmbH, BHW Kreditservice GmbH, Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH und Postbank Beteiligungen GmbH.

Das Ergebnis vor Steuern sank um 14 Mio € bzw. 100 % auf 0 Mio €, da im Vergleichszeitraum der aktienbasierte Kaufpreisbestandteil aus der Visa Europe Ltd. Transaktion in Höhe von 14 Mio € im Segment Cost Center erfasst worden war und im Berichtszeitraum keine Sondereffekte auftraten.

Der Zinsüberschuss bewegte sich insgesamt auf niedrigem Niveau und betrug 0 Mio € (Vergleichszeitraum: 4 Mio €).

Der in diesem Segment im Wesentlichen aus der Abwicklung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen entstehende Provisionsüberschuss konnte moderat um 4 Mio € bzw. 8,3 % auf 52 Mio € gesteigert werden.

Das Handelsergebnis belief sich unverändert auf 0 Mio €.

Das Finanzanlageergebnis betrug 0 Mio €, nachdem dieses aufgrund des oben genannten Sondereffekts aus der Erfassung des aktienbasierten Kaufpreisbestandteils der Visa Europe Ltd. Transaktion in der Vergleichsperiode noch 14 Mio € betragen hatte.

Der Verwaltungsaufwand konnte erfolgreich um 52 Mio € bzw. 7,1 % auf 685 Mio € gesenkt werden. Maßgeblichen Anteil daran hatten das disziplinierte Kostenmanagement der Querschnittsfunktionen sowie wirksame Effizienzmaßnahmen.

Insgesamt wurden 603 Mio € Kosten im Rahmen der Vollkostenallokation an die anderen Segmente verrechnet. Dort ergaben sich Belastungen in korrespondierender Höhe, also mit –603 Mio €.

Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug 30 Mio € und lag damit um 18 Mio € über dem Vorjahreswert. Zurückzuführen ist die positive Veränderung primär auf die im ersten Halbjahr 2017 erzielten Erträge aus der Teilnahme an der TLTRO-Bietergruppe in Höhe 15 Mio €.

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Bilanz

Die Bilanzsumme der Postbank reduzierte sich zum 30. Juni 2017 um 2,4 Mrd € bzw. 1,6 % auf 144,8 Mrd € im Vergleich zum 31. Dezember 2016. Der fortgesetzte Abbau der Bilanzsumme ist im Wesentlichen auf Fälligkeiten langfristiger Passivpositionen zurückzuführen, die eine Reduktion der nicht kundenbezogenen Geschäfte auf der Aktivseite ermöglichten.

Aktiva

Auf der Aktivseite konnte der Anteil des Kreditgeschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden an der Bilanzsumme gesteigert werden. Maßgeblich dazu beigetragen hat das weiterhin erfolgreiche Bestandswachstum der Forderungen an Kunden um 1,8 Mrd € bzw. 1,8 % auf 103,8 Mrd € infolge eines auf hohem Niveau fortgesetzten Kreditneugeschäfts. Zusätzlich zur Erhöhung des Bestands an privaten Baufinanzierungen um 0,7 Mrd € und Ratenkrediten um 0,3 Mrd € gelang es auch, den Bestand an gewerblichen Krediten um 0,7 Mrd € zu steigern. Bei nahezu unveränderten Kundeneinlagen konnte damit ein weiterer Schritt in Richtung der angestrebten ausgeglichenen Kundenbilanz erzielt werden.

Die fortgesetzte Reduktion der kurzfristigen Forderungen gegenüber Kreditinstituten um 1,2 Mrd € bzw. 9,3 % auf 11,9 Mrd € bringt die Erfolge im Abbau des Einlagenüberhangs zum Ausdruck, da dieser im Rahmen der konservativen Anlagestrategie vorrangig am Geldmarkt disponiert wird. Gemeinsam mit den spürbar um 2,3 Mrd € bzw. 8,5 % auf 24,5 Mrd € gesunkenen Finanzanlagen trug der Abbau dieser Aktivgeschäfte dazu bei, die Bilanz stärker auf das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden auszurichten.

Die Handelsaktiva reduzierten sich gegenüber dem 31. Dezember 2016 um 0,1 Mrd € bzw. 17,9 % auf 0,4 Mrd €.

Passiva

Auf der Passivseite der Bilanz zeigte sich ein Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 0,9 Mrd € bzw. 0,7 % auf 118,1 Mrd € am 30. Juni 2017. Das anhaltende Niedrigzinsumfeld sorgt für eine relativ geringe Sparneigung bzw. bewirkt eine erhöhte Konsumbereitschaft. Dies spiegelt sich in der Entwicklung der Spareinlagen von Privatkunden sowie den Bauspareinlagen wider, die sich seit Jahresbeginn insgesamt um 1,5 Mrd € reduzierten. Die anderen Verbindlichkeiten konnten im ersten Halbjahr 2017 nahezu konstant auf 62,2 Mrd € gehalten werden. Die einzelnen Bestandteile der anderen Verbindlichkeiten zeigten jedoch relativ deutliche Bewegungen. So verzeichneten die täglich fälligen Einlagen ein Wachstum von 2,2 Mrd € bzw. 4,6 % auf 49,0 Mrd €, während die zum Teil hochverzinslichen anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit durch Fälligkeiten um 1,5 Mrd € bzw. 10,3 % auf 13,2 Mrd € sanken.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich im Vergleich zum Jahresende 2016 um 0,8 Mrd € bzw. 5,8 % auf 12,4 Mrd €.

Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten betrug 3,3 Mrd € zum 30. Juni 2017. Im Vergleich zum Jahresende sind hier keine nennenswerten Bewegungen zu verzeichnen gewesen.

Die Handelspassiva sanken gegenüber dem 31. Dezember 2016 um 0,1 Mrd € auf 0,3 Mrd €.

Das Nachrangkapital reduzierte sich im Wesentlichen aufgrund der Kündigung einer Hybridanleihe mit einem Volumen von 0,5 Mrd € sowie durch Fälligkeiten weniger volumenstarker langfristiger Passivpositionen deutlich um 0,6 Mrd € bzw. 23,5 % auf 2,0 Mrd €.

Das bilanzielle Eigenkapital konnte, getrieben durch die positive Ergebnisentwicklung gegenüber dem Jahresende 2016, leicht um 143 Mio € bzw. 2,0 % auf knapp 7,4 Mrd € gesteigert werden.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich mit 316 Mio € im ersten Halbjahr 2017 deutlich um 151 Mio € bzw. 91,5 %. Wesentlichen Anteil an der Steigerung der Profitabilität haben die – zur Reduktion der historisch hohen Abhängigkeit der Postbank vom Zinsüberschuss – eingeleiteten strategischen Maßnahmen. Diese hatten insbesondere positive Auswirkungen auf den Provisionsüberschuss, der um 68 Mio € zunahm, sowie auf den Verwaltungsaufwand, der erfolgreich um 80 Mio € reduziert werden konnte. Die Neuorganisation der Girokonten, die Wertpapieroffensive, der Abbau des Einlagenüberhangs durch Wachstum im Kreditgeschäft, die Anpassung von Kapazitäten sowie das ambitionierte Management von Sachaufwendungen überkompensierten die Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld und sorgten gemeinsam mit einer deutlich reduzierten Risikoversorge für ein nahezu verdoppeltes Ergebnis vor Steuern.

Das bereinigte Ergebnis vor Steuern lag mit 368 Mio €, im Wesentlichen aufgrund der positiven Entwicklung des Ergebnisses vor Steuern, deutlich um 179 Mio € bzw. 94,7 % über dem der Vergleichsperiode. In dieser hatte sich insbesondere die Bereinigung des Verkaufs der strategischen

Beteiligung an Visa Europe Ltd. mit 104 Mio € negativ auf das bereinigte Ergebnis vor Steuern ausgewirkt. Dem gegenüber stand die Neutralisierung der außergewöhnlichen Aufwendungen für Rechtsrisiken (56 Mio €) in der Vergleichsperiode. Aufwendungen für strategische Initiativen wurden im ersten Halbjahr 2017 in Höhe von 52 Mio € bereinigt, während in der Vergleichsperiode noch 72 Mio € bereinigt worden waren.

Der Return on Tangible Equity nach Steuern profitierte von der erfolgreichen Ergebnisverbesserung und konnte deutlich auf 11,4% (5,5%) gesteigert werden.

Die Cost Income Ratio wurde dank einer strikten Kostendisziplin auf 80,5% (86,2%) reduziert. Wesentlicher Treiber für die positive Entwicklung der Kosten-Ertrags-Relation waren die erzielten Fortschritte bei der Reduktion der Gesamtaufwendungen, die von der Reduktion der anderen Verwaltungsaufwendungen ebenso profitieren konnten wie durch den Rückgang der außergewöhnlichen Aufwendungen für Rechtsrisiken sowie gesunkene Aufwendungen für strategische Initiativen.

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) und der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns konnte gegenüber dem Jahresende 2016 von 12,4%¹ nochmals auf 12,8% verbessert werden. Damit lag die harte Kernkapitalquote oberhalb unserer Erwartungen. Maßgeblich für die verbesserte Eigenkapitalausstattung sind die positive Gewinnentwicklung und die erzielte Reduktion der Risikoaktiva.

Die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns konnte per 30. Juni 2017 auf 3,6% gesteigert werden und lag damit um 0,2 Prozentpunkte über dem Jahresende 2016. Den Berechnungen lagen die regulatorischen Anforderungen gemäß Art. 429 CRR zugrunde.

Unterjährig wurde entsprechend unserer Planung keine Mitarbeiterbefragung durchgeführt und folglich kein Wert für die Mitarbeiterzufriedenheit ermittelt. Eine Erhebung zur Kundenzufriedenheit hat ebenfalls nicht stattgefunden, sodass zum ersten Halbjahr 2017 keine Aussage zur Entwicklung der wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren getroffen werden kann.

Gesamtaussage zur Geschäftslage im ersten Halbjahr 2017

Durch die erfolgreiche Umsetzung strategischer Maßnahmen auf der Ertrags- und Kostenseite ist es der Postbank gelungen, die Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld überzukompensieren und die Profitabilität insgesamt deutlich zu steigern.

Ohne Berücksichtigung der außerordentlichen Erträge aus dem Verkauf einer strategischen Beteiligung in der Vergleichsperiode konnte in einem herausfordernden Marktumfeld die Ertragslage verbessert werden. Maßgeblichen Anteil daran hatten neben der Neuorganisation der Kontomodelle die erfolgreiche Stärkung des Wertpapier- und Kreditgeschäfts mit Privatkunden und ein verbessertes Handelsergebnis. Vor dem Hintergrund der Ausdehnung des Bestands an Forderungen gegenüber Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden nimmt das Kreditgeschäft einen weiter

wachsenden Anteil an der Vermögens- und Finanzlage der Postbank ein.

Ein signifikanter Beitrag zur deutlichen Steigerung von Ergebnis, Profitabilität und Effizienz wurde zusätzlich durch die erfolgreiche Reduktion der Verwaltungsaufwendungen erzielt.

Eigenkapital und Kapitalkennziffern

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahreswert um 143 Mio € bzw. 2,0% auf 7.369 Mio €.

Unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns für das erste Halbjahr 2017 konnte die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) zum 30. Juni 2017 auf 12,8% gesteigert werden, nachdem sie zum Jahresende bei 12,4%¹ gelegen hatte. Als Treiber für diese positive Entwicklung kann die Steigerung des Konzerngewinns hervorgehoben werden.

Die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) und der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns lag zum 30. Juni 2017 bei 13,7%. Die leichte Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahresendwert von 14,2%¹ ist im Wesentlichen auf den regulatorisch vorgeschriebenen Anstieg der Kapitalabzugspositionen zurückzuführen.

Die Leverage Ratio konnte per 30. Juni 2017 ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns auf 3,6% (31. Dezember 2016: 3,4%¹) gesteigert werden. Unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen (regular phased-in) und der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns wurde das Niveau des Vorjahresendes¹ aufgrund des regulatorisch vorgeschriebenen Anstiegs der Kapitalabzugspositionen um 0,2 Prozentpunkte unterschritten und betrug 3,9%.

Den Berechnungen liegen die regulatorischen Anforderungen gemäß Art. 429 CRR zugrunde.

CHANCENBERICHT

Das aktuell historisch niedrige bzw. negative Zinsumfeld wirkte sich belastend auf die Ertragskraft der Postbank aus, da diese über einen hohen Bestand an Sicht- und Spareinlagen im Vergleich zum bestehenden Kreditgeschäft verfügt. Der daraus resultierende Einlagenüberhang sorgt in Zeiten von negativen Geldmarktzinsen in Verbindung mit einer konservativen Anlagestrategie für eine Belastung des Zinsüberschusses. Gleichzeitig stimuliert das weiterhin historisch niedrige Zinsniveau die Nachfrage nach Finanzierungslösungen und ermöglicht so eine Reduktion des Einlagenüberhangs. Sollte dieser schneller als erwartet reduziert werden können, würde sich dies positiv auf das Ergebnis der Postbank auswirken. Die Postbank hat hiervon durch Zuwächse im Neugeschäft bei Konsumentenkrediten und Wohnungsbaukrediten bereits profitieren und den Einlagenüberhang bei leicht gestiegenen Einlagen reduzieren können.

¹Unter Berücksichtigung der genehmigten Anrechnung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2016

Ein Richtungswechsel in der europäischen Geldpolitik als verändertes Makroszenario könnte neben steigenden Zinserträgen auch neue Überlegungen für die Positionierung privater Vermögensanlagen auslösen und damit zu einer Belebung des Provisionsgeschäfts beitragen. Sofern sich die Sparkunden der Postbank stärker als vorausgesehen für die Verwendung ihrer Einlagen zum Erwerb von Wertpapieren entscheiden, würde dies zu einer Stärkung des Provisionsüberschusses führen. Ein breiteres Verständnis der Bankkunden für die Überarbeitung von Gebührenmodellen vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds könnte sich ebenfalls positiver als erwartet auf das Provisionsgeschäft auswirken.

Wesentliche Chancen erwachsen für die Postbank aus einem disziplinierten Kostenmanagement, welches eng mit der Digitalisierungsstrategie der Postbank verknüpft ist. Die veränderten Anforderungen der Bankkunden von einer persönlichen Beratung hin zu Multikanalberatung und -dienstleistungen verändern das Bankgeschäft spürbar. Für die Postbank ergibt sich aus einer schneller als erwartet steigenden Akzeptanz zur Nutzung von digitalen Ansprachemöglichkeiten in der Kundenberatung die Möglichkeit, ihr Kundengeschäft effizienter zu betreiben.

Die Postbank hat mit ihrer Positionierung „digital & persönlich“ den Trend zur Digitalisierung aufgegriffen und ihre Digitalisierungsstrategie konsequent fortgesetzt. Im Rahmen dieser Strategie zielt die Postbank – beispielsweise mit vollständig digitalisierten End-to-End-Prozessen – darauf ab, sowohl die Generierung zusätzlicher Erträge positiv zu beeinflussen als auch Kosteneinsparungen durch Prozessoptimierungen und einen höheren Automatisierungsgrad zu realisieren. So ist es der Postbank im ersten Halbjahr 2017 gelungen, die Einrichtung, Erhöhung oder Reduzierung eines Dispokredits vollständig zu digitalisieren und damit einerseits dem Kunden einen deutlich schnelleren Service zu bieten und andererseits den internen Bearbeitungsaufwand deutlich zu reduzieren.

Sollten darüber hinaus Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz eine stärkere Wirkung als geplant entfalten, könnte sich dies – ebenso wie eine über den Erwartungen liegende Kundennachfrage und ein höherer Marktanteil – positiv auf das Ergebnis sowie die regulatorischen Kennziffern wie Leverage Ratio und CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) auswirken.

Sofern sich die ökonomischen Bedingungen in Deutschland, das Zinsumfeld und die Wettbewerbssituation in der Finanzdienstleistungsbranche besser als angenommen entwickeln, könnte dies zu höheren Erträgen führen, die nur teilweise durch zusätzliche Kosten aufgezehrt würden. Dies könnte zur Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern und der Cost Income Ratio führen.

Für die Postbank ergibt sich vor dem Hintergrund der von der Deutschen Bank verkündeten Strategie, die Zusammenführung der Postbank mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank vorantreiben zu wollen, die Chance, Synergien zu erzielen.

Den kurzfristigen Chancen für Verbesserungen der Erträge und Aufwendungen der Postbank aufgrund der oben genannten möglichen Entwicklungen stehen auf mittlere und längere Sicht Risiken entgegen, und zwar insbesondere Kredit-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Der Schwerpunkt des Risikoprofils der Postbank liegt auf den Kredit- und Einlagengeschäften mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden. Der Fokus im Risikomanagement der Postbank lag im ersten Halbjahr 2017 auf der Stärkung unserer regulatorischen und ökonomischen Kapitalbasis unter Einhaltung unseres Risikoprofils. Dies fand vor dem Hintergrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie politischer Unsicherheiten in Großbritannien (Brexit) und Frankreich (Wahlen) statt.

Die Postbank bewegt sich weiterhin in einem soliden konjunkturellen Umfeld. In der ersten Jahreshälfte beschleunigte sich zudem im Euroraum – und insbesondere in Deutschland – das Wirtschaftswachstum. Der aktuell gute Zustand des Arbeitsmarktes, dokumentiert in einer sinkenden Arbeitslosenquote bei gleichzeitig steigender Erwerbstätigkeit, und die positive Entwicklung sowohl der Immobilienpreise als auch der deutschen Industrie bieten Wachstumsmöglichkeiten für das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden. Gleichzeitig wirkt diese gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland positiv auf die Kreditrisiken im Bestandsgeschäft.

Gesamtbankrisiko

Die Risikonahme zur Ergebniserzielung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im ersten Halbjahr 2017 wurden alle auf Konzernebene festgesetzten Limite, insbesondere die Limite für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken, stets eingehalten. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben. Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die Postbank und ihre Tochtergesellschaften nicht erkennbar. Im Folgenden gehen wir auf die wesentlichen operativ gesteuerten Risiken für den Postbank Konzern ein.

Kreditrisiken

Die Risikovorsorge lag im ersten Halbjahr 2017 aufgrund des weiterhin positiven Verlaufs im Kundengeschäft – auch zurückzuführen auf ein anhaltend vorteilhaftes makroökonomisches Umfeld, in dem sich die Bank bewegt, gute Erlöse im Rahmen der Sicherheitenverwertung sowie ein konsequentes Risikomanagement – deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Für die nächsten zwei Quartale erwarten wir eine weiterhin positive Entwicklung der Risikosituation, einhergehend mit einem soliden konjunkturellen Umfeld, getragen durch eine stabile Entwicklung des Wirtschaftswachstums sowie des Arbeitsmarktes.

Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank wird insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung am europäischen Kapitalmarkt beeinflusst. Während sich die Geldmarktzinsen im ersten Halbjahr 2017 nahezu unverändert im negativen Bereich und damit auf historisch niedrigem Niveau befanden, sind die Zinsen am Kapitalmarkt über alle Laufzeiten hinweg gestiegen. Vor dem Hintergrund einer leichten Erhöhung

der offenen Zinsrisikoposition und einer Reduktion der Credit-Spread-Risiken lag der operative Value-at-Risk (VaR) des Anlagebuchs zum Stichtag leicht unterhalb des Niveaus vom Vorjahresultimo.

Der auf Basis eines Stressed-Value-at-Risk-Ansatzes berechnete Risikokapitalbedarf für Marktrisiken ist gegenüber dem Vorjahresultimo deutlich gesunken. Ursächlich hierfür ist zum einen die Reduktion des Credit Spread Exposure, zum anderen auch eine Anpassung in der Modellierung der relevanten Risikoparameter. Ausblickend erwarten wir, dass der Risikokapitalbedarf im zweiten Halbjahr 2017 auf dem derzeitigen Niveau verbleibt. Die unvermindert bestehenden politischen Unsicherheiten können allerdings auch zu erneut erhöhten Volatilitäten an den Märkten und damit zu entsprechenden Barwertschwankungen führen.

Marktrisiken entstehen der Postbank dabei allein aus Positionen des Anlagebuchs, Handelsbuchaktivitäten fanden im Berichtszeitraum wie auch schon im gesamten Vorjahr nicht statt.

Liquiditätsrisiken

Im ersten Halbjahr 2017 wurden stets ausreichende Liquiditätspuffer für die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der regulatorischen Liquiditätsanforderungen vorgehalten. Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Auf Basis unserer Liquiditätsprognosen und -planungen werden wir die Überschussliquidität reduzieren, erwarten aber auch für die absehbare Zukunft eine angemessene Liquiditätsausstattung.

Operationelle Risiken

Das Schadenprofil für Operationelle Risiken der Postbank spiegelt im Wesentlichen die strategische Ausrichtung einer Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit Mengengeschäft wider. Ein Schwerpunkt lag in den letzten Jahren stets auf den sogenannten High-Frequency/Low-Impact-Schäden, also den Schadenfällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten.

In den letzten Jahren war außerdem eine Zunahme von Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung zu verzeichnen. Ein Großteil dieser bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds. Dieser Trend hat sich auch im Berichtszeitraum fortgesetzt, obwohl der Vertrieb von geschlossenen Fonds bereits 2012 eingestellt wurde.

Aufgrund der initiierten und bereits umgesetzten Maßnahmen geht die Postbank für die nächsten Jahre von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken aus.

Für die Geschäftsrisiken liegt gegenüber der Darstellung im Konzernlagebericht 2016 keine wesentliche Veränderung der Einschätzung vor.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen

Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Firmenkunden, Banken sowie Gewerbliche Immobilienfinanzierungen Inland und UK (Commercial Real Estate). Für die zweite Jahreshälfte 2017 ist auch die Überführung des Ratingmodells für Privatkunden-Dispositions kredite in den A-IRBA geplant.

Den aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarf für Operationelle Risiken ermittelt die Postbank seit Ende 2015 unverändert nach dem Standardansatz.

Im ersten Halbjahr 2017 hat die Postbank die Umsetzung umfangreicher geforderter regulatorischer Neuerungen vorangetrieben. Besonderer Schwerpunkt lag hierbei auf den Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit und der Sicherstellung der Geschäftskontinuität bei IT-Ausfällen sowie der weiteren Stärkung der IT-Infrastruktur zur Aggregation von Risikodaten und Risikoberichterstattung.

Fortgeführt wurden daneben die Maßnahmen zur Umsetzung des „Analytical Credit Dataset“-Projekt (AnaCredit-Projekt) der EZB sowie zur Begleitung der diversen neuen Regulierungsvorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Vervollständigung bzw. Reformierung des Basel-III-Regelwerks und deren Umsetzung in europäisches Recht (CRR II – Capital Requirements Regulation III/CRD V – Capital Requirements Directive V).

Im ersten Halbjahr 2017 erfolgten zudem umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen zur Umsetzung der neuen Bilanzierungsvorgaben aus dem im Jahr 2018 in Kraft tretenden Rechnungslegungsstandard IFRS 9.

Risikomanagement im Rahmen des Deutsche Bank Konzerns

Die Postbank ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement der Deutschen Bank AG eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zu gewährleisten. Hierzu ist die Postbank in die Verfahren zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, welche einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefern und dem Konzern die entsprechende Einflussnahme ermöglichen. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Die Postbank ist über die Deutsche Bank Gruppe in den Single Supervisory Mechanism (SSM) eingebunden. Die Postbank unterliegt daher als Teil der Deutsche Bank Gruppe der direkten Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB). Bei Anfragen der EZB-Bankenaufsicht an die Deutsche Bank wird die Postbank daher miteinbezogen. Zudem steht die Postbank in einem regelmäßigen Austausch mit den nationalen Aufsichtsbehörden.

Die Deutsche Bank hat als Eigentümerin der Postbank angekündigt, die Postbank mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank zusammenzuführen.

Unabhängig hiervon werden die Aufgaben hinsichtlich des gemeinsamen Gruppenrisikomanagements mit der Deutschen Bank parallel vollständig weiter übernommen.

Arten von Risiken

Die innerhalb der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer konzernweiten Risikoinventur ermittelt.

Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Zuge der mindestens jährlich durchgeführten Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift bei der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung quantifiziert und mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos mit Risikokapital unterlegt. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung dieser Risikoarten. Eine Darstellung zur Quantifizierung enthält Note 33 des Konzernzwischenabschlusses.

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

Marktrisiken, Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationelle Risiken und Geschäftsrisiken.

Zur detaillierten Darstellung der einzelnen Risikoarten verweisen wir auf die Ausführungen im Konzernlagebericht 2016. Hierzu haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Organisation des Risikomanagements

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagement-Organisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden im Rahmen des ICAAP unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk-Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Mit Blick auf die Schwerpunkte des Risikomanagements der Postbank haben sich gegenüber der Darstellung im Konzernlagebericht 2016 keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Dabei unterliegen die im Konzernlagebericht 2016 dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Risikokapital und Limitierung

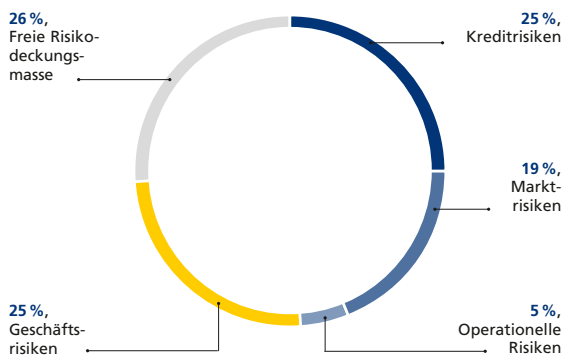
Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom Bankrisikokomitee überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, Adjustierungen der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten wesentlichen Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Reputationsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonat-

tige Survival Period im Stressszenario gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vor.

Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ der Postbank nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im ersten Halbjahr 2017 (Berechnung per 30. Juni 2017) stellt sich wie folgt dar:

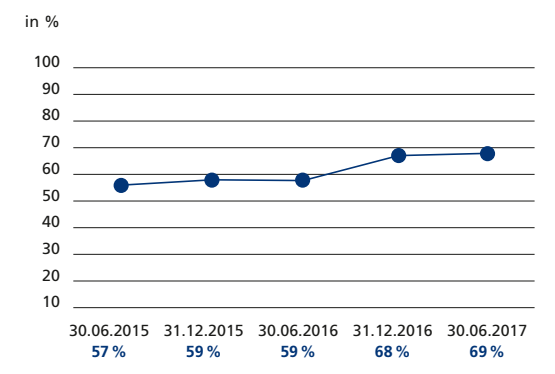
Verteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ der Postbank nach Risikoarten (genehmigtes Risikokapital)



Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ und eine nach Risikoarten differenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 30. Juni 2017 und Vorjahresresultimo) werden in Note 33 des Konzernzwischenabschlusses dargestellt.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risikokapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:

Entwicklung Relation genehmigtes Risikokapital zu Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“



Die Auslastung der Risikodeckungsmasse (im ökonomischen Gläubigerschutz), bezogen auf das verteilte Risikokapital nach Diversifikation, belief sich zum Berichtsstichtag auf 69%. Insgesamt hat sich im ersten Halbjahr 2017 das gesamte allokierte Risikokapital im Vergleich zum Jahresende 2016 leicht verringert. Die Risikodeckungsmasse reduzierte sich gegenüber dem 31. Dezember 2016, sodass sich die Auslastung

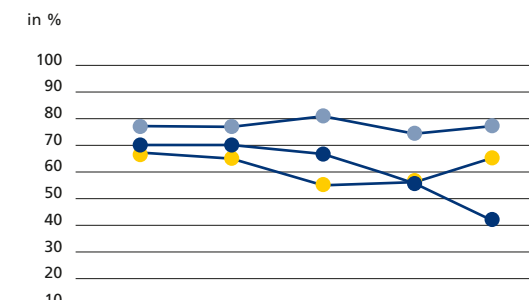
im Jahresvergleich um 1% erhöhte. Der Rückgang der Risikodeckungsmasse ist im Wesentlichen auf eine Verringerung des Nachrangkapitals zurückzuführen (insbesondere durch die Kündigung einer Hybridanleihe). Auch in einer Going-Concern-Perspektive ist das ermittelte Risikopotenzial ausreichend durch die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse gedeckt.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten auf Konzernebene sowie für die jeweiligen Portfolios. Für Marktrisiken wird ein Stressed-Value-at-Risk-Konzept (Stressed-VaR-Konzept) verwendet, das für die Kalkulation der Kapitalunterlegung von Marktrisiken einen gestressten Zeitraum unterstellt. Der zum Ende des ersten Halbjahres 2017 für die Ermittlung des Stressed-VaR herangezogene Zeitraum war der vom 4. August 2011 bis zum 26. Juli 2012, da dieser historische Zeitraum, bezogen auf die aktuelle Positionierung der Bank zum Berichtsstichtag, eine signifikante Stressperiode darstellte. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite für die Gesamtbank und je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch konzernweit gültige Limite gesteuert.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf. Die Postbank verfolgt das Ziel eines aktiven Limitmanagements, um eine effektive Steuerungswirkung auf die Risiken zu erreichen.

Entwicklung Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten



Stichtag	30.06.2015	31.12.2015	30.06.2016	31.12.2016	30.06.2017
Marktrisiko	70%	70%	68%	55%	43%
Kreditrisiko	79%	79%	81%	73%	78%
Operationelles Risiko	66%	65%	56%	58%	65%

Zum Stichtag 30. Juni 2017 betrug die Auslastung des für Marktrisiken im engeren Sinne genehmigten Risikokapitals 43 % und ist damit im Vergleich zum Vorjahresende deutlich gesunken (31. Dezember 2016: 55 %). Ursächlich hierfür sind zum einen die Reduktion des Credit Spread Exposure, zum anderen auch eine Anpassung in der Modellierung der relevanten Risikoparameter. Die Limitauslastung für Kreditrisiken lag zum 30. Juni 2017 bei 78 % (31. Dezember 2016: 73 %). Das gestiegene Geschäftsvolumen in den strategischen Geschäftsfeldern Privatkunden und Firmenkunden wurde durch Ratingverbesserungen kompensiert. Der Risikoanstieg resultierte aus einer Rekalibrierung des Kreditrisikomodells.

Der spürbare Anstieg der Limitauslastung des für Operationelle Risiken genehmigten Risikokapitals von 58 % zum Jahresresultimo 2016 auf 65 % zum 30. Juni 2017 ist bedingt durch eine Veränderung in der Struktur der Daten zu internen sowie der externen Schäden, die über das ORX-Konsortium (Operational Riskdata eXchange Association) bezogen werden.

Die Risikotragfähigkeit der Postbank war jederzeit gegeben.

Risikokonzentrationen

Im Hinblick auf die Identifikation, das Reporting und die Überwachung von Risikokonzentrationen sowie hinsichtlich der Projekte zur Verbesserung der Kreditportfoliosteuerung wird auf die Ausführungen im Konzernlagebericht 2016 verwiesen.

Durch die segmentspezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposure erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreportings der Postbank.

Im Segment Non Core Operating Unit hat die Postbank weitere Konzentrationsrisiken im Rahmen des Auslaufs von Beständen der Finanzanlagen reduziert.

Für das Commercial-Mortgage-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt. Der Fokus liegt weitgehend auf Deutschland bzw. auf Europa.

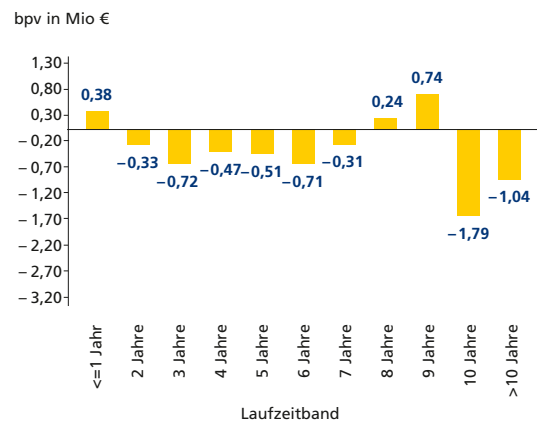
Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die Postbank zum einen VaR-Limite und barwertige Verlustlimite auf Konzernebene sowie für Subportfolios. Zum anderen werden als weitere Steuerungskennzahlen Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf VaR-

Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt.

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktrisiken bezeichnen das Risiko von einem aus einer Marktzinsänderung resultierenden Rückgang des Marktwertes zinsensensitiver Finanzinstrumente bzw. einer Verschlechterung des periodischen Zinsergebnisses aufgrund von Veränderungen der allgemeinen Marktzinsen. Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 30. Juni 2017 in Form einer Basispoint-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren. In Summe war die Postbank zum 30. Juni 2017 weiterhin mit einem aktivischen Zins-Exposure positioniert.

Zinspositionen (bpv) des Postbank Konzerns per 30.06.2017



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge der offenen Zinspositionen zum Stichtag 30. Juni 2017 über nahezu alle Laufzeitbereiche verteilen, allein im unterjährigen Bereich und im Laufzeitbereich von 8 bis 9 Jahren dominieren passivische Zinsrisikoüberhänge. Der Gesamtbpv lag zum 30. Juni 2017 bei -4,5 Mio € nach -3,6 Mio € am 31. Dezember 2016. Die Zinsensitivitäten resultieren überwiegend aus Euro-Positionen; die Zinsensitivitäten in anderen Währungen sind unwesentlich. Als Instrument zur aktiven Steuerung der Zinsänderungsrisiken dienen der Postbank vorwiegend Zinsswaps. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Überwachung von Marktrisiken

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sublimiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Risikolimiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die

Risikomessung und -überwachung erfolgt auf täglicher Basis. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Berichtszeitraum wurden die eingeräumten VaR-Limite auf Konzern-ebene jederzeit eingehalten.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den hypothetischen Gewinnen und Verlusten infolge von eingetretenen Marktwertveränderungen, bei unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per 30. Juni 2017 liegen die Backtesting-Ergebnisse (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) auf Konzernebene mit vier „Ausreißern“ im grünen Bereich und bestätigen damit die grundsätzliche Angemessenheit des Marktrisikomodells.

Zur weiteren detaillierten Beschreibung der Methoden zur Messung und Limitierung der Marktrisiken wird auf die Ausführungen im Konzernlagebericht 2016 im Abschnitt „Überwachung und Steuerung von Marktrisiken“ des Risiko-berichts verwiesen.

Stresstesting

Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten aufgrund der Positionierung weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Aufgrund der geringen Anzahl von Positionen sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen demgegenüber deutlich geringer.

Auch bei Eintreten des nachteiligsten der betrachteten historischen und hypothetischen Stressszenarien war das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital im ersten Halbjahr 2017 jederzeit ausreichend, um resultierende marktwertige Verluste zu decken.

Risikokennzahlen

Für das erste Halbjahr 2017 (sowie für das zweite Halbjahr 2016) wurden folgende VaR-Werte ermittelt:

Value-at-Risk Marktrisiken Postbank Konzern

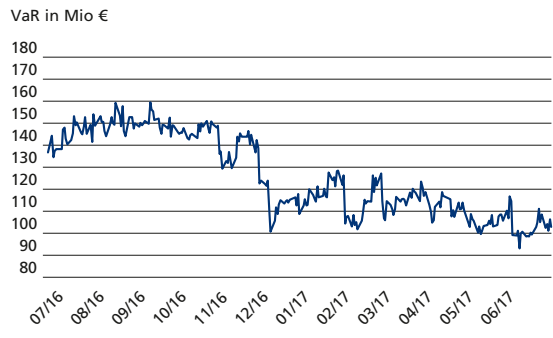
Konzern VaR (10 Tage, 99 %)	VaR am Halbjahresende		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	1. Halbjahr 2017 Mio €	2. Halbjahr 2016 Mio €	1. Halbjahr 2017 Mio €	2. Halbjahr 2016 Mio €	1. Halbjahr 2017 Mio €	2. Halbjahr 2016 Mio €	1. Halbjahr 2017 Mio €	2. Halbjahr 2016 Mio €
Zinsrisiken	67,4	58,5	82,0	87,8	51,3	45,5	63,5	74,5
Aktien-/Aktienindexrisiken	5,5	6,3	6,7	8,1	5,3	6,1	6,1	7,0
Währungsrisiken	5,8	7,2	8,2	8,0	3,6	3,7	5,0	4,7
Sonstige Marktrisiken (Spread)	56,9	73,2	78,3	99,7	55,4	71,3	68,3	89,8
Diversifikationseffekte	-33,0	-36,9	-39,1	-44,5	-24,6	-26,5	-32,0	-35,3
Gesamt	102,6	108,3	128,1	159,1	92,8	100,4	110,8	140,6

Zum 30. Juni 2017 betrug der Marktrisiko-VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 103 Mio € (zum Vergleich: 108 Mio € per 31. Dezember 2016).

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisiko-tragenden Bestände inklusive der Pensionsverpflichtungen und des entsprechenden Planvermögens einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, die eine klare Fokussierung auf das Kundenkredit- und das Einlagengeschäft beinhaltet, wird die Höhe der Marktrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Fremdwährungsrisiken entstehen vor allem durch die Geschäftsaktivitäten der Niederlassung in Luxemburg. Sie haben für das Marktrisiko eine untergeordnete Bedeutung, da nur unwesentliche offene Fremdwährungspositionen existieren. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken sind gering, da die Postbank derzeit mit Ausnahme von strategischen Beteiligungen im Rahmen ihrer Financial-Markets-Aktivitäten nicht in Aktien oder Aktienindexprodukte investiert.

Die Entwicklung des VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) im Berichtszeitraum für die Postbank ist der folgenden Grafik zu entnehmen.

Value-at-Risk (99 %, 10 Tage) Postbank Konzern für den Zeitraum 01.07.2016 bis 30.06.2017



Der VaR-Verlauf im Anlagebuch der Postbank ist im Wesentlichen durch die Entwicklung der Risikofaktoren Zins- und Credit Spread getrieben. Nachdem die operativen VaR-Kennzahlen zum Ende des zweiten Halbjahres 2016 vor allem durch die Reduktion der Zins- und der Credit-Spread-Position auf der Aktivseite deutlich gesunken waren, stabilisierte sich der VaR im ersten Halbjahr 2017 auf einem Niveau von ca. 100 Mio € bis 120 Mio €.

Das Handelsbuch der Postbank weist seit Mai 2014 keinen aktiven Bestand mehr auf. Im Berichtszeitraum fanden keine Handelsbuchgeschäfte statt und strategisch ist in diesem Bereich auch kein Neugeschäft geplant.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Privatkunden, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsportfolio mit dem Zielfortfolio abgeglichen. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt. Für eine detaillierte Darstellung wird auf den Konzernlagebericht 2016, Abschnitt „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“, verwiesen.

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Segmente zum 30. Juni 2017 im Vergleich zum Jahresende 2016 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: IFRS-Buchwerte).

Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Economic Capital (EC) ¹	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Privatkunden	77.114	76.737	313	318	574	569
Firmenkunden	17.391	16.336	47	56	494	392
Financial Markets	40.024	42.977	5	5	449	379
Non Core Operating Unit	6.120	6.414	6	6	542	582
Pensionsfonds	k.A.	k.A.	1	1	55	49
Gesamt	140.649	142.464	373	386	2.114	1.971

¹Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

Das Economic Capital (EC) ist im Vergleich zum Vorjahresultimo angestiegen, der Erwartete Verlust (EV) hingegen gesunken. In den strategischen Geschäftsfeldern Privatkunden und Firmenkunden führten Ratingverbesserungen bei steigendem Volumen zu einem Rückgang des EV. Der Anstieg des EC resultierte aus einer Rekalibrierung des Modells, d. h., die Zeitreihen für die Schätzung der Korrelationskoeffizienten des Nicht-Privatkundenportfolios wurden aktualisiert. Dies führte zu durchschnittlich höheren Korrelationskoeffizienten und schlug sich in einem Anstieg des EC in den Segmenten Firmenkunden und Financial Markets sowie den Pensionsfonds nieder.

Die Tabelle „Maximale Adressenausfallrisiken“ zeigt einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente sowohl vor als auch nach Berücksichtigung der Risikovorsorge und Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist.

Maximale Adressenausfallrisiken

Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag		Risikovorsorge		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Risikovorsorge		Sicherheiten		Garantien/ Kreditderivate		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Risikovorsorge und nach Kreditrisikominderung	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Handelsaktiva	390	475	-	-	390	475	46	51	-	-	344	424
Held for Trading	390	475	-	-	390	475	46	51	-	-	344	424
Derivate	343	422	-	-	343	422	-	-	-	-	343	422
Darlehen	47	53	-	-	47	53	46	51	-	-	1	2
Hedging-Derivate	69	112	-	-	69	112	-	-	-	-	69	112
Forderungen an Kreditinstitute	11.887	13.108	-	-	11.887	13.108	1.716	5.832	-	-	10.171	7.276
Loans and Receivables	11.887	13.108	-	-	11.887	13.108	1.716	5.832	-	-	10.171	7.276
Wertpapierpensionsgeschäfte	1.716	5.832	-	-	1.716	5.832	1.716	5.832	-	-	-	-
Tagesgelder	9.009	6.381	-	-	9.009	6.381	-	-	-	-	9.009	6.381
Darlehen	63	92	-	-	63	92	-	-	-	-	63	92
Namenschuldverschreibungen	99	300	-	-	99	300	-	-	-	-	99	300
Termingelder	1.000	500	-	-	1.000	500	-	-	-	-	1.000	500
Sonstige Forderungen	-	3	-	-	-	3	-	-	-	-	-	3
Forderungen an Kunden	103.799	102.003	922	998	102.877	101.005	75.817	74.808	587	645	26.473	25.552
Loans and Receivables	100.596	98.358	922	998	99.674	97.360	72.680	71.256	587	645	26.407	25.459
Private Baufinanzierungen	66.529	65.384	261	292	66.268	65.092	63.134	61.873	-	-	3.134	3.219
Bauspardarlehen	2.875	2.992	6	5	2.869	2.987	2.765	2.912	-	-	104	75
Gewerbliche Kredite	14.412	13.677	112	153	14.300	13.524	6.781	6.471	587	645	6.932	6.408
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.039	5.205	3	4	5.036	5.201	-	-	-	-	5.036	5.201
Ratenkredite	7.688	7.438	388	389	7.300	7.049	-	-	-	-	7.300	7.049
Kontokorrentkredite	2.413	2.085	152	155	2.261	1.930	-	-	-	-	2.261	1.930
Schuldscheindarlehen	1.599	1.537	-	-	1.599	1.537	-	-	-	-	1.599	1.537
Sonstige Forderungen	41	40	-	-	41	40	-	-	-	-	41	40
Fair-Value-Option	3.203	3.645	-	-	3.203	3.645	3.137	3.552	-	-	66	93
Private Baufinanzierungen	3.203	3.645	-	-	3.203	3.645	3.137	3.552	-	-	66	93
Finanzanlagen	24.504	26.766	-	-	24.504	26.766	-	-	-	-	24.504	26.766
Loans and Receivables	9.902	12.196	-	-	9.902	12.196	-	-	-	-	9.902	12.196
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.902	12.196	-	-	9.902	12.196	-	-	-	-	9.902	12.196
Available for Sale	14.602	14.570	-	-	14.602	14.570	-	-	-	-	14.602	14.570
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.301	14.252	-	-	14.301	14.252	-	-	-	-	14.301	14.252
Investmentfondsanteile	265	270	-	-	265	270	-	-	-	-	265	270
Beteiligungen	35	43	-	-	35	43	-	-	-	-	35	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	1	5	-	-	1	5	-	-	-	-	1	5
Zwischensumme	140.649	142.464	922	998	139.727	141.466	77.579	80.691	587	645	61.561	60.130
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	390	379	11	18	379	361	-	-	1	0	378	361
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	21.222	20.861	19	27	21.203	20.834	-	-	50	13	21.153	20.821
Widerrufliche Kreditzusagen ¹	12.863	13.095	9	13	12.854	13.082	-	-	-	-	12.854	13.082
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.359	7.766	10	14	8.349	7.752	-	-	50	13	8.299	7.739
Gesamt	162.261	163.704	952	1.043	161.309	162.661	77.579	80.691	638	658	83.092	81.312

¹In dieser Position sind unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen (Einlagensicherungsfonds und Barsicherheit Bankenabgabe) enthalten (siehe Note 28).

In der Tabelle sind zum ersten Halbjahr 2017 Netting-Effekte in Höhe von 6,3 Mrd € (31. Dezember 2016: 7,1 Mrd €), bezogen auf die Handelsaktiva und die Hedging-Derivate, im Ausweis des maximalen Adressenausfallrisikobetrags vor Sicherheiten eingerechnet.

Bei dem Ausweis zum Berichtsstichtag in der Position „Finanzanlagen“ handelt es sich in Höhe von 3,6 Mrd € (31. Dezember 2016: 4,1 Mrd €) um gedeckte Schuldverschreibungen.

In den folgenden Darstellungen der Risikokonzentrationen werden die Bruttopositionen vor Risikovorsorge und Kreditrisikominderungstechniken dargestellt.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgliedert nach Bilanzposition, Haltekategorie und Produktgruppe.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen

Risikotragende Finanzinstrumente	Privatkunden		Banken/Ver-sicherungen/ Finanzdienst-leister		Staaten		Gewerb-liche Real-kredite		Dienst-leister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Handelsaktiva	47	53	148	211	0	-	81	97	33	26	24	23	57	65	390	475
Held for Trading	47	53	148	211	0	-	81	97	33	26	24	23	57	65	390	475
Derivate	-	0	148	211	0	-	81	97	33	26	24	23	57	65	343	422
Darlehen	47	53	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	47	53
Hedging-Derivate	-	-	69	112	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	69	112
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	11.887	13.078	-	-	-	30	-	-	-	-	-	-	11.887	13.108
Loans and Receivables	-	-	11.887	13.078	-	-	-	30	-	-	-	-	-	-	11.887	13.108
Wertpapier-pensions-geschäfte	-	-	1.716	5.832	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.716	5.832
Tagesgelder	-	-	9.009	6.381	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9.009	6.381
Darlehen	-	-	63	62	-	-	-	30	-	-	-	-	-	-	63	92
Namenschuld-verschreibungen	-	-	99	300	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	99	300
Termingelder	-	-	1.000	500	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.000	500
Sonstige Forderungen	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3
Forderungen an Kunden	81.756	80.723	452	342	5.536	5.693	8.128	7.669	4.168	4.030	2.775	2.573	984	973	103.799	102.003
Loans and Receivables	78.556	77.081	452	342	5.536	5.693	8.128	7.669	4.167	4.029	2.775	2.573	982	971	100.596	98.358
Private Baufinanzierungen	66.427	65.271	0	0	1	1	-	-	17	20	0	0	84	92	66.529	65.384
Bauspardarlehen	2.872	2.988	-	-	0	0	-	-	0	0	0	0	3	4	2.875	2.992
Gewerbliche Kredite	459	336	361	299	24	20	8.128	7.669	2.909	2.992	1.982	1.861	549	500	14.412	13.677
Forderungen an öffentliche Haushalte	-	-	-	-	4.974	5.135	-	-	1	1	-	-	64	69	5.039	5.205
Ratenkredite	7.688	7.437	-	0	-	-	-	-	0	1	0	0	0	0	7.688	7.438
Kontokorrent-kredite	1.110	1.049	16	12	0	0	-	-	802	567	406	329	79	128	2.413	2.085
Schuldschein-darlehen	-	-	51	31	533	533	-	-	437	446	387	383	191	144	1.599	1.537
Sonstige Forderungen	-	-	24	0	4	4	-	-	1	2	-	-	12	34	41	40
Fair-Value-Option	3.200	3.642	-	-	0	0	-	-	1	1	-	-	2	2	3.203	3.645
Private Baufinanzierungen	3.200	3.642	-	-	0	0	-	-	1	1	-	-	2	2	3.203	3.645
Finanzanlagen	-	-	7.736	8.963	14.248	15.319	-	-	1.200	1.284	696	675	624	525	24.504	26.766
Loans and Receivables	-	-	3.242	4.171	5.575	6.860	-	-	596	669	280	279	209	217	9.902	12.196
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	3.242	4.171	5.575	6.860	-	-	596	669	280	279	209	217	9.902	12.196
Available for Sale	-	-	4.494	4.792	8.673	8.459	-	-	604	615	416	396	415	308	14.602	14.570
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	4.203	4.484	8.673	8.459	-	-	604	611	416	396	405	302	14.301	14.252
Investmentfonds-anteile	-	-	265	270	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	265	270
Beteiligungen	-	-	26	38	-	-	-	-	0	0	-	-	9	5	35	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	-	-	-	-	-	-	0	4	-	-	1	1	1	5
Zwischensumme	81.803	80.776	20.292	22.706	19.784	21.012	8.209	7.796	5.401	5.340	3.495	3.271	1.665	1.563	140.649	142.464
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	5	6	10	13	-	-	11	9	176	199	109	84	79	68	390	379
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	18.034	17.778	101	136	140	140	426	233	1.393	1.458	749	766	379	350	21.222	20.861
Widerrufliche Kreditzusagen ¹	11.649	11.624	51	12	20	20	-	-	575	748	347	450	221	241	12.863	13.095
Unwiderrufliche Kreditzusagen	6.385	6.154	50	124	120	120	426	233	818	710	402	316	158	109	8.359	7.766
Gesamt	99.842	98.560	20.403	22.855	19.924	21.152	8.646	8.038	6.970	6.997	4.353	4.121	2.123	1.981	162.261	163.704

¹In dieser Position sind unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen (Einlagensicherungsfonds und Barsicherheit Bankenabgabe) enthalten (siehe Note 28).

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Privatkunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form nationaler und internationaler gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen außerhalb des Privatkundenbereichs ist in der Kreditrisikostategie ein Zielporfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten

Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Handelsaktiva	342	377	47	95	1	3	390	475
Held for Trading	342	377	47	95	1	3	390	475
Derivate	295	324	47	95	1	3	343	422
Darlehen	47	53	–	–	–	–	47	53
Hedging-Derivate	3	5	49	70	17	37	69	112
Forderungen an Kreditinstitute	11.495	12.301	385	779	7	28	11.887	13.108
Loans and Receivables	11.495	12.301	385	779	7	28	11.887	13.108
Wertpapierpensionsgeschäfte	1.699	5.832	17	–	–	–	1.716	5.832
Tagesgelder	8.733	5.774	269	579	7	28	9.009	6.381
Darlehen	63	92	0	–	–	–	63	92
Namenschuldverschreibungen	–	100	99	200	–	–	99	300
Termingelder	1.000	500	–	–	–	–	1.000	500
Sonstige Forderungen	–	3	–	–	–	–	–	3
Forderungen an Kunden	95.152	93.950	7.692	7.331	955	722	103.799	102.003
Loans and Receivables	91.960	90.316	7.683	7.322	953	720	100.596	98.358
Private Baufinanzierungen	63.815	62.546	2.670	2.793	44	45	66.529	65.384
Bauspardarlehen	2.573	2.695	300	296	2	1	2.875	2.992
Gewerbliche Kredite	9.062	9.016	4.459	3.996	891	665	14.412	13.677
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.032	5.198	7	7	–	–	5.039	5.205
Ratenkredite	7.652	7.409	22	21	14	8	7.688	7.438
Kontokorrentkredite	2.399	2.077	12	7	2	1	2.413	2.085
Schuldscheindarlehen	1.386	1.336	213	201	–	–	1.599	1.537
Sonstige Forderungen	41	39	0	1	–	–	41	40
Fair-Value-Option	3.192	3.634	9	9	2	2	3.203	3.645
Private Baufinanzierungen	3.192	3.634	9	9	2	2	3.203	3.645
Finanzanlagen	8.010	9.312	16.244	16.961	250	493	24.504	26.766
Loans and Receivables	4.279	5.170	5.565	6.728	58	298	9.902	12.196
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.279	5.170	5.565	6.728	58	298	9.902	12.196
Available for Sale	3.731	4.142	10.679	10.233	192	195	14.602	14.570
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.447	3.843	10.679	10.229	175	180	14.301	14.252
Investmentfondsanteile	265	270	–	–	–	–	265	270
Beteiligungen	18	28	0	0	17	15	35	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	1	1	0	4	–	–	1	5
Zwischensumme	115.002	115.945	24.417	25.236	1.230	1.283	140.649	142.464
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	349	341	41	38	–	–	390	379
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	20.903	20.558	297	290	22	13	21.222	20.861
Widerrufliche Kreditzusagen ¹	12.755	12.983	96	101	12	11	12.863	13.095
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.148	7.575	201	189	10	2	8.359	7.766
Gesamt	136.254	136.844	24.755	25.564	1.252	1.296	162.261	163.704

¹In dieser Position sind unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen (Einlagensicherungsfonds und Barsicherheit Bankenabgabe) enthalten (siehe Note 28).

Die nachstehende Tabelle „Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder“ beinhaltet die Positionen der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien). Ausgewiesen werden die IFRS-Buchwerte.

Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder¹

Land	Staaten		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Retail		Unternehmen ²		Sonstige ³		Gesamt	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,1
Irland	576,5	593,9	40,7	29,2	2,2	2,2	56,6	49,4	14,3	15,9	690,2	690,6
Italien	3.212,9	2.795,5	74,8	178,6	1.557,6	1.703,7	373,2	330,9	0,0	0,0	5.218,5	5.008,7
Portugal	0,0	0,0	2,1	0,0	3,1	3,0	14,5	12,9	0,0	0,0	19,8	15,9
Spanien	778,3	600,8	263,2	234,4	25,0	25,7	194,6	186,5	0,0	0,0	1.261,1	1.047,4
Gesamt	4.567,6	3.990,2	380,9	442,1	1.589,0	1.735,7	639,0	579,8	14,3	15,9	7.190,8	6.763,7

¹Basis sind die IFRS-Buchwerte. Für die Bestände in der Kategorie „Available for Sale“ ist dies der Fair Value.

²Beinhaltet auch gewerbliche Immobilien

³Beinhaltet Investorverbriefungen

Wie bereits zum Vorjahresultimo hatte die Postbank auch zum Berichtsstichtag keine Credit Default Swaps gegenüber staatlichen Kreditnehmern im Bestand.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das außerhalb des Privatkundensegments betriebene Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 30. Juni 2017 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ohne „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risikogehalt. Aus diesem Grund wird beim Ausweis in der Tabelle auf Emissionsratings abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung der Postbank wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 67 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

Kreditqualität von Finanzinstrumenten außerhalb des Privatkundengeschäfts, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Handelsaktiva	-	-	5	18	41	74	236	211	24	75	37	44	343	422
Held for Trading	-	-	5	18	41	74	236	211	24	75	37	44	343	422
Derivate	-	-	5	18	41	74	236	211	24	75	37	44	343	422
Hedging-Derivate	-	-	-	-	69	112	-	-	-	-	-	-	69	112
Held for Trading	-	-	-	-	69	112	-	-	-	-	-	-	69	112
Forderungen an Kreditinstitute	8.689	5.600	47	44	1.960	4.970	1.131	2.414	14	21	46	59	11.887	13.108
Loans and Receivables	8.689	5.600	47	44	1.960	4.970	1.131	2.414	14	21	46	59	11.887	13.108
Wertpapierpensionsgeschäfte	-	-	17	-	1.699	4.284	-	1.548	-	-	-	-	1.716	5.832
Tagesgelder	8.573	5.482	30	44	260	685	131	135	11	18	4	17	9.009	6.381
Darlehen	17	17	-	-	1	-	-	30	3	3	42	42	63	92
Namenschuldverschreibungen	99	99	-	-	-	-	-	201	-	-	-	-	99	300
Termingelder	-	-	-	-	-	-	1.000	500	-	-	-	-	1.000	500
Sonstige Forderungen	-	2	-	-	0	1	0	0	0	0	0	0	0	3
Available for Sale	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Forderungen an Kunden¹	4.834	4.666	2.616	2.450	2.201	1.948	7.868	7.301	3.827	4.117	331	445	21.677	20.927
Loans and Receivables ¹	4.834	4.666	2.616	2.450	2.201	1.948	7.866	7.301	3.826	4.117	331	442	21.674	20.924
Private Baufinanzierungen	1	1	-	-	5	6	37	29	53	52	4	20	100	108
Bauspardarlehen	-	-	-	-	-	-	2	-	1	-	-	4	3	4
Gewerbliche Kredite	887	818	896	580	2.107	1.874	6.412	5.958	3.140	3.540	249	344	13.691	13.114
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.915	3.815	1.077	1.344	-	-	-	-	-	-	40	39	5.032	5.198
Ratenkredite	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0	-
Kontokorrentkredite	-	-	124	-	6	1	628	500	449	422	1	-	1.208	923
Schuldscheindarlehen	31	32	515	522	83	67	787	813	183	103	-	-	1.599	1.537
Sonstige Forderungen ¹	-	-	4	4	-	-	-	1	-	-	37	35	41	40
Fair-Value-Option	-	-	-	-	-	-	2	-	1	-	-	3	3	3
Private Baufinanzierungen	-	-	-	-	-	-	2	-	1	-	-	3	3	3
Finanzanlagen	9.552	10.674	7.432	8.308	5.889	6.174	1.542	1.423	71	135	11	45	24.497	26.759
Loans and Receivables	3.438	4.109	2.421	3.668	3.208	3.488	788	808	40	116	-	-	9.895	12.189
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.438	4.109	2.421	3.668	3.208	3.488	788	808	40	116	-	-	9.895	12.189
Available for Sale	6.114	6.565	5.011	4.640	2.681	2.686	754	615	31	19	11	45	14.602	14.570
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.114	6.565	5.011	4.639	2.401	2.416	753	613	18	19	4	-	14.301	14.252
Investmentfondsanteile	-	-	-	-	265	270	-	-	-	-	-	-	265	270
Beteiligungen	-	-	-	1	15	-	-	1	13	-	7	41	35	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	4	1	5
Gesamt	23.075	20.940	10.100	10.820	10.160	13.278	10.777	11.349	3.936	4.348	425	593	58.473	61.328

¹Ratingverteilung bei gewerblichen Krediten zwischen „A“ und „Ohne Rating“ für 2016 angepasst

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Privatkundengeschäft der Postbank, die zum Stichtag 30. Juni 2017 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Privatkundengeschäft der Postbank weist weiterhin eine stabile Ratingentwicklung auf.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Privatkundengeschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel-II-Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Handelsaktiva	–	–	0	0	4	5	24	27	19	21	–	–	47	53
Held for Trading	–	–	0	0	4	5	24	27	19	21	–	–	47	53
Darlehen	–	–	0	0	4	5	24	27	19	21	–	–	47	53
Forderungen an Kunden	0	0	284	490	5.094	4.807	33.345	32.662	38.319	37.828	3.072	3.197	80.114	78.984
Loans and Receivables	0	0	267	470	4.798	4.469	31.640	30.737	37.181	36.522	3.048	3.168	76.934	75.366
Private Baufinanzierungen	0	0	168	173	3.797	3.775	29.240	28.351	30.235	29.754	2.064	2.196	65.504	64.249
Bauspardarlehen	0	0	69	73	568	597	1.448	1.509	670	688	86	86	2.841	2.953
Gewerbliche Kredite	0	0	16	214	315	4	70	61	38	31	19	25	458	335
Ratenkredite	0	–	3	3	60	53	640	593	5.625	5.431	789	787	7.117	6.867
Kontokorrentkredite	0	0	11	7	58	40	242	223	613	618	90	74	1.014	962
Fair-Value-Option	0	0	17	20	296	338	1.705	1.925	1.138	1.306	24	29	3.180	3.618
Private Baufinanzierungen	0	0	17	20	296	338	1.705	1.925	1.138	1.306	24	29	3.180	3.618
Gesamt	0	0	284	490	5.098	4.812	33.369	32.689	38.338	37.849	3.072	3.197	80.161	79.037

Die nachstehende Tabelle zeigt das valutierte Kredit-Exposure für das Portfolio Private Baufinanzierungen, gruppiert nach Loan-to-Value-Klassen (LtV-Klassen).

Der LtV (Loan-to-Value) ermittelt sich als Verhältnis zwischen dem valuierten Kredit-Exposure je Darlehensnehmer und dem Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit. Der Wertansatz der jeweiligen Immobiliensicherheit basiert dabei auf dem aktuellen Objektwert, der sich aus der Fortschreibung des ursprünglichen Marktwertes auf den aktuellen Berichtsstichtag ergibt.

In die Berechnung des Loan-to-Value fließt das valutierte Kredit-Exposure der Forderungen des Portfolios Private Baufinanzierungen ein, für das eine Immobilienbesicherung besteht. Das valutierte Kredit-Exposure, das durch Bausparguthaben (5,0 % des Bestands, 31. Dezember 2016: 5,3 %) unterlegt oder durch Ersatzsicherheiten und blanko mit Negativklärung (7,9 % des Bestands, 31. Dezember 2016: 7,9 %) besichert ist, fließt nicht in die LtV-Kalkulation ein.

Private Baufinanzierungen, gruppiert nach Loan-to-Value-Klassen

Loan-to-Value-Klasse	30.06.2017 in %	31.12.2016 in %
<= 50 %	28,7 %	29,9 %
> 50 %, <= 70 %	25,7 %	27,1 %
> 70 %, <= 90 %	26,3 %	25,5 %
> 90 %, <= 100 %	10,8 %	9,9 %
> 100 %, <= 110 %	6,2 %	5,5 %
> 110 %, <= 130 %	2,0 %	1,7 %
> 130 %	0,3 %	0,4 %
Gesamt	100,0 %	100,0 %

Zum 30. Juni 2017 verzeichneten 54,4 % des Bestands an privaten Baufinanzierungen einen LtV-Wert kleiner oder gleich 70 % (31. Dezember 2016: 57,0 %).

8,5 % des Gesamt-Exposure sind in den LtV-Klassen größer 100 % vertreten (31. Dezember 2016: 7,6 %). Hierbei handelt es sich um Forderungen, die durch Immobiliensicherheiten sowie ergänzend regelmäßig durch hochliquide Zusatzsicherheiten besichert werden.

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen

Die nachfolgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 30. Juni 2017 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente										Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente	
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr		Gesamt			
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €		
Forderungen an Kunden	162	169	16	17	29	32	115	127	322	345	266	313
Loans and Receivables	162	168	14	16	26	28	110	121	312	333	256	302
Private Baufinanzierungen	147	154	11	13	23	23	102	112	283	302	239	276
Bauspardarlehen	4	4	3	3	3	5	7	8	17	20	16	18
Gewerbliche Kredite	0	0	–	–	–	0	0	0	0	0	1	8
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ratenkredite	2	1	0	–	0	0	0	0	2	1	–	–
Kontokorrentkredite	9	9	0	0	0	0	1	1	10	10	–	–
Sonstige Forderungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0
Fair-Value-Option	0	1	2	1	3	4	5	6	10	12	10	11
Private Baufinanzierungen	0	1	2	1	3	4	5	6	10	12	10	11
Gesamt	162	169	16	17	29	32	115	127	322	345	266	313

Wertgemindertem Kreditvolumen

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 30. Juni 2017 und 31. Dezember 2016 aus, jeweils aufgeteilt in einzelwertgeminderte Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Wertberichtigungen gebildet wurden; für Forderungen an Kreditinstitute wurden keine Wertberichtigungen gebildet. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente

Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Forderungen an Kunden	1.686	1.747	735	798	951	949	572	702
Loans and Receivables	1.676	1.735	735	798	941	937	563	691
Private Baufinanzierungen	642	725	183	209	459	516	431	569
Bauspardarlehen	14	15	6	5	8	10	13	14
Gewerbliche Kredite	263	228	93	127	170	101	119	108
Forderungen an öffentliche Haushalte	7	7	3	4	4	3	-	-
Ratenkredite	569	570	313	313	256	257	-	-
Kontokorrentkredite	181	190	137	140	44	50	-	-
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Forderungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Fair-Value-Option	10	12	-	-	10	12	9	11
Private Baufinanzierungen	10	12	-	-	10	12	9	11
Finanzanlagen	65	70	58	63	7	7	-	-
Loans and Receivables	65	70	58	63	7	7	-	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	65	70	58	63	7	7	-	-
Gesamt	1.751	1.817	793	861	958	956	572	702

Insgesamt ist der moderate Rückgang der wertgeminderten Finanzinstrumente im ersten Halbjahr 2017 mit einem spürbaren Rückgang im Bereich der privaten Baufinanzierungen begründet, der teilweise durch einen deutlichen Anstieg im Bereich der gewerblichen Kredite kompensiert wurde. Innerhalb der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ betrug das Verhältnis der Einzelwertberichtigungen zum Buchwert der wertgeminderten Finanzinstrumente (Coverage Ratio) zum 30. Juni 2017 44 % (31. Dezember 2016: 46 %).

Forborne und Non-Performing Exposure

Die nachstehende Tabelle zeigt für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ – getrennt nach Forborne und Non-Forborne Exposure – die Werte für Performing und Non-Performing Loans.

Forborne- und Non-Performing-Forderungen an Kunden

Finanzinstrumente der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“	Performing Loans				Non Performing Loans				Gesamt	
	nicht wertberichtigt		wertberichtigt		nicht wertberichtigt		Summe		30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €		
Forborne	390	375	370	401	114	99	484	500	874	875
Loans and Receivables	388	373	370	401	112	98	482	499	870	872
Private Baufinanzierungen	65	52	21	23	47	51	68	74	133	126
Bauspardarlehen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerbliche Kredite	29	37	144	159	0	0	144	159	173	196
Forderungen an öffentliche Haushalte	0	0	7	7	0	0	7	7	7	7
Ratenkredite	226	218	157	152	50	42	207	194	433	412
Kontokorrentkredite	63	61	41	60	15	5	56	65	119	126
Schuldschein-darlehen	5	5	0	0	0	0	0	0	5	5
Sonstige Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Fair-Value-Option	2	2	0	0	2	1	2	1	4	3
Private Baufinanzierungen	2	2	0	0	2	1	2	1	4	3
Non Forborne	100.899	99.044	1.316	1.346	710	738	2.026	2.084	102.925	101.128
Loans and Receivables	97.771	95.481	1.306	1.334	650	671	1.956	2.005	99.727	97.486
Private Baufinanzierungen	65.212	63.974	621	702	564	582	1.185	1.284	66.397	65.258
Bauspardarlehen	2.823	2.935	14	15	38	42	52	57	2.875	2.992
Gewerbliche Kredite	14.092	13.383	119	69	28	29	147	98	14.239	13.481
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.032	5.198	0	0	0	0	0	0	5.032	5.198
Ratenkredite	6.829	6.595	412	418	14	13	426	431	7.255	7.026
Kontokorrentkredite	2.148	1.824	140	130	6	5	146	135	2.294	1.959
Schuldschein-darlehen	1.594	1.532	0	0	0	0	0	0	1.594	1.532
Sonstige Forderungen	41	40	0	0	0	0	0	0	41	40
Fair-Value-Option	3.128	3.563	10	12	60	67	70	79	3.198	3.642
Private Baufinanzierungen	3.128	3.563	10	12	60	67	70	79	3.198	3.642
Gesamt	101.289	99.419	1.686	1.747	824	837	2.510	2.584	103.799	102.003

Für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ betrug das Forborne Exposure zum 30. Juni 2017 insgesamt 874 Mio € (31. Dezember 2016: 875 Mio €), wobei der Anstieg bei privaten Baufinanzierungen und Ratenkrediten durch den Rückgang bei gewerblichen Krediten und Kontokorrentkrediten kompensiert wurde.

Das Non-Performing Exposure lag zum Berichtsstichtag bei 2.510 Mio € (31. Dezember 2016: 2.584 Mio €). Der Rückgang begründet sich im Wesentlichen aus einem Rückgang bei den privaten Baufinanzierungen und einem Anstieg bei gewerblichen Krediten.

Ergänzend zu dem Ausweis in der obigen Tabelle, verzeichnete die Postbank per 30. Juni 2017 ein Non-Performing Exposure in Höhe von 2 Mio € bei Handelsaktiva und 7 Mio € bei Finanzanlagen (davon 7 Mio € Forborne Exposure).

Der Anteil des Non-Performing Exposure am Gesamtvolumen der risikobehafteten Kredite (NPL-Ratio), definiert als Forderungen an Kunden plus Forderungen an Kreditinstitute ohne Wertpapierleihegeschäfte, betrug 2,2 % (31. Dezember 2016: 2,4 %).

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungsbestände übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die nachfolgenden Originator-Verbriefungstransaktionen wurden gekündigt, befinden sich in der Deferred Redemption und werden daher regulatorisch nicht berücksichtigt. Zum Berichtsstichtag waren folgende Bestände (Class Principal Amount after Distribution) ausstehend (die Werte in Klammern stellen die Werte zum Jahresultimo 2016 dar):

Provide Blue 2005-1	7,6 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
	(9,0 Mio €)	
Provide Blue 2005-2	23,4 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
	(25,6 Mio €)	
PB Domicilio 2007-1	34,4 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
	(37,8 Mio €)	
PB Domicile 2006-1	17,2 Mio €	(Deutsche Postbank AG)
	(18,4 Mio €)	

Die Postbank tritt in geringem Umfang als Investor im Bereich zurückgenommener Eigenverbriefungen auf. Das Portfolio hatte per 30. Juni 2017 einen – bedingt durch Tilgungen verringerten – Buchwert in Höhe von 14 Mio € (Stand per 31. Dezember 2016: 17 Mio €). Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe von Arranger Quotes bzw. eines eigenen Bewertungsmodells.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Die Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort CRO. Hauptaufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank hat hierfür in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert. Der Steuerungsprozess von Liquiditätsrisiken wird von mehreren Säulen getragen und erfolgt im Wesentlichen stressbasiert. Szenarien

für den Liquiditätsstress bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Die intern festgelegte Survival Period geht über die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinaus und beträgt zwei Monate. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann.

Auf der Grundlage von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank sowohl unter Normal- als auch unter oben geschilderten Stressbedingungen fest. Darüber hinaus erfolgt die Steuerung über einen monatlichen Forecast unter Berücksichtigung der erwarteten Produktvolumen auf Basis beschlossener Maßnahmen. Dazu wird monatlich die sogenannte Überschussliquidität, die ebenfalls das MaRisk-Szenario reflektiert, für jeden der 12 kommenden Monate ermittelt. Das Minimum auf Sicht von 12 Monaten wird als Frühwarnindikator im Rahmen der Risikostrategie limitiert und von der Abteilung Liquiditätsrisikomanagement überwacht.

Für eine darüber hinausgehende, längerfristige Liquiditätsbetrachtung hat die Postbank den Ansatz der Überschussliquidität auch in der jährlichen Liquiditäts- und Funding-Planung im Rahmen des bankweiten Planungsprozesses implementiert. Hierbei wird vom Liquiditätsrisikomanagement sichergestellt, dass der vom Vorstand festgelegte Risikoappetit zum Liquiditätsrisiko auch über den mehrjährigen Planungshorizont auf Basis konkreter Maßnahmen planerisch eingehalten wird und somit ausreichende Liquiditätspuffer vorgehalten werden.

Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden über eine breite, stabile Refinanzierungsbasis aus dem Kundengeschäft und ist weitgehend unabhängig vom Geld- und Kapitalmarkt.

Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden implizit im Rahmen der oben dargestellten Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehenpfandbriefen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E weiterhin nicht geplant ist, ist die Emission von Hypothekendarlehenpfandbriefen im Rahmen des Registers D als Instrument der langfristigen Refinanzierung im Rahmen der mehrjährigen Funding-Planung vorgesehen.

Die Daten zur Stabilität der Refinanzierungsstruktur werden im Rahmen von internen Analysen regelmäßig aufbereitet und beurteilt. Darüber hinaus wird zur Einschätzung auch die Net Stable Funding Ratio (NSFR) genutzt. Hierfür wird die NSFR seit 2016 regelmäßig gemäß den Vorgaben der quantitativen Auswirkungsstudien des Basler Komitees (QIS) für die Postbank Gruppe ermittelt sowie im Rahmen des Short-Term-Exercise der Aufsicht bereitgestellt. Die NSFR per 30. Juni 2017 lag bei 130 %.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 30. Juni 2017 sowie zum 31. Dezember 2016, differenziert nach Restlaufzeiten.

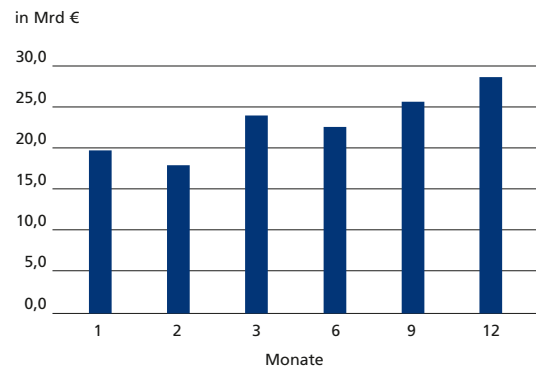
Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten

Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Nicht derivative Verbindlichkeiten	69.561	67.281	42.671	43.753	21.066	21.878	14.209	15.742	12.483	14.033	159.990	162.687
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71	369	3.324	3.334	1.201	1.439	4.849	5.325	4.577	4.784	14.022	15.251
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	47.878	45.672	38.621	39.787	19.408	20.163	6.405	7.019	4.715	5.275	117.027	117.916
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	90	72	84	103	2.540	2.611	1.095	1.094	3.809	3.880
Nachrangkapital	–	–	71	19	373	173	415	787	2.096	2.880	2.955	3.859
Sonstige Passiva	–	–	565	541	–	–	–	–	–	–	565	541
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	390	379	–	–	–	–	–	–	–	–	390	379
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	21.222	20.861	–	–	–	–	–	–	–	–	21.222	20.861
Widerrufliche Kreditzusagen	12.863	13.095	–	–	–	–	–	–	–	–	12.863	13.095
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.356	7.766	–	–	–	–	–	–	–	–	8.359	7.766
Derivative Verbindlichkeiten	–	–	36	63	100	91	54	113	150	182	340	449
Hedging-Derivate	–	–	4	7	2	–	12	16	13	18	31	41
Handelspassiva	–	–	32	56	98	91	42	97	137	164	309	408
Gesamt	69.561	67.281	42.707	43.816	21.166	21.969	14.263	15.855	12.633	14.215	160.330	163.136

Hierbei werden die vertraglichen Cashflows der bilanziellen und der außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dies ist insbesondere relevant bei den Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber – statistisch gemessen – deutlich länger zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus der Postbank zum 30. Juni 2017 eine kumulierte Darstellung der unter normalen Bedingungen für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:

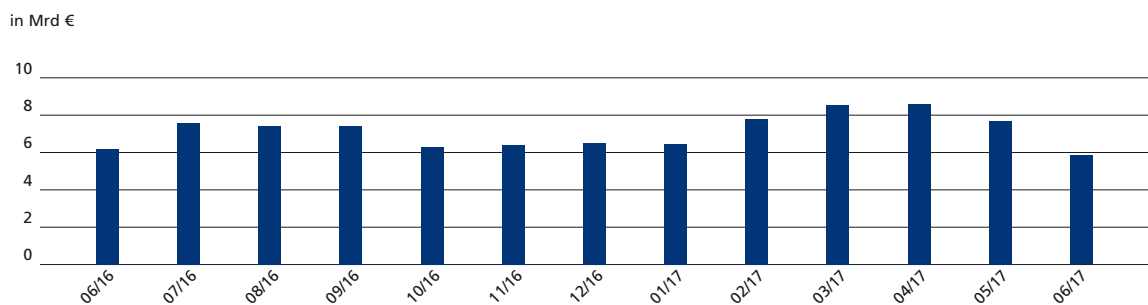
Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns zum 30.06.2017



Der Liquiditätsstatus beinhaltet u. a. Erwartungswerte hinsichtlich der Entwicklung von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen sowie Kreditprolongationen, welche zum Teil auf Einschätzungen der Produktbereiche und zum Teil auf historischen Beobachtungswerten basieren. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der täglichen Stresstests im ersten Halbjahr 2017 bestätigen die solide Liquiditätsposition der Postbank. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus. Auch die Überschussliquidität im MaRisk-Szenario, in welcher der Risikoappetit der Bank bereits berücksichtigt ist, zeigt die komfortable Liquiditätslage. Der folgenden Grafik sind jeweils die Monatstiefststände der Überschussliquidität vom 30. Juni 2016 bis zum 30. Juni 2017 zu entnehmen. Die Überschussliquidität lag im ersten Halbjahr 2017 stets über 5,9 Mrd €.

Überschussliquidität des Postbank Konzerns im Zeitraum 30.06.2016 bis 30.06.2017¹



¹Werte für 06/16 bis 12/16 abweichend von der Darstellung im Geschäftsbericht 2016 aufgrund der Berücksichtigung einer Methodenänderung bei der Ermittlung des Liquiditätspuffers

Im Liquiditätsnotfall besteht auf Postbank Konzernebene eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfallgremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und der Auslandsniederlassungen.

Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des OpRisk-Kapitalmodells AMOR (Advanced Measurement of Operational Risk) ermittelt. Das EC-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen interne und externe Verlustfälle sowie Szenarioanalysen.

Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbankebene lag zum Berichtsstichtag unverändert bei 700 Mio €. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht.

Die Schäden aus Operationellen Risiken sind im ersten Halbjahr 2017 mit rund 31 Mio € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken (erstes Halbjahr 2016: 53 Mio €).

Wesentlicher Treiber der Schadenfallentwicklung im ersten Halbjahr 2017 war die im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt immer noch hohe Anzahl an Klagen und Beschwerden von Kunden im Zusammenhang mit der inzwischen eingestellten Vermittlung von geschlossenen Fonds. Die Schäden aus Betrugsdelikten, die überwiegend extern verursacht wurden, lagen im ersten Halbjahr 2017 mit rund 5 Mio € deutlich unter dem Wert des Vorjahreszeitraums (erstes Halbjahr 2016: 10 Mio €). Die sonstigen Schäden aus externen Betrugsdelikten, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe ausweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten (High-Frequency/Low-Impact-Schäden), lagen mit rund 4 Mio € auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Die bereits in den Vorjahren ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen haben sich weiterhin bewährt.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Operational Value-at-Risk (OpVaR) nach Adjustierung auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene bei einem Konfidenzniveau von 99,93 % dargestellt:

Geschäftsfeld	Operational Value-at-Risk (OpVaR)	
	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Privatkunden	310	268
Firmenkunden	49	41
Financial Markets	95	97
Postbank Gesamt	454	407

Die strategische Ausrichtung der Postbank auf das Privatkundensegment schlägt sich auch in den geschäftsfeldspezifischen OpVaR-Kennzahlen nieder. Der mit Abstand größte Kapitalbedarf zeigte sich zum Berichtsstichtag mit 310 Mio € (31. Dezember 2016: 268 Mio €) im Geschäftsfeld Privatkunden. Auf die im Rahmen der OpRisk-Kapitalmodellierung relevanten Portfolios der Non Core Operating Unit (NCOU), die vollständig dem Privatkundengeschäft zuzuordnen sind, entfielen 124 Mio €.

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) mit präventiven und reaktiven Maßnahmen entlang der Wertschöpfungskette. Ziel ist es, durch die Entwicklung und die anschließende Implementierung von BCM-Plänen (sogenannten Notfallplänen) die Fortführung, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Widerstandsfähigkeit der Geschäftstätigkeit der Bank in besonderen Ereignisfällen, wie z. B. in Notfällen, zu gewährleisten. Regelmäßige BCM-bezogene Risikoidentifizierungen/-bewertungen (Risk Identification and Assessments, RIA) und Geschäftsauswirkungsanalysen (Business-Impact-Analysen, BIA), bezogen auf die Hauptaufgaben/-geschäftsprozesse, bilden die Planungsgrundlage. Die Funktionsfähigkeit der Notfallplanung wird kontinuierlich überprüft, überwacht und dokumentiert.

Laufende Rechtsverfahren

Die Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen, die sich gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutschen Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung richten, sind weiterhin anhängig, nach Auffassung der Deutschen Postbank AG jedoch unbegründet.

PROGNOSEBERICHT

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Aussichten für das Wachstum der Weltwirtschaft haben sich im Verlauf des ersten Halbjahres 2017 leicht verbessert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht nunmehr für 2017 von einem Zuwachs der globalen Wirtschaftsleistung um 3,5 % und einem Anstieg des Welthandels um 4,0 % aus. Dahinter steht nach wie vor die Erwartung einer leichten Verstärkung des Aufschwungs in den Industrieländern. Auch für die Gruppe der aufstrebenden Volkswirtschaften wird mit einem höheren Wachstum als im Vorjahr gerechnet. Risiken für diesen Ausblick gehen vor allem von der hohen Verschuldung in einigen aufstrebenden Volkswirtschaften sowie den anhaltenden hohen Ungleichgewichten in den Leistungsbilanzen aus.

Die Konjunktur in den USA dürfte sich 2017 beleben. Privater Verbrauch und Wohnungsbauinvestitionen sollten weiterhin solide wachsen. Zugleich dürften die Unternehmensinvestitionen stärker zulegen. Stimulierende Effekte seitens der Finanzpolitik sind für dieses Jahr aber nicht mehr zu erwarten, da sich die vom neuen US-Präsidenten angekündigte Senkung von Steuern sowie die Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen zumindest verzögern. Der Außenhandel dürfte das Wachstum weiterhin leicht belasten. In der Summe gehen wir für 2017 von einer Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 2,2 % aus.

Im Euroraum sollte sich die konjunkturelle Erholung fortsetzen. Die Dynamik dürfte aber in der zweiten Jahreshälfte etwas nachlassen. Wesentliche Impulse werden wohl weiterhin vom privaten Verbrauch ausgehen. Zudem sollten die Bruttoanlageinvestitionen spürbar gesteigert werden. Das Exportwachstum dürfte sich gegenüber dem Vorjahr beschleunigen. Da aber die Importe voraussichtlich noch stärker zulegen, dürfte der Außenhandel insgesamt das Wachstum bremsen. Für das Gesamtjahr rechnen wir mit einem im Vergleich zum Vorjahr konstanten BIP-Wachstum von 1,8 %.

Konjunkturausblick für Deutschland

Frühindikatoren wie der ifo-Geschäftsklimaindex weisen darauf hin, dass sich der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland im weiteren Jahresverlauf fortsetzt. Positive Wachstumsimpulse sollten auch weiterhin von der Binnen- nachfrage ausgehen. Beschäftigung und Einkommen dürften spürbar steigen, sodass die Realeinkommen trotz der gegenüber dem Vorjahr anziehenden Inflation weiterhin spürbar steigen sollten. In der Folge dürfte der private Verbrauch erneut zulegen, wenn auch mit etwas nachlassender Dynamik. Im Gegenzug sollte sich das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen beschleunigen. Kräftige Impulse sind, bezogen auf das Gesamtjahr, vor allem von den Bauinvestitionen zu erwarten. Exporte und Importe dürften in vergleichbarem Ausmaß gesteigert werden, sodass der Außenhandel die konjunkturelle Dynamik nicht mehr bremsen sollte. In der Summe rechnen wir zwar für 2017 mit einer Abschwächung des deutschen BIP-Wachstums von 1,9 % im Vorjahr auf 1,5 %, was aber fast ausschließlich auf eine geringere Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen ist. Infolge der anhaltend guten Konjunktur dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 6,1 % auf 5,8 % sinken.

Unsere Wachstumsprognosen für 2017 haben wir im Vergleich zu unserem Jahresbericht 2016 für Deutschland leicht und für die EWU deutlich angehoben. Die Prognose für die USA ist konstant geblieben.

Seitens der EZB rechnen wir bis zum Jahresende 2017 mit einem unveränderten Niveau aller Leitzinsen. Zudem dürfte die Notenbank, wie angekündigt, ihr Anleiheankaufprogramm bis zum Jahresende unverändert mit einem monatlichen Ankaufvolumen von 60 Mrd € fortführen. Allerdings gehen wir davon aus, dass die EZB im Verlauf der zweiten Jahreshälfte eine Reduzierung des monatlichen Ankaufvolumens beschließen wird, die zum Januar 2018 wirksam wird. Die US-Notenbank dürfte ihren vorsichtigen geldpolitischen Straffungskurs im weiteren Jahresverlauf fortsetzen. Wir gehen davon aus, dass sie die bereits kommunizierten Maßnahmen zur sukzessiven Verringerung ihrer Bilanzsumme im Herbst aktiviert. Gegen Jahresende rechnen wir mit einer weiteren US-Leitzinserhöhung um 25 Basispunkte. Die anhaltende, wenn auch vorsichtige Straffung der US-Geldpolitik sowie die sich mehrenden Anzeichen, dass die geldpolitische Wende im Euroraum langsam aber sicher näher rückt, sprechen für leicht anziehende Kapitalmarktzinsen. Für die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen rechnen wir bis zum Jahresende 2017 mit einem sehr mäßigen Anstieg auf einen Wert von 0,6 %. Die Zinsstrukturkurve dürfte, ausgehend vom aktuellen Stand, bis zum Jahresende über das lange Ende geringfügig steiler werden.

Insgesamt erwarten wir per Ultimo 2017 ein leicht höheres Renditeniveau als zum Zeitpunkt unseres Geschäftsberichts 2016.

Einige der Risikofaktoren, die im bisherigen Jahresverlauf an den europäischen Kapitalmärkten für Unruhe gesorgt haben, sind inzwischen ausgeräumt. Hierzu zählt die von mehreren Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ausgehende Unsicherheit. Auch der offizielle Brexit-Antrag hinterließ keine nachhaltigen Wirkungen. Dennoch verbleibt immer noch eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren. So ist der Ausgang der mittlerweile gestarteten Brexit-Verhandlungen bislang nicht abzusehen. Es droht weiterhin die Gefahr, dass von den USA protektionistische Tendenzen ausgehen. Überdies ist nur schwer abzuschätzen, wie die Märkte auf die von uns erwartete Ankündigung der EZB, das Volumen ihres Anleiheankaufprogramms zu reduzieren, reagieren. Da zudem die konjunkturelle Erholung in einigen Mitgliedsstaaten des Euroraums noch nicht allzu gefestigt erscheint, bleibt die grundlegende Anfälligkeit der Staatsanleihemärkte im Euroraum für Rückschläge bestehen. Die Risikoaufschläge für Staatsanleihen aus der EWU-Peripherie könnten sich wieder ausweiten. Auf der anderen Seite dürfte das Potenzial für eine weitere Einengung auf Basis des aktuell erreichten Niveaus sehr begrenzt sein.

Branchensituation

Das anhaltend niedrige Zinsniveau im Euroraum dürfte eine Verbesserung des operativen Geschäfts bei deutschen Banken weiterhin erheblich erschweren. Bis Ende 2017 erwarten wir unverändert keinen signifikanten Zinsanstieg, sodass eine Ausweitung der Zinsmarge den meisten Instituten schwerfallen dürfte. Dies gilt vor allem, da im deutschen Privat- und Firmenkundensegment unverändert ein harter Wettbewerb herrscht, der das Zinsergebnis belastet

und Steigerungen des Provisionsergebnisses erschwert. Allerdings können sich die niedrigen Finanzierungskosten positiv auf das Emissionsgeschäft mit Schuldverschreibungen und Aktien auswirken sowie die M&A-Aktivitäten der Unternehmen stimulieren. Dies sollte sich positiv auf die Erträge aus dem Investmentbanking auswirken. Wegen der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen auf der Ertragsseite dürfte auch 2017 bei vielen Instituten eine weitere Kostenoptimierung auf der Agenda stehen. Die Mittel, welche die Banken für die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen einsetzen müssen, belasten zusätzlich die GuV. Viele Banken investieren zudem in die Digitalisierung zahlreicher Prozesse. Dies bindet zwar Ressourcen, erscheint zur Festigung der Kundenbeziehungen und als Reaktion auf neue Wettbewerber aus der digitalen Welt aber als notwendig.

Die Entscheidung der Briten, die Europäische Union zu verlassen, könnte auch zu einer Belastung deutscher Banken führen. Durch die gestiegene Unsicherheit im Zusammenhang mit den vielen noch ungeklärten Fragen des EU-Austritts erhöht sich das Risiko einer Wachstumsverlangsamung in Großbritannien und bei wichtigen Handelspartnern in Kontinentaleuropa. Dies könnte dazu führen, dass die Notenbanken ihre Niedrigzinspolitik für eine noch längere Zeit fortsetzen. Gleichzeitig sinkt bei einer Wachstumsverlangsamung in der Regel auch das Potenzial für eine Ausweitung der Kreditvergabe, während sich das Risiko von Kreditausfällen erhöhen kann. Zudem würde der mit einer erhöhten Unsicherheit an den Märkten verbundene Anstieg der Volatilität das Handelsgeschäft der Banken beeinträchtigen.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarktes mit privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten wird nach unserer Einschätzung auch 2017 weiter Bestand haben. Fusionen bzw. Übernahmen sollten weiterhin überwiegend innerhalb der jeweiligen Sektoren unter Beteiligung überwiegend kleinerer Institute erfolgen.

Die Reputation und die Geschäftsergebnisse deutscher Kreditinstitute können auch künftig durch Rechtsstreitigkeiten belastet werden.

Die EZB analysiert aktuell die internen Risikobewertungsmodelle der von ihr beaufsichtigten Banken. Im Rahmen dieses Targeted Review of Internal Models (TRIM) sollen größere Unterschiede innerhalb der Branche bei der internen Risikobewertung durch einzelne Institute verringert werden. Der Prozess wird nach Einschätzung der EZB noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Ausblick für den Postbank Konzern

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Der Investitionsschwerpunkt der Postbank wird analog zum ersten Halbjahr 2017 weiter auf der Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit liegen. In der zweiten Jahreshälfte 2017 wird die Postbank dazu in strategische Maßnahmen zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit investieren, die Neugeschäftsabschlüsse über digitale Kanäle stärken und die digitale Effizienz in Frontoffice, Backoffice und Zentralbereichen steigern. Der Ausbau der Digitalisierung und die Optimierung digital gestützter Beratungs-, Verkaufs- und Serviceprozesse werden sich dabei weiterhin an den Kundenbedürfnissen orientieren.

Die Postbank wird die Anpassung ihrer Kapazitäten an das herausfordernde Umfeld für Banken fortsetzen und gleichzeitig in eine moderne Infrastruktur mit zusätzlichen Selbstbedienungsmöglichkeiten für Privat- und Geschäftskunden sowie den Ausbau ihres Netzwerks von Vertriebscentern investieren. Vor dem Hintergrund der angekündigten Zusammenführung der Postbank mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank werden im zweiten Halbjahr 2017 nach Konkretisierung der strategischen Überlegungen korrespondierende Investitionen erwartet.

Bestandteil des Investitionsportfolios bilden unverändert Finanzmittel zur Vorbereitung einer effizienten Reaktion auf veränderte regulatorische Anforderungen, die sich beispielsweise aus der Fertigstellung, Einführung bzw. Überarbeitung von Basel III/IV sowie IFRS 9, BCBS 239, TRIM, ICAAP und ILAAP ergeben.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Angesichts der grundlegenden Änderungen in der strategischen Ausrichtung der Deutschen Bank mit dem Ziel, die Postbank mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank zusammenzuführen, ist eine Prognose zur Entwicklung der Mitarbeiterzufriedenheit mit erhöhten Unsicherheiten verbunden. Auf Basis der hohen Ausgangswerte des Vorjahres und der bisherigen Erfahrungen mit zumindest ähnlichen Rahmenbedingungen rechnen wir jedoch nicht mit einer weiteren Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheitswerte.

Es ist unverändert zu erwarten, dass auf Basis der aktuellen Einschätzungen die Ergebnisse zur Kundenzufriedenheit im Privatkundensegment auf dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 2016 stabilisiert werden können.

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation

In den verbleibenden Monaten des laufenden Jahres wird das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden unverändert die Basis für die Ergebnisentwicklung der Postbank bilden. Die Postbank wird weiterhin ein großes Augenmerk auf die Kontrolle der Kosten, den Abbau des Einlagenüberhangs durch Stärkung ihres Kreditgeschäfts sowie die Fortsetzung der digitalen Transformation legen.

Im Hinblick auf den erwarteten Geschäftsverlauf des Postbank Konzerns im Geschäftsjahr 2017 gehen wir per 30. Juni 2017 in Übereinstimmung mit der Darstellung im Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2016 von einem deutlichen Anstieg des Ergebnisses vor Steuern aus. Ebenfalls unverändert gehen wir von einer moderaten Verbesserung der Cost Income Ratio aus.

Wir erwarten im Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Geschäftsjahr 2016 – trotz des weiterhin herausfordernden Umfelds – ein bereinigtes Ergebnis vor Steuern, das stärker als prognostiziert ausfällt. Statt von einem Anstieg im mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Bereich gehen wir nun sogar von einer Steigerung im niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich aus.

Aufgrund der prognostizierten positiven Gewinnentwicklung erwarten wir trotz der strategiegemäßen Ausweitung im Kreditgeschäft und eines daraus resultierenden Anstiegs der Risikoaktiva eine positivere Entwicklung der Kapitalquoten:

Für die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio nach Feststellung) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) erwarten wir statt einer leichten Verschlechterung nun sogar eine moderate Steigerung. Die Prognose für die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) heben wir von einer moderaten auf eine spürbare Verbesserung zum Jahresende 2017 an.

Den Return on Tangible Equity nach Steuern erwarten wir deutlich über dem Niveau des Geschäftsjahres 2016, nachdem wir zu Beginn des Geschäftsjahres noch von einer konstanten Entwicklung ausgegangen waren.

Die Prognose für den Zinsüberschuss wird von der bisherigen Annahme einer leichten Steigerung auf einen moderaten Rückgang korrigiert. Dies ist zum einen auf den weiterhin vorhandenen Einlagenüberhang, der zum 30. Juni 2017 aufgrund von überplanmäßig hohen Kundeneinlagen nicht in der beabsichtigten Geschwindigkeit reduziert werden konnte, und zum anderen auf Belastungen aus Absicherungsgeschäften für das stärker als erwartet wachsende Forward-Portfolio der Postbank zurückzuführen.

Für das Handelsergebnis wird nunmehr statt eines Rückgangs im einstelligen Millionen-Euro-Bereich ein Anstieg im einstelligen Millionen-Euro-Bereich erwartet.

Gleichzeitig ändern wir unsere bisherige Prognose zur Risikovorsorge von einem Anstieg im niedrigen zweistelligen Millionen-Euro-Bereich hin zu einer positiveren Entwicklung, weil zum 30. Juni 2017 von einer deutlich rückläufigen Risikovorsorge für das Geschäftsjahr 2017 ausgegangen werden kann. Ursächlich dafür ist – neben dem unverändert positiven makroökonomischen Umfeld – insbesondere eine verbesserte Erwartung hinsichtlich der durch Auflösung der Risikovorsorge erzielbaren Beiträge, weil diese bereits im ersten Halbjahr 2017 durch die Wertaufhellung einer übernommenen Kreditsicherheit oberhalb unserer Prognose lagen.

Aus der geplanten Zusammenführung der Postbank mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank und den zu ergreifenden Maßnahmen zur Realisierung von Synergien können kurz- und mittelfristig Sonderbelastungen entstehen, die in der derzeitigen Prognose nicht enthalten sind.

GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 30. JUNI 2017

Gewinn- und Verlustrechnung	Erläuterungen	01.01.–30.06.2017 Mio €	01.01.–30.06.2016 ¹ Mio €
Zinserträge	(4)	1.798	1.996
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	(4)	22	13
Zinsaufwendungen	(4)	– 755	– 891
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	(4)	– 38	– 23
Zinsüberschuss	(4)	1.027	1.095
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(5)	– 12	– 76
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.015	1.019
Provisionserträge	(6)	596	548
Provisionsaufwendungen	(6)	– 109	– 129
Provisionsüberschuss	(6)	487	419
Handelsergebnis	(7)	52	9
Ergebnis aus Finanzanlagen	(8)	58	174
Verwaltungsaufwand	(9)	– 1.338	– 1.418
Sonstige Erträge	(10)	57	52
Sonstige Aufwendungen	(11)	– 15	– 90
Ergebnis vor Steuern		316	165
Ertragsteuern		– 15	– 25
Konzerngewinn		301	140
		01.01.–30.06.2017 Mio €	01.01.–30.06.2016 ² Mio €
Unverwässertes/verwässertes Ergebnis je Aktie in € ²		1,38	0,64

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

²In beiden Berichtsperioden verteilt sich das Ergebnis auf 218,8 Millionen Aktien.

Sonstiges Ergebnis	01.01.–30.06.2017 Mio €	01.01.–30.06.2016 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	301	140
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-81	-9
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-16	-93
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	-16	-93
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	1	12
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	-66	72
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-66	72
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	-70	152
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	4	-80
Gesamtergebnis	220	131

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2017		2016 ¹			
	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €
Zinserträge	897	901	975	956	1.004	992
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	11	11	8	8	7	6
Zinsaufwendungen	-369	-386	-434	-408	-455	-436
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	-18	-20	-16	-15	-13	-10
Zinsüberschuss	521	506	533	541	543	552
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	21	-33	-63	-45	-35	-41
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	542	473	470	496	508	511
Provisionserträge	291	305	288	263	266	282
Provisionsaufwendungen	-53	-56	-62	-65	-63	-66
Provisionsüberschuss	238	249	226	198	203	216
Handelsergebnis	41	11	30	11	0	9
Ergebnis aus Finanzanlagen	19	39	66	18	130	44
Verwaltungsaufwand	-664	-674	-751	-684	-711	-707
Sonstige Erträge	30	27	69	20	23	29
Sonstige Aufwendungen	-14	-1	-15	-12	-63	-27
Ergebnis vor Steuern	192	124	95	47	90	75
Ertragsteuern	-9	-6	44	-9	-16	-9
Konzerngewinn	183	118	139	38	74	66
Unverwässertes/verwässertes Ergebnis je Aktie in €	0,84	0,54	0,64	0,17	0,34	0,30

¹Quartale 2016 angepasst (siehe Note 2)

SONSTIGES ERGEBNIS – QUARTALSÜBERSICHT

	2017		2016			
	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €
Ergebnis nach Steuern	183	118	139	38	74	66
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	40	-121	-125	-24	-79	70
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	50	-66	-39	-93	-60	-33
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	50	-66	-39	-93	-60	-33
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-3	4	19	4	2	10
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	-7	-59	-106	65	-21	93
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-7	-59	-106	65	-21	93
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	-22	-48	-121	32	61	91
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	15	-11	15	33	-82	2
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	0	0	1	0	0	0
Gesamtergebnis	223	-3	14	14	-5	136

BILANZ ZUM 30. JUNI 2017

Aktiva	Erläuterungen	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Barreserve		1.604	2.291
Forderungen an Kreditinstitute	(12)	11.887	13.108
Forderungen an Kunden	(13)	103.799	102.003
Risikovorsorge	(14)	-922	-998
Handelsaktiva	(15)	390	475
Hedging-Derivate		69	112
Finanzanlagen	(16)	24.504	26.767
davon: als Sicherheit übertragen	(16)	2.580	2.918
Immaterielle Vermögenswerte	(17)	1.984	1.963
Sachanlagen	(18)	709	699
Tatsächliche Ertragsteueransprüche		110	144
Latente Ertragsteueransprüche		186	198
Sonstige Aktiva	(19)	495	388
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(20)	14	47
Summe der Aktiva		144.829	147.197

Passiva	Erläuterungen	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(21)	12.368	13.133
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(22)	118.051	118.918
Verbriefte Verbindlichkeiten	(23)	3.289	3.339
Handelspassiva	(24)	309	409
Hedging-Derivate		31	42
Rückstellungen	(25)	800	907
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		255	254
b) Sonstige Rückstellungen		545	653
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen		80	98
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		4	17
Sonstige Passiva	(26)	565	541
Nachrangkapital	(27)	1.963	2.567
Eigenkapital		7.369	7.226
a) Gezeichnetes Kapital		547	547
b) Kapitalrücklage		2.191	2.191
c) Andere Rücklagen		4.330	4.171
d) Konzerngewinn		301	317
Summe der Passiva		144.829	147.197

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Konzerngewinn	Eigenkapital vor Fremdanteilen	Anteile in Fremdbesitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2016	547	2.010	3.664	327	610	7.158	6	7.164
Veränderung der Gewinnrücklagen	-	-	610	-	-610	-	-	-
Erstkonsolidierungseffekt Servicegesellschaften	-	-	-263	-	-	-263	-	-263
Kapitalerhöhung	-	181	-	-	-	181	-	181
Ergebnis nach Steuern 01.01.–30.06.2016	-	-	-	-	140	140	-	140
Sonstiges Ergebnis	-	-	-81	72	-	-9	-	-9
Eigene Aktien im Bestand	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Veränderungen	-	-	-125	-	-	-125	-	-125
Stand 30.06.2016	547	2.191	3.805¹	399	140⁴	7.082	6	7.088
Ergebnis nach Steuern 01.07.–31.12.2016	-	-	-	-	177	177	-	177
Sonstiges Ergebnis	-	-	-109	-40	-	-149	-	-149
Eigene Aktien im Bestand	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Veränderungen	-	-	116	-	-	116	-	116
Ausweisänderung Anteile in Fremdbesitz (Fremdkapitalinstrumente)	-	-	-	-	-	-	-6 ⁵	-6
Stand 31.12.2016	547	2.191	3.812	359²	317	7.226	-	7.226
Veränderung der Gewinnrücklagen	-	-	317	-	-317	-	-	-
Kapitalerhöhung	-	-	-	-	-	-	-	-
Ergebnis nach Steuern 01.01.–30.06.2017	-	-	-	-	301	301	-	301
Sonstiges Ergebnis	-	-	-15	-66	-	-81	-	-81
Eigene Aktien im Bestand	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Veränderungen	-	-	-77	-	-	-77	-	-77
Stand 30.06.2017	547	2.191	4.037	293³	301	7.369	-	7.369

¹Angaben angepasst (siehe Konzernanhang Note 6 des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2016)

²Davon entfielen im Vorjahr 14 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung.

³Davon entfallen 14 Mio € auf zwei als zur Veräußerung bestimmte Beteiligungen (siehe Note 20).

⁴Angaben angepasst (siehe Note 2)

⁵Im vergangenen Berichtsjahr hat sich die Postbank entschieden, im Einklang mit geltenden Rechnungslegungsvorschriften, den Ausweis der Anteile in Fremdbesitz (Fremdkapitalinstrumente) nicht mehr im Eigenkapital, sondern unter den Sonstigen Passiva vorzunehmen.

Bei den Übrigen Veränderungen handelt es sich um Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der DB Finanz-Holding GmbH für 2016 und mit der DB Beteiligungs-Holding GmbH für 2017.

VERKÜRZTE KAPITALFLUSSRECHNUNG

	01.01.–30.06.2017 Mio €	01.01.–30.06.2016 Mio €
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Berichtszeitraums	2.291	1.357
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	–2.078	145
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1.917	441
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	–526	–824
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Berichtszeitraums	1.604	1.119

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

ERLÄUTERUNGEN – NOTES

ALLGEMEINE ANGABEN

Mit Verschmelzungsvertrag vom 19. April 2017 hat die DB Finanz-Holding GmbH ihr Vermögen als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten unter Auflösung ohne Abwicklung auf die DB Beteiligungs-Holding GmbH übertragen. Die Verschmelzung ist am 27. April 2017 durch Eintragung in das Handelsregister wirksam geworden.

Daraus ergibt sich, dass die DB Finanz-Holding GmbH mit Eintragung der oben genannten Verschmelzung erloschen

ist und deshalb nicht mehr am Grundkapital der Deutschen Postbank AG beteiligt ist. Die DB Beteiligungs-Holding GmbH als Rechtsnachfolgerin der DB Finanz-Holding GmbH hält somit nicht mehr mittelbar, sondern unmittelbar die Mehrheit am Grundkapital der Deutschen Postbank AG.

Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht nunmehr zwischen der Deutschen Postbank AG als abhängigem Unternehmen und der DB Beteiligungs-Holding GmbH.

(1) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

	Privatkunden		Firmenkunden		Financial Markets		Non Core Operating Unit		Cost Center		Gesamt	
	01.01.– 30.06. 2017 Mio €	01.01.– 30.06. 2016 ¹ Mio €	01.01.– 30.06. 2017 Mio €	01.01.– 30.06. 2016 ¹ Mio €	01.01.– 30.06. 2017 Mio €	01.01.– 30.06. 2016 ¹ Mio €	01.01.– 30.06. 2017 Mio €	01.01.– 30.06. 2016 ¹ Mio €	01.01.– 30.06. 2017 Mio €	01.01.– 30.06. 2016 ¹ Mio €	01.01.– 30.06. 2017 Mio €	01.01.– 30.06. 2016 ¹ Mio €
Zinsüberschuss	1.065	1.133	178	171	-54	-32	-162	-181	0	4	1.027	1.095
Handelsergebnis	30	3	-1	7	23	-1	0	0	0	0	52	9
Finanzanlage- ergebnis	0	90	0	0	58	61	0	9	0	14	58	174
Provisions- überschuss	381	320	66	63	-12	-12	0	0	52	48	487	419
Gesamterträge	1.476	1.546	243	241	15	16	-162	-172	52	66	1.624	1.697
Verwaltungs- aufwand	-591	-621	-53	-50	-4	-4	-5	-6	-685	-737	-1.338	-1.418
Risikovorsorge	-55	-49	46	-22	0	0	-3	-5	0	0	-12	-76
Sonstige Erträge	18	7	1	1	0	0	0	1	38	43	57	52
Sonstige Aufwendungen	-10	-52	0	-1	0	0	3	-6	-8	-31	-15	-90
Verrechnungen	-489	-542	-66	-65	-30	-43	-18	-23	603	673	0	0
davon Erträge	69	83	10	13	11	1	0	0	-90	-97	0	0
davon Auf- wendungen	-558	-625	-76	-78	-41	-44	-18	-23	693	770	0	0
Ergebnis vor Steuern	349	289	171	104	-19	-31	-185	-211	0	14	316	165
Externe Erträge ²	1.476	1.546	243	241	15	16	-162	-172	52	66	1.624	1.697
Intersegment- erträge ²	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertminde- rungen	-10	-9	-1	-1	0	0	0	0	-37	-39	-48	-49
Wertaufho- lungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	-10	-9	-1	-1	0	0	0	0	-37	-39	-48	-49
Cost Income Ratio (CIR)³	74,2%	79,3%	50,9%	50,3%	170,4%	312,2%	-12,5%	-20,3%	-	-	80,5%	86,2%
Eigenkapital- Rendite vor Steuern (RoE)	20,7%	16,7%	46,2%	39,7%	-2,0%	-4,0%	-28,7%	-28,5%	-	-	8,7%	4,7%

¹Angaben angepasst (vgl. Erläuterung innerhalb dieser Note)

²Bei den externen Erträgen handelt es sich um den Saldo der externen Teilbeträge aus den Positionen Zinserträge, Zinsaufwendungen, Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Finanzanlageergebnis und Handelsergebnis. Aufgrund der methodischen Weiterentwicklung (vgl. Erläuterung innerhalb dieser Note) entfallen die Intersegmenterträge.

³Für die Segmente wurde die Kennzahl mit genauen Beträgen gerechnet, die aus dem Management-Informationssystem stammen. Bei der Berechnung mit gerundeten Zahlen kann es daher zu geringfügigen Differenzen kommen.

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Im ersten Halbjahr 2017 ergaben sich folgende Veränderungen bzw. Sondersachverhalte in der Rechnung nach Geschäftsfeldern:

- Die in der Berichtsperiode durchgeführten Anpassungen der Vorjahreszahlen (vgl. Note 2) wurden in der Segmentberichterstattung ebenfalls berücksichtigt. Im Segment Privatkunden verringerte sich dadurch der Zinsüberschuss für das erste Halbjahr 2016 um 82 Mio €, der Provisionsüberschuss stieg um 21 Mio €, während sich der Verwaltungsaufwand um 66 Mio € reduzierte. Das Segment Non Core Operating Unit (NCOU) wird im Zinsüberschuss mit 2 Mio € belastet, und bei Financial Markets verringert sich der Zinsüberschuss um 4 Mio €.
- Zusätzlich wurden Barwertschäden aus vorfällig gekündigten Krediten nach überarbeiteter Methode den Segmenten verursachungsgerecht zugeordnet, was ebenfalls in den Vorjahreszahlen reflektiert wurde, um die Vergleichbarkeit der Berichterstattung im Zeitablauf zu gewährleisten. Die Umstellung entlastete den Zinsüberschuss im Geschäftsfeld Financial Markets für das erste Halbjahr 2016 um 30 Mio €, während die Segmente Privatkunden mit 28 Mio € und Firmenkunden mit 2 Mio € belastet wurden.
- Darüber hinaus wurde die Zuordnung von Ergebnisbestandteilen zu einzelnen Segmenten methodisch weiterentwickelt:
 - Priorisierung der funktionalen Zuordnung gemäß Ressort über die bisher vorgenommene Segmentzuordnung gemäß Einzelgesellschaft:
Insbesondere wurden Kosten der Infrastrukturfunktionen von Tochterunternehmen, die bislang je nach Hauptgeschäftsfeld der Gesellschaft auch den Segmenten Privatkunden, Firmenkunden und Financial Markets zugeordnet sein konnten, nun zusammen mit den übrigen Infrastrukturfunktionen des Postbank Konzerns dem Segment Cost Center zugeordnet.
 - Ausweis der konzernexternen Wirkung eines Geschäfts im jeweiligen Segment:
Bisher erfolgten der Ausweis in den Segmenten inklusive konzerninterner Ergebnisbestandteile und eine Eliminierung dieser konzerninternen erzielten Ergebnisse im Segment Cost Center. Die bislang ausgewiesenen Intersegmenterträge entfallen damit.
- Insgesamt verändern sich die Zahlen der Vergleichsperiode durch diese Methodenumstellungen auf Segmentebene wie folgt:
 - Der Zinsüberschuss reduziert sich im Segment Privatkunden um 4 Mio € und im Segment Cost Center um 1 Mio €, während er sich im Segment Firmenkunden um 2 Mio €, im Segment Financial Markets um 2 Mio € und im Segment NCOU um 1 Mio € verbessert.
 - Das Handelsergebnis reduziert sich im Segment Financial Markets um 2 Mio €, gegenläufig steigt es im Segment Cost Center um diesen Betrag.

- Der Provisionsüberschuss reduziert sich im Segment Privatkunden um 26 Mio €, während er sich im Segment Financial Markets um 1 Mio € und im Segment Cost Center um 25 Mio € erhöht.
- Im Verwaltungsaufwand werden das Segment Privatkunden um 85 Mio € und das Segment Financial Markets um 11 Mio € entlastet, während die Segmente Firmenkunden mit 2 Mio € und Cost Center mit 94 Mio € belastet werden.
- Die sonstigen Erträge für das Segment Cost Center verbessern sich um 11 Mio €, gegenläufig zur Reduktion der sonstigen Erträge im Segment Privatkunden um denselben Betrag.
- Bei den sonstigen Aufwendungen werden das Segment Privatkunden um 56 Mio € und das Segment Financial Markets um 1 Mio € entlastet, während das Segment Firmenkunden mit 1 Mio € und das Segment Cost Center mit 56 Mio € belastet werden.
- Die Verrechnungen erhöhen sich für die Segmente Privatkunden um 115 Mio € und Financial Markets um 15 Mio €, während die Segmente Firmenkunden um 15 Mio €, Non Core Operating Unit um 2 Mio € und Cost Center um 113 Mio € entlastet werden.
- Insgesamt erhöht sich das Ergebnis vor Steuern für die Segmente Firmenkunden um 14 Mio € und Non Core Operating Unit um 3 Mio €, während sich das Ergebnis vor Steuern für die Segmente Privatkunden um 15 Mio € und Financial Markets um 2 Mio € verschlechtert.

Im Geschäftsfeld Privatkunden bietet die Postbank ein breites Spektrum von Post-, Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen des Geschäfts mit Privatkunden der Deutschen Postbank AG, des inländischen Privatkundengeschäfts der BHW Bausparkasse AG sowie dem Kundengeschäft weiterer Tochtergesellschaften, namentlich der BHW Holding AG, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Finanzberatung AG, der Postbank Immobilien GmbH, der BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft GmbH und der Postbank Direkt GmbH. Darüber hinaus wird das Ergebnis aus der Fortschreibung der Effekte der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse AG dem Segment Privatkunden zugeordnet.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden erbringt die Postbank für Geschäfts- und Firmenkunden Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Einen weiteren Bereich dieses Geschäftsfelds bilden Factoring und Leasing. Darüber hinaus werden das Anlage- und das sonstige Kreditgeschäft mit den Geschäfts- und Firmenkunden in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen aus Dienstleistungen für Geschäfts- und Firmenkunden der PB Firmenkunden AG, der Postbank Leasing GmbH,

der PB Factoring GmbH, der Geschäfte mit Firmen- und Geschäftskunden der Deutschen Postbank AG ohne ausgewählte Einzelengagements im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierung sowie aus Teilen der Ergebnisse der Zweigniederlassung Luxemburg.

Dem Geschäftsfeld Financial Markets zugeordnet sind die Ergebnisse aus den Financial-Markets-Geschäften des Konzerns (Bank- und Handelsbücher) und der Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen sowohl aus den jeweiligen Bank- und Handelsbüchern der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG sowie den Ergebnissen der Tochter PB International S.A. und der Zweigniederlassung Luxemburg (ohne Firmenkundengeschäft) als auch aus den Ergebnissen der Teilgesellschaftsvermögen, der Deutsche Postbank Funding Trust I, der Deutsche Postbank Funding Trust II, der Deutsche Postbank Funding Trust III, der Deutsche Postbank Funding Trust IV, der Deutsche Postbank Funding LLC I, der Deutsche Postbank Funding LLC II, der Deutsche Postbank Funding LLC III und der Deutsche Postbank Funding LLC IV.

Das Geschäftsfeld NCOU beinhaltet Portfolios und Aktivitäten, die in der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Ziele des Segments sind neben der Erhöhung der Transparenz insbesondere der weitere Abbau von Risiken und die Reduzierung von Risikoaktiva.

Das Ergebnis des Segments beinhaltet Finanzanlagen mit Emittenten aus GIIPS-Staaten, Teile der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen sowie ausgewählte Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten im Privatkundengeschäft sowie ausgewählte, nicht mehr aktiv vertriebene Retail-Produkte. Darüber hinaus sind dem Segment bestimmte besicherte und unbesicherte Emissionen zugeordnet.

Das Segment Cost Center enthält die Ergebnisse der Infrastrukturfunktionen der Deutschen Postbank AG, der BHW Bausparkasse AG, der BHW Holding AG, der PB Firmenkunden AG, der Deutschen Postbank AG Zweigniederlassung Luxemburg, der Postbank Direkt GmbH, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Finanzberatung AG und der Postbank Immobilien GmbH. Das Segment beinhaltet außerdem die Ergebnisse der den Cost Centern zugeordneten Tochtergesellschaften Postbank Systems AG, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, DSL Portfolio GmbH & Co. KG, DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Postbank Service GmbH, BHW Kreditservice GmbH, Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH und Postbank Beteiligungen GmbH.

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsertag) statt der Zinserträge und der Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand und der sonstige

Aufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten basieren im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016' Mio €
Einlagen und Kredite Privat- und Firmenkunden	1.280	1.346
Zahlungsverkehr Privat- und Firmenkunden	230	181
Provisionsgeschäft Privat- und Firmenkunden	169	162
Transaction Banking Insourcing	38	39
Übriges	-93	-31
Summe Erträge	1.624	1.697

'Angaben angepasst (vgl. Erläuterung innerhalb dieser Note)

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Finanzanlageergebnis des Postbank Konzerns. Die dem Segment Firmenkunden zugeordneten Tochterunternehmen sind mit ihrem Zins- und Provisionsüberschuss der Position „Einlagen und Kredite Privat- und Firmenkunden“ zugerechnet. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und das Finanzanlageergebnis des Konzerns. Die Erträge der Segmente NCOU und Financial Markets werden unter der Position „Übriges“ ausgewiesen.

Die Ermittlung der Ergebnisse nach geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Die Region Europa enthält die Luxemburger Einheiten PB International S.A., die Zweigniederlassung Luxemburg und die Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH sowie die BHW Niederlassungen in Italien und in Luxemburg. Die Region Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte. Die Region USA beinhaltet die Deutsche Postbank Funding LLC I-IV und die Deutsche Postbank Funding Trust I-IV, Wilmington, Delaware.

	Erträge		Ergebnis vor Steuern		Langfristige Vermögenswerte	
	01.01.– 30.06. 2017 Mio €	01.01.– 30.06. 2016 ¹ Mio €	01.01.– 30.06. 2017 Mio €	01.01.– 30.06. 2016 ¹ Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Deutschland	1.593	1.661	301	148	2.677	2.645
Europa	31	36	15	17	16	17
USA	0	0	0	0	0	0
Gesamt	1.624	1.697	316	165	2.693	2.662

¹Angaben angepasst (vgl. Erläuterung innerhalb dieser Note)

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen.

(2) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der verkürzte Zwischenabschluss wurde im Einklang mit den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt, sofern sie zum Abschlussstichtag anzuwenden sind. Insbesondere wird für die Anforderungen an einen Zwischenbericht der International Accounting Standard (IAS) 34 berücksichtigt. Die Postbank erstellt einen Halbjahresfinanzbericht entsprechend den Vorgaben des § 37w WpHG, der neben dem hier dargestellten verkürzten Abschluss auch einen Zwischenlagebericht enthält. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die im Zwischenabschluss nicht berücksichtigt wurden, liegen nicht vor.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftigerweise erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Risikovorsorge, der immateriellen Vermögenswerte und der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit der latenten Steuern. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen.

Derivative Sicherungsinstrumente werden in erster Linie als Mikrohedgingbeziehungen (Fair Value Hedges) zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken eingegangen. Darüber hinaus wendet die Postbank auch den Portfolio-Fair-Value-Hedge nach IAS 39 zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken aus Forderungen an Kunden auf Portfolioebene an.

Sofern keine effektiven Mikrohedgingbeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Sicherungsinstrumente erfolgswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbilanz werden sowohl neue Swaps als Sicherungsinstrumente für Mikrohedgingbeziehungen abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und

glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgingbeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Die Durchführung des Effektivitätstests und damit die erfolgswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

Für den verkürzten Zwischenabschluss zum 30. Juni 2017 wurden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 angewandt.

Aufgrund der zum 31. Dezember 2016 vorgenommenen Anpassungen von gezahlten Provisionen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Baufinanzierungen und Ratenkrediten und von Aufwendungen für Immobilienwertgutachten sowie der geänderten Behandlung von Bereitstellungszinsen aus Baufinanzierungen (siehe Note 6 des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2016) ergaben sich retrospektive Anpassungen von Vorjahresvergleichswerten. Aus der retrospektiven Betrachtung ergab sich für das erste Halbjahr 2016 eine Reduzierung der Zinserträge um 88 Mio €, der Provisionsaufwendungen um 21 Mio € und des Verwaltungsaufwands um 66 Mio €. Das Konzernergebnis verringerte sich um 1 Mio €, das Ergebnis je Aktie ist unverändert.

Neuerungen aus den ab dem 1. Januar 2018 anzuwendenden wesentlichen Standards

IFRS 9

Der Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ ersetzt IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ und beinhaltet insbesondere überarbeitete Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zum Impairment und zum General Hedge Accounting (ohne Macro Hedge Accounting). Weiterhin werden die Anhangangaben zu Finanzinstrumenten erweitert.

Die Klassifizierung von Finanzinstrumenten erfolgt in Abhängigkeit der beiden Kriterien „Business Model“ und „Solely Payments of Principal and Interest“ (SPPI). Im Kriterium „Business Model“ werden die diversen Finanzinstrumente auf Portfolioebene den unternehmensspezifischen Geschäftsmodellen „Halten“ und „Halten & Verkaufen“ zugeordnet. Im Zahlungsstromkriterium (SPPI) werden die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen Finanzinstruments analysiert und entsprechend den neuen Regelungen des IFRS 9 bewertet. Je nach Ausgestaltung dieser beiden Kriterien erfolgen nun die Erst- und die Folgebilanzierung entweder zu Amortised Cost oder zum Fair Value (erfolgswirksam oder -neutral).

Die Postbank hat eine Bestimmung der vorhandenen Geschäftsmodelle auf Portfolioebene sowie eine Analyse des jeweiligen vertraglichen Zahlungsstromkriteriums durchgeführt. Auf Basis der derzeitigen Prämissen zeigt die Analyse, dass es zu Verschiebungen einzelner Finanzinstrumente zwischen den Bewertungen zu Fair Value through Profit or Loss, Fair Value through Other Comprehensive Income und Amortised Cost kommen wird. Der genaue Effekt aus der Erstanwendung des neuen IFRS 9 hängt jedoch von den zum Erstanwendungszeitpunkt bestehenden Geschäftsmodellen und Charakteristika der jeweiligen finanziellen Vermögenswerte ab.

Bei den Regelungen zum Impairment wird das bisherige Incurred-Loss-Modell durch ein Expected-Credit-Loss-Modell abgelöst. Mit diesem Modell können erwartete Ausfallrisiken zeitnäher in der Rechnungslegung abgebildet werden. Diese Regelungen gelten zukünftig für zu fortgeführten Anschaffungskosten und für erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte. Die Postbank rechnet als Folge der neuen Regeln zum Impairment ceteris paribus mit einer Erhöhung der Risikovorsorge, im Wesentlichen aufgrund der Umstellung auf einen 12-Monats- bzw. Lifetime-ECL.

Die neuen Regelungen des IFRS 9 zum General Hedge Accounting sollen zu einem stärkeren Gleichlauf zwischen der Bilanzierung und der internen Risikosteuerung führen. Der IFRS 9 beinhaltet allerdings auch ein Bilanzierungswahlrecht, die Anwendung der IFRS 9 Vorschriften für Sicherungsbeziehungen zu verschieben und weiterhin die Regelungen des IAS 39 anzuwenden. Die Postbank hat sich dafür entschieden, dieses Bilanzierungswahlrecht zur Beibehaltung der IAS 39-Regelungen auszuüben. Die erforderlichen neuen Anhangangaben zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen werden dabei berücksichtigt und umgesetzt.

Durch die Einführung von IFRS 9 wird das bilanzielle Eigenkapital voraussichtlich um einen mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Betrag belastet. Zum einen resultiert dieser Effekt aus den Regelungen zur Klassifizierung und den damit verbundenen Verschiebungen zwischen den Bewertungen zu Fair Value through Profit or Loss, Fair Value through Other Comprehensive Income und Amortised Cost. Zum anderen ist ein nennenswerter Teil der Eigenkapitalbelastung auf die Erhöhung des Risikovorsorgebestands zurückzuführen. Weiterhin wird die Postbank im Rahmen der Erstanwendung des IFRS 9 rückwirkend auf die Anwendung der Fair-Value-Option auf Baufinanzierungsbestände nach IAS 39 verzichten, woraus ebenfalls eine Eigenkapitalbelastung resultiert. Der erwartete IFRS 9-Erstanwendungseffekt kann von der aktuellen Schätzung abweichen, da wesentliche Annahmen – u. a. hinsichtlich signifikanter Kreditverschlechterung – noch nicht final festgelegt wurden, die Entwicklung der Modelle zur Berechnung der Risikovorsorge noch nicht abgeschlossen ist und Entwicklungen im Geschäftsvolumen bzw. bei den makroökonomischen Rahmenbedingungen Veränderungen bewirken können.

Der IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Standard wurde mit der EU-Verordnung 2016/2067 vom 22. November 2016 in europäisches Recht übernommen. Die Postbank hat beschlossen, vom Wahlrecht bezüglich der Erstanwendungsmethode Gebrauch zu machen und auf die Angabe von Vergleichszahlen nach IFRS 9 für die Perioden vor der Erstanwendung zu verzichten.

IFRS 15

Bei IFRS 15 handelt es sich um einen neuen Standard zur Umsatzrealisierung, der die Vielzahl der bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zusammenführt und einheitliche Grundprinzipien festsetzt, die für alle Branchen und für alle Kategorien von Umsatztransaktionen anwendbar sind. Nach IFRS 15 ist der Betrag als Umsatzerlös zu erfassen, der für die Übertragung von Gütern oder Dienstleistungen an Kunden als Gegenleistung erwartet wird. Darüber hinaus werden die Anhangangaben zu den Erträgen aus den Verträgen mit Kunden erweitert.

Der Standard ist grundsätzlich auf alle Verträge mit Kunden anzuwenden, in denen der Verkauf der Güter und Dienstleistungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens vereinbart ist. Im April 2016 hat das IASB die „Clarifications to IFRS 15 – Revenue from Contract with Customers“ veröffentlicht. Diese beinhalten Klarstellungen bezüglich der Identifizierung von Leistungsverpflichtungen, der Prinzipal-Agenten-Beziehungen, der Lizenzen sowie der Übergangsvorschriften für modifizierte und abgeschlossene Verträge und sind ebenfalls verpflichtend anzuwenden.

Bei der Postbank ist der IFRS 15 insbesondere in Bezug auf die Gebühren und Entgelte, die unter der Position „Provisionserträge“ der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ausgewiesen werden, anwendbar. Die Einführung des Standards ist voraussichtlich mit keinen wesentlichen qualitativen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns verbunden. Die Auswirkungen der neuen Regelungen zur Ertragserfassung werden im Rahmen eines Projekts zur Implementierung des IFRS 15 derzeit final untersucht. Nach derzeitigen Erkenntnissen geht die Bank von geringen Auswirkungen aus.

Der IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Standard wurde mit der EU-Verordnung 2016/1905 vom 22. September 2016 in europäisches Recht übernommen. Die Clarifications to IFRS 15 sind gleichzeitig mit dem IFRS 15 anzuwenden. Ein EU-Endorsement liegt jedoch bisher nicht vor. Die Postbank hat beschlossen, vom Wahlrecht bezüglich der Erstanwendungsmethode Gebrauch zu machen und auf die Angabe von Vergleichszahlen nach IFRS 15 für die Perioden vor der Erstanwendung zu verzichten.

(3) Konsolidierungskreis

In den verkürzten Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2017 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 31 Tochterunternehmen (31. Dezember 2016: 32) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
BHW Holding AG, Hameln	100,0	
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
Postbank Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main	75,0 ¹	

¹Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals der VÖB-ZVD Processing GmbH wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Bank gehalten.

In den Konsolidierungskreis werden darüber hinaus acht Teilgesellschaftsvermögen (31. Dezember 2016: acht) gemäß IFRS 10 einbezogen. Es handelt sich bei allen Teilgesellschaftsvermögen um strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12.

Weitere Veränderungen des Konsolidierungskreises lagen in der Berichtsperiode im Vergleich zum 31. Dezember 2016 nicht vor.

Die BHW Gesellschaft für Vorsorge GmbH wurde am 22. März 2017 mit der Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2017 auf die BHW Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH verschmolzen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(4) Zinsüberschuss

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 ¹ Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.614	1.746
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	191	246
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-8	0
	1.797	1.992
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
Beteiligungen	1	4
	1	4
	1.798	1.996
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	22	13
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	607	679
Verbrieften Verbindlichkeiten	27	48
Nachrangkapital	61	91
Swaps	60	73
	755	891
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	38	23
Gesamt	1.027	1.095

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

Von den Zinserträgen entfallen 1.736 Mio € (Vorjahr: 1.905 Mio €) auf Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables und 92 Mio € (Vorjahr: 105 Mio €²) auf Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 6 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €) enthalten (Unwinding nach IAS 39).

²Vorjahresangabe um 4 Mio € korrigiert aufgrund der Erweiterung um das Ergebnis aus Beteiligungen

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen setzt sich wie folgt zusammen:

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	-56	227
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	48	-227
Gesamt	-8	0

(5) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	175	183
Portfoliowertberichtigungen	67	87
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	8	10
Direkte Forderungsabschreibung	15	12
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	140	97
Portfoliowertberichtigungen	80	88
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	21	17
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	12	14
Gesamt	12	76

Die Risikovorsorge entfällt in Höhe von 25 Mio € (Vorjahr: 83 Mio €) auf Forderungen der Kategorie Loans and Receivables. Die Risikovorsorge auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen wurde in Höhe von netto 13 Mio € aufgelöst (Vorjahr: Auflösung 7 Mio €).

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	48	61
Bauspar Darlehen	1	1
Gewerbliche Kredite	20	18
Ratenkredite	84	77
Kontokorrentkredite	22	26
Portfoliowertberichtigungen	67	87
Gesamt	242	270

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	46	53
Bauspardarlehen	1	1
Gewerbliche Kredite	51	9
Ratenkredite	28	21
Kontokorrentkredite	14	13
Portfoliowertberichtigungen	80	88
Gesamt	220	185

(6) Provisionsüberschuss

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 ¹ Mio €
Girogeschäft	227	175
Wertpapiergeschäft	46	30
Kredit- und Avalgeschäft	28	25
Filialgeschäft	93	98
Sonstiges Provisionsgeschäft	93	91
Gesamt	487	419

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

(7) Handelsergebnis

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	0	1
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	21	3
Ergebnis aus Fair-Value-Option	25	1
Devisenergebnis	6	4
Provisionsergebnis Handelsbestand	0	0
Gesamt	52	9

(8) Ergebnis aus Finanzanlagen

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	8	38
davon Verkaufsergebnis	8	38
Verkaufsgewinne	10	41
Verkaufsverluste	2	3
davon Wertminderungsergebnis	0	0
Ergebnis aus Finanzanlagen und sonstigen Beteiligungen Available for Sale	50	136
davon Verkaufsergebnis	51	136
Verkaufsgewinne	52	136
Verkaufsverluste	1	0
davon Wertminderungsergebnis	-1	0
Gesamt	58	174

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	47	48
Ergebnis aus Beteiligungen	12	127
Impairment	-1	-1
Gesamt	58	174

Das Ergebnis aus Beteiligungen enthält im Wesentlichen den Erfolg aus der Verringerung eines strategischen Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt (11 Mio €).

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen wie im Vorjahr -1 Mio € auf geschlossene Fonds.

(9) Verwaltungsaufwand

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 ¹ Mio €
Personalaufwand	679	692
Andere Verwaltungsaufwendungen	611	677
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	20	22
Abschreibungen auf Sachanlagen	28	27
Gesamt	1.338	1.418

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

(10) Sonstige Erträge

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 Mio €
Vergütung für die Teilnahme an der Bietergruppe zu einem Refinanzierungsprogramm der EZB	15	–
Zinserträge gemäß § 233a AO	10	1
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	7	10
Übrige	25	41
Gesamt	57	52

Bei den Erträgen aus der Vergütung für die Teilnahme an der Bietergruppe zu einem Refinanzierungsprogramm handelt es sich um weitere Bestandteile der Vergütung, die aufgrund des Wegfalls von Unsicherheiten gemäß IAS 18.20 im Vergleich zum 31. Dezember 2016 nun verlässlich geschätzt werden konnten.

(11) Sonstige Aufwendungen

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 Mio €
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT)	5	5
Sonstige Steuern	3	2
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	1	9
Übrige	6	74
Gesamt	15	90

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(12) Forderungen an Kreditinstitute

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Täglich fällig	9.026	6.383
Andere Forderungen	2.861	6.725
Gesamt	11.887	13.108

Unter der Position „Forderungen an Kreditinstitute“ werden nur Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables erfasst.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 1.372 Mio € (31. Dezember 2016: 2.045 Mio €) fällig.

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	1.716	5.832
Täglich fällige Gelder	9.009	6.381
Darlehen	63	92
Namensschuldverschreibungen	99	300
Termingelder	1.000	500
Sonstige Forderungen	0	3
Gesamt	11.887	13.108

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	1.485	5.123	318	1.008
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	1.485	5.123	318	1.008

(13) Forderungen an Kunden

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Private Baufinanzierungen	69.732	69.029
Bauspardarlehen	2.875	2.992
Gewerbliche Kredite	14.412	13.677
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.039	5.205
Ratenkredite	7.688	7.438
Kontokorrentkredite	2.413	2.085
Schuldscheindarlehen	1.599	1.537
Sonstige Forderungen	41	40
Gesamt	103.799	102.003

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Loans and Receivables	100.596	98.358
Fair-Value-Option	3.203	3.645
Gesamt	103.799	102.003

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 82.929 Mio € (31. Dezember 2016: 81.762 Mio €) fällig.

(14) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge gliedert sich wie folgt auf:

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Einzelwertberichtigungen	735	798
Portfoliowertberichtigungen	187	200
Aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge	922	998
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	29	45
Gesamt	951	1.043

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2017 Mio €	2016 Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €	2017 Mio €	2016 Mio €
Stand 1. Januar	798	725	200	198	998	923
Umgliederung wegen IFRS 5	-	-	-	-	-	-
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	175	183	67	87	242	270
Abgänge						
Inanspruchnahme	92	39	-	-	92	39
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	140	97	80	88	220	185
Unwinding	6	7	-	-	6	7
Währungsumrechnungsdifferenzen	-	-	-	-1	-	-1
Stand 30. Juni	735	765	187	196	922	961

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	183	209
Bauspar Darlehen	6	5
Gewerbliche Kredite	93	127
Forderungen an öffentliche Haushalte	3	4
Ratenkredite	313	313
Kontokorrentkredite	137	140
Portfoliowertberichtigungen	187	200
Gesamt	922	998

(15) Handelsaktiva

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Baudarlehen Held for Trading	47	53
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	0	1
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	343	421
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	0	0
Gesamt	390	475

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 344 Mio € (31. Dezember 2016: 409 Mio €) fällig.

(16) Finanzanlagen

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Loans and Receivables	9.902	12.196
Available for Sale	14.301	14.252
	24.203	26.448
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	265	271
	265	271
Beteiligungen (Available for Sale)	35	43
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	1	5
Gesamt	24.504	26.767

Bestände in Höhe von 19.246 Mio € (31. Dezember 2016: 22.266 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Verbindlichkeiten	6.779	7.625
Eventualverbindlichkeiten	22	21
Gesamt	6.801	7.646

Es wurden Finanzanlagen, die weiterhin in der Bilanz ausgewiesen werden, in Höhe von 3.151 Mio € (Vorjahr: 2.956 Mio €) als Sicherheit übertragen. Davon könnten Finanzanlagen in Höhe von 2.580 Mio € (Vorjahr: 2.918 Mio €) vom Empfänger aufgrund vertrags- und gewohnheitsmäßiger Rechte weiterveräußert oder verpfändet werden (IAS 39.37(a)).

Für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 2.755 Mio € (Vorjahr: 3.147 Mio €) wurden Sicherheiten in Form von Finanzanlagen in Höhe von 2.580 Mio € (Vorjahr: 2.918 Mio €) übertragen.

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Als neuer Buchwert wurde der Fair Value der Wertpapiere zum entsprechenden Umgliederungszeitpunkt angesetzt.

Zum 30. Juni 2017 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 4,4 Mrd € sowie einen Buchwert von 4,3 Mrd €.

Bis zu den genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf 468 Mio € vor Steuern. Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 30. Juni 2017 um 102 Mio € entlastet worden (31. Dezember 2016: 167 Mio €).

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgegliederten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartete, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Bis zum 30. Juni 2017 ergaben sich auf sämtliche umgegliederten Wertpapiere Impairments von 621 Mio € (Vorjahr: 621 Mio €) und Veräußerungsgewinne aus umgegliederten Wertpapieren von 93 Mio € (Vorjahr: 88 Mio €).

Bis zum 30. Juni 2017 sind für die umgegliederten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 49 Mio € (Vorjahr: 65 Mio €) angefallen.

(17) Immaterielle Vermögenswerte

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.581	1.581
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	244	253
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	51	54
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	108	75
Gesamt	1.984	1.963

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die aktivierte Marke BHW in Höhe von unverändert 139 Mio € enthalten.

Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 52 Mio € (31. Dezember 2016: 54 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 7 Mio € (31. Dezember 2016: 8 Mio €).

(18) Sachanlagen

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Grundstücke und Gebäude	479	480
Betriebs- und Geschäftsausstattung	183	176
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	47	43
Gesamt	709	699

(19) Sonstige Aktiva

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	127	65
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	96	55
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	180	171
Forderungen an Finanzbehörden	7	32
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	9	7
Übrige	76	58
Gesamt	495	388

Bestände in Höhe von 83 Mio € (31. Dezember 2016: 107 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(20) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

Im vierten Quartal 2016 hat die Bank beschlossen, eine Beteiligung mit einem Buchwert in Höhe von 13 Mio € zu veräußern. Der Kaufvertrag wurde im Januar 2017 unter aufschiebenden Bedingungen unterzeichnet. Die Veräußerung wurde im Juli 2017 vollzogen. Die Beteiligung ist der Bewertungskategorie Available for Sale und dem Level 2 der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet. Die Zuordnung in der Segmentberichterstattung erfolgt im Segment Cost Center.

Darüber hinaus hat die Bank Teile einer weiteren Beteiligung in Höhe von 1 Mio € zum Bilanzstichtag als zur Veräußerung gehalten klassifiziert und ebenfalls im Juli 2017 veräußert. Die Beteiligung ist der Bewertungskategorie Available for Sale und dem Fair-Value-Hierarchie-Level 2 zugeordnet. Die Zuordnung in der Segmentberichterstattung erfolgt im Segment Financial Markets.

Die Postbank hat im Juli 2017 einen Verkaufsprozess über die Veräußerung von Forderungen an Kreditinstitute, Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva eingeleitet. Die Forderungen sowie die sonstigen Aktiva und Passiva sind dem Segment Cost Center zugeordnet. Die Veräußerung wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2017 vollzogen.

Die im Geschäftsbericht 2016 als zur Veräußerung bestimmter Vermögenswert ausgewiesene Immobilie wurde in der Berichtsperiode zu ihrem Buchwert in Höhe von 20 Mio € verkauft.

(21) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Täglich fällig	255	508
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	12.113	12.625
Gesamt	12.368	13.133

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 8.114 Mio € (31. Dezember 2016: 8.425 Mio €) fällig.

(22) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Spareinlagen	37.310	38.585
Bauspareinlagen	18.575	18.809
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	48.993	46.841
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	13.173	14.683
	62.166	61.524
Gesamt	118.051	118.918

In der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 21.161 Mio € (31. Dezember 2016: 22.424 Mio €) fällig.

(23) Verbriefte Verbindlichkeiten

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe	56	56
Hypothekendarlehen	2.336	2.405
Sonstige Schuldverschreibungen	897	878
Gesamt	3.289	3.339

In der Position „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 3.160 Mio € (31. Dezember 2016: 3.195 Mio €) fällig.

(24) Handelspassiva

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	79	81
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	210	300
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	20	28
Gesamt	309	409

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 179 Mio € (31. Dezember 2016: 262 Mio €) fällig.

(25) Rückstellungen

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	255	254
Personalbezogene Rückstellungen	165	194
Prozesse und Regresse	141	163
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	29	45
Übrige	210	251
Gesamt	800	907

Nach mehr als 12 Monaten sind 494 Mio € (31. Dezember 2016: 586 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

(26) Sonstige Passiva

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Verpflichtung gegenüber DB Beteiligungs-Holding GmbH (vormals: DB Finanz-Holding GmbH) aus Gewinnabführungsvertrag	77	9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	87	100
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	112	111
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	43	44
Anteile im Fremdbesitz (Fremdkapitalinstrumente)	6	6
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	38	55
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	39	39
Rechnungsabgrenzungsposten	18	21
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	35	49
Sonstige Verbindlichkeiten	110	107
Gesamt	565	541

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 31 Mio € (31. Dezember 2016: 36 Mio €) fällig.

(27) Nachrangkapital

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Hybride Kapitalinstrumente	882	1.447
Nachrangige Verbindlichkeiten	897	909
Genussrechtskapital	163	189
Vermögenseinlagen typischer stiller Gesellschafter	21	22
Gesamt	1.963	2.567

Von dem bilanziellen Nachrangkapital sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) insgesamt 985 Mio € (31. Dezember 2016: 1.090 Mio €) regulatorisch als Ergänzungskapital anrechenbar.

In der Position „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Eine Emission der unter den Hybriden Kapitalinstrumenten ausgewiesenen Trust Preferred Securities in Höhe von 0,5 Mrd € wurde im Juni des Berichtshalbjahres zurückgezahlt.

Der Rückgang des Genussrechtskapitals ist im Wesentlichen auf Endfälligkeiten zurückzuführen.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 1.544 Mio € (31. Dezember 2016: 2.430 Mio €) fällig.

SONSTIGE ANGABEN

(28) Eventual- und andere Verpflichtungen

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	379	362
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.349	7.752
davon bereitgestellte Baudarlehen	5.913	5.325
Sonstige Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen Einlagensicherungsfonds	22	22
Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen Barsicherheit Bankenabgabe	16	13
Sonstige Verpflichtungen	12.829	13.061
Gesamt	21.595	21.210

Die sonstigen Verpflichtungen betreffen überwiegend Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können.

(29) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Fair-Value-Hierarchie

Im Folgenden wird die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente zur dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 13.72 ff. dargestellt. Dementsprechend ordnet die Postbank die Bestände wie folgt dem entsprechenden Level zu:

Level 1:

Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Levels 1 werden ausschließlich am aktiven Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

Level 2:

Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3:

Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu dem entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte

Klassen	30.06.2017 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	390	0	390	0
Held-for-Trading-Darlehen	47	0	47	0
Derivate	343	0	343	0
Hedging-Derivate	69	0	69	0
Forderungen an Kunden	3.203	0	3.203	0
davon private Baufinanzierungen	3.203	0	3.203 ¹	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	14.602	11.967	2.599	36
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.301	11.960	2.327	14
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	265	0	265	0
Beteiligungen	36	7	7	22
Sonstige Aktiva	161	0	0	161
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	161	0	0	161
Gesamt	18.425	11.967	6.261	197

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten

Klassen	30.06.2017 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	309	0	309	0
Derivate	309	0	309	0
Hedging-Derivate	31	0	31	0
Gesamt	340	0	340	0

¹Bei der Bewertung der Kredite in der Fair-Value-Option haben die nicht am Markt beobachtbaren Parameter seit Anfang 2014 als Folge der Zinsentwicklung einen größeren Anteil am Abzinsungsfaktor erlangt. Im Hinblick auf ihre erwartete geringere Volatilität und ihre Insignifikanz für den gesamten Fair Value erfolgt weiterhin eine Einstufung als Level 2.

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte

Klassen	31.12.2016 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	475	0	475	0
Held-for-Trading-Darlehen	53	0	53	0
Derivate	422	0	422	0
Hedging-Derivate	112	0	112	0
Forderungen an Kunden	3.645	0	3.645	0
davon private Baufinanzierungen	3.645	0	3.645 ¹	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	14.571	12.078	2.454	39
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.252	12.064	2.171	17
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	271	0	271	0
Beteiligungen	48	14	12	22
Sonstige Aktiva	140	0	0	140
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	140	0	0	140
Gesamt	18.943	12.078	6.686	179

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten

Klassen	31.12.2016 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	409	0	409	0
Derivate	409	0	409	0
Hedging-Derivate	42	0	42	0
Gesamt	451	0	451	0

¹Bei der Bewertung der Kredite in der Fair-Value-Option haben die nicht am Markt beobachtbaren Parameter seit Anfang 2014 als Folge der Zinsentwicklung einen größeren Anteil am Abzinsungsfaktor erlangt. Im Hinblick auf ihre erwartete geringere Volatilität und ihre Insignifikanz für den gesamten Fair Value erfolgt weiterhin eine Einstufung als Level 2.

Im Rahmen der Bewertung der Level-2-Bestände – sofern nicht die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments zum Bewertungsstichtag bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten erfolgen kann – greift die Postbank auf sogenannte Discounted-Cash-Flow-Modelle zurück. Bei dem Großteil der oben genannten Finanzinstrumente (Derivate, Anleihen, Schuldscheindarlehen) werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis-Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Die Fair-Value-Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Bau-

finanzierungsbereichs angewandt. Als Bewertungsparameter werden die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risiko- und Kostenaufschläge verwandt. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell berücksichtigt.

Der moderate Rückgang der Level-1-Bestände im Vergleich zum Jahresende 2016 resultiert im Wesentlichen aus Fälligkeiten und Verkäufen, die die Zugänge in Level 1 überkompensierten. In den Zugängen in Level 1 sind auch Verschiebungen von Level 2 nach Level 1 in Höhe von 73 Mio € enthalten, die daraus resultieren, dass die zugrunde liegenden Preise nunmehr direkt am Markt beobachtbar sind. Der Rückgang der Level 2-Bestände im Vergleich zum Jahresende 2016 resultiert im Wesentlichen aus den Fälligkeiten von privaten Baufinanzierungen.

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind.

Embedded Derivatives (CDS) aus den synthetischen strukturierten Kreditprodukten werden dem Level 3 zugeordnet.

Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich in der Berichtsperiode wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte

Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 30.06.2017							
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS			Gesamt
	Handels-aktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kredit-institute/Kunden	Finanz-anlagen	Forderungen an Kredit-institute/Kunden	Sonstige Aktiva	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	
Anfangsbestand	0	0	0	39	0	140	179
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0	-1	0	0	-1
in GuV	0	0	0	-1	0	0	-1
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	0	0	0	0
Erwerbe	0	0	0	0	0	55	55
Veräußerungen	0	0	0	0	0	0	0
Emissionen	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-2	0	-34	-36
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Endbestand	0	0	0	36	0	161	197
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	-1	0	0	-1

Zum 31. Dezember 2016 stellte sich die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, wie folgt dar:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte

Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2016							
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS			Gesamt
	Handels-aktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kredit-institute/Kunden	Finanz-anlagen	Forderungen an Kredit-institute/Kunden	Sonstige Aktiva	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	
Anfangsbestand	1	0	0	34	0	105	140
Summe Gewinne oder Verluste	-1	0	0	1	0	0	0
in GuV	-1	0	0	-1	0	0	-2
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	2	0	0	2
Erwerbe	0	0	0	26	0	96	122
Veräußerungen	0	0	0	-11	0	0	-11
Emissionen	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-11	0	-61	-72
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Endbestand	0	0	0	39	0	140	179
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	-1	0	0	1	0	0	0

Die Bewertung der strukturierten Kreditprodukte innerhalb der Finanzanlagen, die dem Level 3 zuzuordnen sind, erfolgt derzeit mittels Arranger/Dealer Quotes, die durch ein internes Bewertungsmodell validiert werden. Im internen Bewertungsmodell wird neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der zuvor ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird. Unter der Annahme einer Veränderung der Arranger/Dealer Quotes um +/- 100 Basispunkte würde sich der Fair Value um +/-0,2 Mio € verändern.

Die Anteile an geschlossenen Fonds, die dem Level 3 zugeordnet sind, werden mit Cashflow-Modellen, die risikoadjustierte Planannahmen der einzelnen Fonds berücksichtigen, bewertet. Sofern die Planannahmen um +/- 10 % von den bei der Fair-Value-Ermittlung getroffenen Annahmen abweichen, würde sich eine Änderung des Fair Value von +/-0,4 Mio € ergeben.

Innerhalb der Level-3-Bestände werden unter den Beteiligungen Vorzugsaktien der Visa Inc. dargestellt. Im Rahmen der Fair-Value-Ermittlung werden Annahmen in Bezug auf die Conversion Rate (Umtauschverhältnis in Stammaktien) und die Liquidität der Aktien berücksichtigt. Eine Veränderung der Annahmen zur Conversion Rate und zur Liquidität der Aktien in Höhe von +/- 10 % würde zu einer Wertänderung des Fair Value von +/- 1 Mio € führen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die ebenfalls dem Level 3 zugeordnet sind, beziehen sich auf Provisionsforderungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Versicherungen und auf Forderungen aus erbrachten Dienstleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Die Fair Values der für die Vermittlung von Versicherungen zu erhaltenden Abschlussprovisionen werden unter Berücksichtigung zukünftiger Stornierungen/erwarteter vorzeitiger Beendigungen ermittelt. Die zuverlässige Ermittlung der Fair Values der oben genannten Provisionen basiert auf dem Berichtssystem des Produktgebers und enthält Annahmen über die Stornoquote/erwartete vorzeitige Beendigungen der abgeschlossenen Versicherungen. Unter der Annahme der Veränderung der Stornoquoten von +/- 5 % würde sich eine Änderung des Fair Value der Forderung von +/-8 Mio € ergeben, die als Änderung der Zahlungsströme erfolgswirksam erfasst werden würde.

Der Fair Value der Forderung aus der erbrachten Dienstleistung im Zusammenhang mit einem Refinanzierungsprogramm der Europäischen Zentralbank wird auf Basis von Erwartungen über die Laufzeit und die Höhe des Refinanzierungsvorteils sowie den daraus abgeleiteten künftigen Zahlungen an die Postbank ermittelt. Der Anstieg dieser Forderung um 15 Mio € ist auf den Wegfall von Unsicherheiten aus dem Refinanzierungsprogramm im Vergleich zum 31. Dezember 2016 zurückzuführen. Aufgrund bestehender hoher Unsicherheiten über die vorgenannten Parameter und der daraus resultierenden mangelnden verlässlichen Schätzbarkeit nach IAS 18.20 wurden künftig weitere mögliche Vergütungen in Höhe eines hohen zweistelligen Millionen-Euro-Betrags nicht realisiert. Die Realisierung erfolgt bei Erfüllung der Kriterien des IAS 18.20 in Folgeperioden.

Da sowohl zum 30. Juni 2017 als auch zum 31. Dezember 2016 die Verbindlichkeiten, die dem Level 3 zugeordnet werden, einen Buchwert wie auch einen Fair Value von 0 Mio € haben, wird auf die Angabe in tabellarischer Form verzichtet.

Nicht wiederkehrende Fair-Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten waren in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	30.06.2017		31.12.2016	
	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Beizulegender Zeitwert Mio €
Aktiva				
Barreserve	1.604	1.604	2.291	2.291
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	11.887	11.891	13.108	13.117
Wertpapierpensionsgeschäfte	1.716	1.716	5.832	5.834
Täglich fällige Gelder	9.009	9.009	6.381	6.381
Darlehen	63	64	92	94
Namenschuldverschreibungen	99	101	300	306
Termingelder	1.000	1.001	500	499
Sonstige Forderungen	0	0	3	3
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	100.596	105.486	98.358	102.222
Private Baufinanzierungen	66.529	70.915	65.384	68.890
Bauspardarlehen	2.875	2.875	2.992	2.992
Gewerbliche Kredite	14.412	14.544	13.677	13.717
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.039	5.102	5.205	5.234
Ratenkredite	7.688	7.978	7.438	7.704
Kontokorrentkredite	2.413	2.413	2.085	2.085
Schuldscheindarlehen	1.599	1.618	1.537	1.560
Sonstige Forderungen	41	41	40	40
Risikovorsorge (Loans and Receivables)	-922	-922	-998	-998
Private Baufinanzierungen	-261	-261	-292	-292
Bauspardarlehen	-6	-6	-5	-5
Gewerbliche Kredite	-113	-113	-153	-153
Forderungen an öffentliche Haushalte	-3	-3	-4	-4
Ratenkredite	-388	-388	-389	-389
Kontokorrentkredite	-151	-151	-155	-155
Schuldscheindarlehen	0	0	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	0	0
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	9.902	10.173	12.196	12.573
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.902	10.173	12.196	12.573
Sonstige Aktiva (Loans and Receivables)	156	156	147	147
	123.223	128.388	125.102	129.352
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	12.368	12.729	13.133	13.539
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	118.051	119.507	118.918	120.616
Spareinlagen	37.310	37.310	38.585	38.585
Bauspareinlagen	18.575	18.575	18.809	18.809
Andere Verbindlichkeiten	62.166	63.622	61.524	63.222
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	3.289	3.674	3.339	3.767
Öffentliche Pfandbriefe	56	61	56	62
Hypothekendarlehen	2.336	2.392	2.405	2.467
Sonstige Schuldverschreibungen	897	1.221	878	1.238
Nachrangkapital (Liabilities at amortised cost)	1.963	2.218	2.567	2.598
Hybride Kapitalinstrumente	881	1.019	1.447	1.385
Nachrangige Verbindlichkeiten	897	1.002	909	989
Genusssrechtskapital	163	176	189	202
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	21	21	22	22
Sonstige Passiva (Liabilities at amortised cost)	359	359	318	318
	136.030	138.487	138.275	140.838

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr. Bei diesen wird der Buchwert als Schätzwert des Fair Value verwendet.

(30) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Bei der Abwicklung von Derivaten über einen zentralen Kontrahenten nutzt die Postbank die bestehenden Netting-Möglichkeiten.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Derivate des Handelsbestands	137.449	138.822	343	421	309	408
Hedging-Derivate	23.614	21.785	69	112	31	42
Gesamt	161.063	160.607	412	533	340	450

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate	6.577	5.885	38	53	42	49
Zinsderivate	130.862	132.924	305	368	267	359
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0	0	–	0	–	–
Kreditderivate	10	13	0	0	0	0
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	137.449	138.822	343	421	309	408
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges	23.614	21.785	69	112	31	42
Gesamtbestand Hedging-Derivate	23.614	21.785	69	112	31	42
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	161.063	160.607	412	533	340	450

Die mit den Finanzinstrumenten verbundenen Risiken werden im Abschnitt „Risikobericht“ des Zwischenlageberichts dargestellt.

(31) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die die Aufrechnungsvoraussetzungen des IAS 32.42 ff. erfüllen, sind zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Angaben zum 30. Juni 2017 zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Falle von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Nettobetrag Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute	12.061	-174	11.887	-	-	-1.717	10.170
Handelsaktiva	5.833	-5.443	390	-140	-52	-	198
Hedging-Derivate	925	-856	69	0	-11	-	58
Gesamt	18.819	-6.473	12.346	-140	-63	-1.717	10.426

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Nettobetrag Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.755	0	2.755	-	0	-2.606	149
Handelspassiva	6.208	-5.899	309	-140	-118	-	51
Hedging-Derivate	604	-573	31	0	-12	-	19
Gesamt	9.567	-6.472	3.095	-140	-130	-2.606	219

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der Kriterien des IAS 32.42 ff. aufgerechnet wurden. In der Spalte „Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Netting-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen des IAS 32.42 ff. nicht aufgerechnet wurden. Die Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

Die Aufrechnungen von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos/Repos) sind Gegenstand der Positionen „Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“.

Aufrechnungen aus Derivaten spiegeln sich in den Bilanzpositionen „Handelsaktiva“, „Handelspassiva“ und „Hedging-Derivate“ wider. Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ bzw. „Forderungen an Kreditinstitute“ bilanziert.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2016.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Netto-betrag Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute	17.714	-4.606	13.108	-	-	-5.839	7.269
Handelsaktiva	6.632	-6.157	475	-191	-73	-	211
Hedging-Derivate	1.042	-930	112	-1	-19	-	92
Gesamt	25.388	-11.693	13.695	-192	-92	-5.839	7.572

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Netto-betrag Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.167	-4.020	3.147	-	-	-2.881	266
Handelspassiva	7.271	-6.862	409	-191	-289	-	-71
Hedging-Derivate	853	-811	42	-1	-30	-	11
Gesamt	15.291	-11.693	3.598	-192	-319	-2.881	206

(32) Kapitalmanagement, Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die Postbank erfüllt die am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Anforderungen aus Basel III, wie sie sich aus der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive IV (CRD IV) sowie den begleitenden Verordnungen deutschen Rechts ergeben. Im Jahr 2017 gelten noch zahlreiche Übergangsvorschriften.

Die Ermittlungs- und Steuerungsprozesse der Postbank für die Eigenmittelausstattung sowie die Leverage Ratio entsprechen dem aktuellen Stand von Gesetzen, Verordnungen und Standards der European Banking Authority (EBA). Interne Berechnungen erfolgen dabei stets sowohl für die Ergebnisse bei Anwendung der aktuell gültigen Übergangsvorschriften (regulatory phased-in) wie auch ohne Anwendung dieser erleichternden Übergangsvorschriften (fully phased-in). Die Eigenmittelentwicklungen werden in beiden Sichtweisen überwacht und gesteuert.

Im Jahr 2016 wurden für die Postbank erstmals zusätzliche Kapitalpufferanforderungen schlagend. Diese Kapitalpuffer sind alle durch hartes Kernkapital (CET 1) abzudecken, das, bezogen auf die risikogewichteten Aktiva, zusätzlich zu den bestehenden Mindestanforderungen vorzuhalten ist. Die CRR regelt Übergangsfristen, die eine stufenweise Erhöhung der Kapitalpufferanforderungen im Zeitraum zwischen 2016 und 2019 vorsehen. Die Anforderungen an Kapitalpuffer werden je nach Pufferart direkt durch die CRD IV bzw. das KWG definiert oder aber instituts- bzw. landesspezifisch durch die Aufsicht festgelegt und kommuniziert.

Der Kapitalerhaltungspuffer ist in seiner Höhe bereits durch die CRD IV definiert und wird im Jahr 2017 mit einer Kapitalanforderung von 1,25 % der risikogewichteten Aktiva berücksichtigt. Die maximale Anforderung für den Kapitalerhaltungspuffer wird im Jahr 2019 mit 2,5 % erreicht sein. Die BaFin hat aktuell den antizyklischen Kapitalpuffer für Deutschland auf 0 % festgesetzt. Bezogen auf entsprechende ausländische Exposures, ergibt sich für die Postbank eine gewichtete durchschnittliche antizyklische Kapitalpufferanforderung in Höhe von 0,007 % der RWA. Über diese Kapitalpufferanforderungen hinaus kann die zuständige Aufsichtsbehörde gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) Banken zusätzliche Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die über den gesetzlichen Mindestanforderungen liegen.

Die Postbank erfüllt in diesem Zusammenhang alle an sie gerichteten Mindestkapitalanforderungen inklusive der Kapitalpufferanforderungen.

Die externen, durch die Bankenaufsicht vorgegebenen Eigenmittelanforderungen stellen für die Postbank eine harte Untergrenze im Rahmen der strategischen Steuerung dar. Sie sind in das Risikoappetit-Framework eingebunden. Die entsprechenden Kennzahlen werden sowohl auf der Ebene des Postbank Konzerns als auch auf der Ebene der Einzelinstitute im Konzern ermittelt und gesteuert, die unter den Anwendungsbereich der CRR fallen.

Die Steuerung der Eigenmittelanforderungen ist in den übergreifenden Kapitalsteuerungsprozess eingebunden. Dieser umfasst die regulatorische und die ökonomische Steuerungssicht. Hinsichtlich der ökonomischen Kapitalsteuerung verweisen wir auf unsere Darstellungen in Note 49 „Risikotragfähigkeit, Risikodeckungsmasse und Risikokapital“ im Geschäftsbericht 2016.

Die regulatorische Kapitalsteuerung legt den Fokus auf die Anforderungen an das harte Kernkapital (CET 1) und berücksichtigt darüber hinaus das Kernkapital (Tier 1) und das Gesamtkapital (own funds). Somit werden die Anforderungen der Säule I abgedeckt. Das Kapitalsteuerungskonzept umfasst die folgenden drei Stufen:

1. Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Mindestquoten gemäß CRR/CRD IV bzw. gegebenenfalls gemäß Festsetzung durch die BaFin/EZB.
2. Beobachtung und Einhaltung der intern definierten Schwellenwerte, bei deren Unterschreitung ein Handlungsimpuls im Sinne auszuarbeitender Kapitalsteuerungsmaßnahmen ausgelöst wird. Schwellenwerte wurden für die jeweiligen IST-Kapitalquoten, die im Forecast ermittelten Quoten sowie die Ergebnisse der Stresstests definiert.
3. Anstreben einer durch den Vorstand im Rahmen der Festlegung der Risikostrategie jährlich neu definierten mittelfristigen Zielquote für das CET 1.

Für die Leverage Ratio besteht bisher keine aufsichtsrechtliche Mindestanforderung. Die Bank hat jedoch zur internen Steuerung auch hier Schwellenwerte sowie interne Zielquoten festgelegt. Diese sind über die Risikostrategie in die übergreifende Kapitalsteuerung eingebunden. Der übergreifende Kapitalsteuerungsprozess beinhaltet verschiedene Überwachungs- und Prognoseprozesse für die definierten Kennzahlen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird einmal jährlich eine Vorschau auf die Entwicklung von Eigenmittel- und Verschuldungsquoten über die folgenden drei Jahre auf der Basis von Volumen-, Migrations- und Ergebnisplanungen sowie dezidierter Planungsannahmen aufgestellt. Diese Planung umfasst auch ein Downside-Szenario.

Monatlich werden die aktuellen Quoten für die Eigenmittelausstattung und den Verschuldungsgrad berechnet. Vierteljährlich werden die aktuellen Quoten sowie die Ergebnisse der Stresstestberechnungen im Gesamtbankrisikobericht an den Vorstand und den Aufsichtsrat berichtet.

Die Risikostrategie definiert die entsprechenden internen Schwellenwerte, bei deren Unterschreitung Handlungsimpulse ausgelöst und Handlungsempfehlungen ausgearbeitet werden. Unterjährig erfolgt darüber hinaus ein Forecast der Eigenmittelquoten mit Blick auf das Ende des Geschäftsjahres, um die Notwendigkeit von Steuerungsmaßnahmen zu prüfen.

Zentrales Gremium bei der Überwachung und Steuerung der Kapitalquoten sowie der Leverage Ratio ist das Asset- und Liability Committee. Darin werden Vorschläge für Steuerungsmaßnahmen entwickelt, bewertet und entschieden sowie deren Wirkung überwacht.

Die auf Basis des aktuellen Regelwerks ermittelte Eigenmitteleausstattung gemäß CRR/CRD IV (regular phased-in) stellt sich wie folgt dar:

	30.06.2017 ¹ Mio €	31.12.2016 ² Mio €
Adressrisiken (inklusive CVA)	36.259	36.108
Marktrisikopositionen	89	62
Operationelle Risiken	5.373	5.827
Gesamt-Risikoaktiva	41.721	41.997
regular phased-in:		
Hartes Kernkapital (CET 1)	5.733	5.952
Zusätzliches Kernkapital (AT 1)	139	228
Kernkapital (Tier 1)	5.872	6.180
Ergänzungskapital (Tier 2)	965	1.052
Eigenmittel (own funds)	6.837	7.232
	%	%
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio)	13,7	14,2
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	14,1	14,7
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	16,4	17,2
fully phased-in:		
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio)	12,8	12,4
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	12,8	12,4
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	16,2	15,9

¹Unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns zum 30. Juni 2017

²Die harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio) gemäß Meldung per 31. Dezember 2016 (regular-phased-in, unter Anrechnung des Zwischengewinns zum 30. September 2016) beträgt 13,4%.

Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital und gebildete Rücklagen. Das Ergänzungskapital setzt sich aus längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechtsverbindlichkeiten zusammen.

(33) Risikotragfähigkeit, Risikodeckungsmasse und Risikokapital

Die folgende Tabelle zeigt das genehmigte Risikokapital des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die Risikodeckungsmasse, bezogen auf den 30. Juni 2017, im Vergleich zum 31. Dezember 2016.

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten

Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital	
	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Kreditrisiken	2.700	2.700
Marktrisiken	2.120	2.180
Operationelle Risiken	700	700
Geschäftsrisiken	2.670	2.670
Summe vor Diversifikation	8.190	8.250
Diversifikationseffekte	1.452	1.460
Summe nach Diversifikation	6.738	6.790
Freie Risikodeckungsmasse	3.051	3.128
Risikodeckungsmasse gesamt	9.789	9.918

Weitere Angaben zum Kapitalmanagement werden im Abschnitt „Risikobericht“ des Zwischenlageberichts dargestellt.

(34) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Deutsche Bank AG	1.137	2.288
Sonstige nahestehende Unternehmen	5	4
	1.142	2.292
Forderungen an Kunden		
Sonstige nahestehende Unternehmen	42	42
	42	42
Handelsaktiva		
Deutsche Bank AG	109	125
	109	125
Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	1.020	1.118
	1.020	1.118
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG	87	90
Sonstige nahestehende Unternehmen	9	5
	96	95

Bei den Forderungen an Kreditinstitute handelt es sich im Wesentlichen um Geldmarktgeschäfte mit der Deutschen Bank AG. Der Rückgang der Forderungen an die Deutsche Bank ist im Wesentlichen auf im Vergleich zum Vorjahr reduzierte Wertpapierpensionsgeschäfte zurückzuführen.

Der Rückgang der Handelsaktiva ist im Wesentlichen auf Bewertungseffekte zurückzuführen.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um Anleihen der Deutschen Bank AG.

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	2.819	3.004
	2.819	3.004
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Tochtergesellschaften	3	8
Sonstige nahestehende Unternehmen	2	5
	5	13
Handelsspassiva		
Deutsche Bank AG	221	237
	221	237
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	1	1
	1	1
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	39	35
DB Beteiligungs-Holding GmbH (vormals: DB Finanz-Holding GmbH)	77	9
Sonstige nahestehende Unternehmen	4	1
	120	45

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapierpensionsgeschäfte.

Bei den sonstigen Passiva gegenüber der DB Beteiligungs-Holding GmbH handelt es sich um Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, die in den Gewinnrücklagen erfasst wurden.

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	01.01.– 30.06.2017 Mio €	01.01.– 30.06.2016 ¹ Mio €
Zinserträge		
Deutsche Bank AG	6	7
Sonstige nahestehende Unternehmen	-6	-5
	0	2
Zinsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	2	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	0
	2	2
Provisionserträge		
Deutsche Bank AG	13	15
Sonstige nahestehende Unternehmen	11	15
	24	30
Provisionsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	1	1
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	0
	1	1
Handelsergebnis		
Deutsche Bank AG	12	2
	12	2
Ergebnis aus Finanzanlagen		
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	0
	0	0
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Bank AG	7	14
Tochtergesellschaften	5	5
Sonstige nahestehende Unternehmen	7	6
	19	25
Sonstige Erträge		
Deutsche Bank AG	2	18
Tochtergesellschaften	1	1
Sonstige nahestehende Unternehmen	5	3
	8	22
Sonstige Aufwendungen		
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	0
	0	0

¹Angaben angepasst (siehe Note 2)

Die Zinserträge gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen bestehen im Wesentlichen aus den in Verbindung mit der Vermittlung von Krediten anfallenden Aufwendungen, die in die Effektivverzinsung einbezogen werden. Bisher wurden diese Aufwendungen im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Aus der retrospektiven Betrachtung der Ausweisänderung ergab sich für die Vergleichsperiode eine Reduzierung der Zinserträge und entsprechend auch der Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 6 Mio €.

**(35) Namen der Organmitglieder
Vorstand**

Mitglieder des Vorstands sind:

Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender)	
Marc Heß, Bonn	
Susanne Klöß-Braekler, München	
Philip Laucks, Goldbach	seit 1. Juni 2017
Dr. Ralph Müller, Bonn	
Ralf Stemmer, Königswinter	bis 31. Mai 2017
Hanns-Peter Storr, Bonn	
Lars Stoy, Bonn	seit 1. Juni 2017

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Werner Steinmüller (Vorsitzender) Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Dreieich-Buchsschlag	
Prof. Dr. Edgar Ernst Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn	
Stefanie Heberling Marktgebietsleiterin Privatkunden Ruhrgebiet Mitte Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Wuppertal	
Dr. Tessen von Heydebreck Vorsitzender des Kuratoriums der Deutsche Bank Stiftung, Berlin	
Prof. Dr. Katja Langenbucher-Adolff Professorin für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht und Bankrecht Goethe-Universität Frankfurt am Main, Frankfurt am Main	
Karen Meyer Global HR Business Partner PWCC&AM Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main	
Christiana Riley CFO Corporate & Investment Banking Deutsche Bank AG, Bad Homburg v.d. Höhe	
Karl von Rohr Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Oberursel	
Christian Sewing Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Osnabrück	
Michael Spiegel Global Head of Trade Finance and Cash Management Corporates Deutsche Bank AG, London	

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske (Stv. Vorsitzender) Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin	
Susanne Bleidt Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG, Bell	
Frank Fuß Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Elsdorf	seit 22. März 2017
Timo Heider Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft und Postbank Finanzberatung AG, Emmerthal	
Jens Isselmann Leitender Angestellter Deutsche Postbank AG, Bornheim	
Hans-Jürgen Kummetat Beamter, Köln	bis 22. März 2017
Bernd Rose Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH, Menden (Sauerland)	
Martina Scholze Gewerkschaftssekretärin Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), München	
Eric Stadler Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben	
Gerd Tausendfreund Gewerkschaftssekretär, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau	
Renate Treis Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl	bis 28. Februar 2017
Anna Lisa Trompa Vorsitzende Konzern-Jugend- und Auszubildendenvertretung, Deutsche Postbank AG, Lehrte	seit 22. März 2017

VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der verkürzte Konzernzwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernzwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Bonn, den 2. August 2017

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



Philip Laucks



Dr. Ralph Müller



Hanns-Peter Storr



Lars Stoy

BESCHEINIGUNG NACH PRÜFERISCHER DURCHSICHT

An die Deutsche Postbank AG, Bonn

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, verkürzter Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Postbank AG, Bonn, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2017, die Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den IFRS für Zwischenberichterstattung, wie sie in der EU anzuwenden sind, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind.

Düsseldorf, den 2. August 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Burkhard Eckes
Wirtschaftsprüfer

Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer

REGULATORISCHE ANGABEN

Aufsichtsrechtliche Offenlegung

Seit Dezember 2010 ist die Postbank Teil der Deutsche Bank Institutsgruppe und veröffentlicht seitdem alle für die aufsichtsrechtliche Offenlegung relevanten Informationen im Rahmen der Säule-III-Berichterstattung des Deutsche Bank Konzerns. Gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsbedingungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation – CRR) ist seit 2014 zusätzlich auch auf Ebene wesentlicher Tochtergesellschaften von EU-Mutterinstituten eine aufsichts-

rechtliche Offenlegung erforderlich. Alle folgenden Angaben beziehen sich auf den Postbank Konzern (im Folgenden: Postbank) als Teilkonzern der Deutsche Bank Institutsgruppe.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die von der Postbank gemäß Teil 8 i. V. m. Art. 13 der CRR sowie gemäß den auf der Capital Requirements Directive (CRD) basierenden nationalen Umsetzungen im Kreditwesengesetz (KWG) zu veröffentlichenden Angaben und nennt den Teil des Zwischenberichts bzw. mit Blick auf qualitative Angaben den Teil des Geschäftsberichts 2016, in dem die Veröffentlichung erfolgt:

Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Offenlegungsanforderungen

Säule-III-Offenlegungsthema	Ort im Zwischenbericht bzw. im Geschäftsbericht 2016
Angaben zu Eigenmitteln gemäß Art. 437 CRR und zu Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 438 CRR	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Angaben zum Kapitalpuffer gemäß Art. 440 CRR	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Angaben zu Kreditrisikooanpassungen gemäß Art. 442 CRR und zu Kreditrisikominderungsstechniken gemäß Art. 453 CRR, soweit nicht bereits über die qualitativen Angaben im Konzernlagebericht 2016 (s. u.) abgedeckt	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Rechtliche und organisatorische Struktur sowie Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung (§ 26a KWG)	- Konzernlagebericht 2016, „Geschäfts- und Rahmenbedingungen“ - Konzernrisikobericht 2016, „Organisation des Risikomanagements“ - Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Qualitative Angaben zu Kreditrisikooanpassungen gemäß Art. 442 a) und b) CRR und zu Kreditrisikominderungsstechniken gemäß Art. 453 a) bis e) CRR	- Konzernrisikobericht 2016, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“
Angaben zur Vergütungspolitik (Art. 450 CRR)	- Konzernlagebericht 2016, „Vergütungsbericht“
Angaben zur Verschuldung (Art. 451 CRR)	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“

Angaben zu den aufsichtsrechtlichen Ansätzen

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Risikopositionsklassen gemäß CRR – hat die Postbank per Stichtag 30. Juni 2017 die regulatorische Eigenmittelunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Mortgage)), Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften, Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 17 Solvabilitätsverordnung (SolvV) ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Staaten, Banken, Versicherungen, Firmenkunden sowie Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Mortgage). Für die zweite Jahreshälfte ist auch die Überführung des Ratingsystems für Retail-Dispositions-kredite in den A-IRB-Ansatz geplant.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisikostandardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Dispositions-kredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Portfolios der anderen Tochtergesellschaften der Postbank mit Ausnahme der BHW

Baufinanzierungen und PB Factoring GmbH, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisikostandardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenmittelunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des rating-basierten Ansatzes mittels externer Ratings kalkuliert.

Zum Berichtsstichtag hat der Postbank Konzern keine aufsichtsrechtlich relevante Originatorverbriefung im Bestand.

Für sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen und Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind, ermittelt die Postbank die Eigenmittelunterlegung auf Basis von aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten. Die Postbank hält aktuell keine Beteiligungen, für die die Eigenmittelunterlegung auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten ermittelt wird. Bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene strategische Beteiligungen sind befristet von der IRBA-Eigenmittelunterlegung ausgenommen und werden gemäß Kreditrisikostandardansatz kalkuliert.

Die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für die Marktrisiken erfolgt bei der Postbank nach den aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank den Standardansatz.

Angaben zur regulatorischen Konsolidierung

Der regulatorische Konsolidierungskreis entspricht den bilanziell konsolidierten Unternehmen, wie in Note 3 des Zwischenabschlusses 2017 dargestellt, wobei die folgenden zwei Gesellschaften bilanziell, aber nicht aufsichtsrechtlich konsolidiert werden:

- Postbank Finanzberatung AG,
- Postbank Immobilien GmbH.

Die Postbank besitzt keine Tochtergesellschaften, die aufsichtsrechtlich, aber nicht bilanziell zu konsolidieren sind.

Angaben zum Gesamtportfolio

In den nachstehenden Tabellen sind die Angaben zum Gesamtportfolio mit Durchschnittsbeträgen je Risikopositionsklasse während des Berichtszeitraums sowie aufgeschlüsselt nach Branchen, Regionen und Restlaufzeiten gemäß Art. 442 CRR dargestellt. Die Tabellen stellen jeweils das Kreditvolumen, differenziert nach Risikopositionsklassen, zum Offenlegungstichtag dar. Ausgewiesen sind die Risikopositionswerte (Exposure at Default (EAD) – erwartete Inanspruchnahmen zum

Zeitpunkt eines möglichen Ausfalls) vor Berücksichtigung von Kreditrisikominderung/Substitutionseffekten und nach Anwendung von Kreditrechnungsfaktoren. Derivate werden mit ihren positiven Wiederbeschaffungswerten zusätzlich eines regulatorischen Add-on ausgewiesen. Die Risikopositionsklassen, bei denen die Postbank kein Engagement hält, sind in den Tabellen nicht dargestellt. Dabei handelt es sich um die Risikopositionsklassen „Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung“ sowie „Mit besonders hohen Risiken verbundene Risikopositionen“. Die Risikopositionsklasse „Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen“ wird nicht innerhalb der nachstehenden Tabellen ausgewiesen. Der Gesamtwert der entsprechenden Risikopositionen beträgt zum Berichtstichtag 2.280 Mio € (31. Dezember 2016: 2.912 Mio €). Darüber hinaus liegt der Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei (ZGP) zum Berichtstichtag bei 88 Mio € (31. Dezember 2016: 121 Mio €).

Die folgende Tabelle zeigt die Durchschnittsbeträge der Risikopositionen während des Berichtszeitraums ohne Berücksichtigung der Wirkung der Kreditrisikominderung, differenziert nach Risikopositionsklassen:

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte und Durchschnittsbeträge je Risikopositionsklasse

Risikopositionsklassen	Durchschnittsbeträge		Gesamt	
	01.07.2016 – 30.06.2017 Mio €	01.01.2016 – 31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	214	171	391	169
IRBA Institute	6.472	7.837	5.443	6.124
IRBA Unternehmen	23.553	22.875	24.292	23.323
IRBA Mengengeschäft	83.180	81.298	85.027	83.097
IRBA Beteiligungen	34	106	34	38
IRBA Verbriefungen	182	253	50	55
KSA Staaten und Zentralbanken	17.446	13.603	20.435	17.890
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	8.518	8.886	7.736	8.612
KSA Sonstige öffentliche Stellen	1.696	1.931	1.492	1.633
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	738	836	634	794
KSA Internationale Organisationen	1.282	1.339	1.182	1.292
KSA Institute	1.868	1.948	1.483	2.330
KSA Unternehmen	832	944	807	783
KSA Mengengeschäft	2.126	2.187	2.191	2.199
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	1.210	1.464	1.223	1.194
KSA Ausgefallene Positionen	96	135	82	100
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	–	–	–	–
KSA Verbriefungen	–	75	–	–
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	–	–	–	–
KSA Beteiligungen	230	228	226	233
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–
Gesamt	149.677	146.116	152.728	149.866

Die folgende Tabelle weist die Risikopositionswerte, differenziert nach Risikopositionsklassen und aufgliedert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen bzw. Schuldnergruppen, aus:

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Branchen bzw. Schuldnergruppen

Risikopositionsklassen	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	-	-	-	-	391	169	-	-	-	-	-	-	-	-	391	169
IRBA Institute	-	-	5.443	5.968	0	126	-	30	0	0	-	-	0	0	5.443	6.124
IRBA Unternehmen	284	288	2.004	2.135	0	0	8.320	7.741	7.170	7.058	4.698	4.443	1.816	1.658	24.292	23.323
IRBA Mengengeschäft	85.027	83.097	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	85.027	83.097
IRBA Beteiligungen	-	-	28	29	-	-	-	-	1	9	-	-	5	0	34	38
IRBA Verbriefungen	-	-	50	55	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	50	55
KSA Staaten und Zentralbanken	-	-	9.226	6.282	10.791	11.190	-	-	418	418	-	-	-	-	20.435	17.890
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	-	-	-	-	7.721	8.596	15	16	0	0	-	-	-	-	7.736	8.612
KSA Sonstige öffentliche Stellen	-	-	1.179	1.317	241	231	-	-	42	49	-	-	30	36	1.492	1.633
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	634	794	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	634	794
KSA Internationale Organisationen	-	-	681	787	501	505	-	-	-	-	-	-	-	-	1.182	1.292
KSA Institute	-	-	1.483	2.330	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.483	2.330
KSA Unternehmen	3	3	41	51	-	-	195	166	300	321	176	149	92	93	807	783
KSA Mengengeschäft	2.191	2.199	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.191	2.199
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	1.174	1.144	0	0	-	-	45	45	2	3	0	0	2	2	1.223	1.194
KSA Ausgefallene Positionen	49	58	0	0	0	0	7	14	18	19	0	0	8	9	82	100
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Verbriefungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Beteiligungen	-	-	221	223	-	-	-	-	0	5	-	-	5	5	226	233
KSA Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	88.728	86.789	20.990	19.971	19.645	20.817	8.582	8.012	7.951	7.882	4.874	4.592	1.958	1.803	152.728	149.866

Von den ausgewiesenen Werten entfallen nachstehende Risikopositionswerte auf Engagements mit kleinen und mittleren Unternehmen (im Folgenden: KMU):

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Branchen bzw. Schuldnergruppen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Risikopositionsklassen	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
IRBA Mengengeschäft	400	342	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	400	342
IRBA Unternehmen	0	0	17	22	-	-	-	-	616	610	288	332	73	120	994	1.084
KSA Unternehmen	-	-	8	17	-	-	4	4	26	24	24	40	20	23	82	108
KSA Mengengeschäft	50	47	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	50	47
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	-	-	-	-	-	-	6	7	0	0	-	-	-	-	6	7
Gesamt	450	389	25	39	-	-	10	11	642	634	312	372	93	143	1.532	1.588

Die nachstehende Tabelle weist die Risikopositionen, differenziert nach Risikopositionsklassen und aufgedgliedert nach den für die Postbank wesentlichen geografischen Geschäftsgebieten, aus. Die Zuordnung erfolgt nach dem juristischen Sitzland des Kreditnehmers.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach geografischen Gebieten

Risikopositionsklassen	Deutschland		Westeuropa		Nordamerika		Sonstige Regionen		Gesamt	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	125	-	236	138	-	-	30	31	391	169
IRBA Institute	3.668	3.986	1.713	1.995	57	138	5	5	5.443	6.124
IRBA Unternehmen	15.058	14.857	8.185	7.432	496	537	553	497	24.292	23.323
IRBA Mengengeschäft	83.157	81.090	1.789	1.935	23	22	58	50	85.027	83.097
IRBA Beteiligungen	34	23	-	-	-	15	-	-	34	38
IRBA Verbriefungen	-	-	50	55	-	-	-	-	50	55
KSA Staaten und Zentralbanken	10.464	7.548	9.857	10.225	-	-	114	117	20.435	17.890
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	7.736	8.612	-	-	-	-	-	-	7.736	8.612
KSA Sonstige öffentliche Stellen	1.425	1.565	67	68	-	-	-	-	1.492	1.633
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	634	794	-	-	-	-	634	794
KSA Internationale Organisationen	-	-	1.182	1.292	-	-	-	-	1.182	1.292
KSA Institute	376	1.266	1.106	1.062	1	2	-	-	1.483	2.330
KSA Unternehmen	660	678	65	48	0	0	82	57	807	783
KSA Mengengeschäft	2.117	2.127	71	69	1	1	2	2	2.191	2.199
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	178	183	1.045	1.010	0	0	0	1	1.223	1.194
KSA Ausgefallene Positionen	70	85	12	15	0	0	0	0	82	100
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Verbriefungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Beteiligungen	226	228	0	5	-	-	-	-	226	233
KSA Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	125.294	122.248	26.012	26.143	578	715	844	760	152.728	149.866

Die aufsichtlichen Risikopositionswerte, differenziert nach Risikopositionsklassen und den für die Postbank wesentlichen Restlaufzeitbändern, werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Girokonten, Avale und Geschäfte in Abwicklung sind grundsätzlich dem Restlaufzeitband „unter ein Jahr“ zugeordnet. Das im Laufzeitband „über fünf Jahre“ ausgewiesene Volumen ist zum Großteil geprägt durch längerfristige Anleihen sowie private Baufinanzierungen und gewerbliche Finanzierungen.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Restlaufzeiten

Risikopositionsklassen	< 1 Jahr		1–5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	27	7	105	83	259	79	391	169
IRBA Institute	1.090	1.458	2.555	2.773	1.798	1.893	5.443	6.124
IRBA Unternehmen	4.990	4.742	7.904	7.637	11.398	10.944	24.292	23.323
IRBA Mengengeschäft	3.663	3.902	6.477	6.620	74.887	72.575	85.027	83.097
IRBA Beteiligungen	–	–	–	–	34	38	34	38
IRBA Verbriefungen	50	55	–	–	–	–	50	55
KSA Staaten und Zentralbanken	12.721	8.111	5.155	7.332	2.559	2.447	20.435	17.890
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1.128	1.438	3.600	3.710	3.008	3.464	7.736	8.612
KSA Sonstige öffentliche Stellen	354	233	829	1.052	309	348	1.492	1.633
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	38	175	522	544	74	75	634	794
KSA Internationale Organisationen	370	219	464	682	348	391	1.182	1.292
KSA Institute	44	916	–	–	1.439	1.414	1.483	2.330
KSA Unternehmen	135	74	313	324	359	385	807	783
KSA Mengengeschäft	1.017	978	359	373	815	848	2.191	2.199
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	501	541	134	169	588	484	1.223	1.194
KSA Ausgefallene Positionen	82	100	–	–	–	–	82	100
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Verbriefungen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Beteiligungen	–	–	–	–	226	233	226	233
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	26.210	22.949	28.417	31.299	98.101	95.618	152.728	149.866

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikopositionswerte für die gemäß Art. 153 Abs. 5 CRR kalkulierten Spezialfinanzierungen, aufgeteilt nach Risikogewichtsklassen. Dabei handelt es sich um gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Kredite an Bauträger, Betreibermodelle, Geschäfte im Bereich Immobilienleasing sowie Kredite im privaten Wohnungsbau für Objekte mit mehr als zehn Wohneinheiten.

Risikopositionswerte für IRBA-Spezialfinanzierungen

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Risikogewichtskategorie 1 (stark)	1.020	1.088
Risikogewichtskategorie 2 (gut)	371	401
Risikogewichtskategorie 3 (befriedigend)	55	81
Risikogewichtskategorie 4 (schwach)	17	37
Risikogewichtskategorie 5 (ausgefallen)	41	29
Gesamt	1.504	1.636

Die folgende Tabelle weist die Risikopositionswerte für Beteiligungen aus, die mit einfachem Risikogewicht gemäß Art. 155 Abs. 2 CRR kalkuliert werden. Neben diesen Beteiligungswerten hält die Postbank zum Berichtsstichtag weitere Risikopositionswerte in Höhe von 226 Mio € (31. Dezember 2016: 233 Mio €), die sich auf bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene – befristet vom IRBA ausgenommene – Beteiligungen beziehen, denen auf Basis der Ausnahmeregelung gemäß Art. 495 Abs. 1 CRR in Verbindung mit Art. 17 SolvV (sogenanntes „Grandfathering“) ein aufsichtliches Risikogewicht in Höhe von 100 % zugewiesen wird.

Risikopositionswerte für IRBA-Beteiligungen nach einfacher Risikogewichtsmethode

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Positionen aus privatem Beteiligungskapital in ausreichend diversifizierten Portfolios (Risikogewicht 190 %)	–	–
Börsengehandelte Beteiligungspositionen (Risikogewicht 290 %)	–	–
Sonstige Beteiligungspositionen (Risikogewicht 370 %)	34	38
Gesamt	34	38

Angaben zu Kreditrisikominderungstechniken

Die beiden nachstehenden Tabellen zeigen die besicherten IRBA- bzw. KSA-Risikopositionswerte. Die zugehörigen qualitativen Angaben gemäß Art. 453 CRR sind im Konzernlagebericht 2016 im Abschnitt „Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken“ des Kapitels „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ enthalten.

Besicherte Risikopositionswerte in den internen Ratingansätzen

Risikopositionsklassen	Gesamter Risikopositionswert		Finanzielle Sicherheiten		Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate		Sonstige Sicherheiten		Gesamter besicherter Risikopositionswert	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	391	169	–	–	–	–	–	–	–	–
IRBA Institute	5.443	6.124	–	–	0	0	–	–	0	0
IRBA Unternehmen	24.292	23.323	–	–	550	630	6.611	6.233	7.160	6.863
IRBA Mengengeschäft	85.027	83.097	–	–	35	25	70.749	69.278	70.784	69.303
IRBA Beteiligungen	34	38	–	–	–	–	–	–	–	–
IRBA Verbriefungen	50	55	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	115.237	112.806	–	–	585	655	77.359	75.511	77.944	76.166

Im Kreditrisikostandardansatz können finanzielle Sicherheiten sowie in begrenztem Umfang Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate angerechnet werden. Die nachstehende Tabelle weist keine Grundpfandrechtl. Sicherheiten aus, da im Standardansatz durch Immobilien besicherten Positionen ein bevorzugtes Risikogewicht zugewiesen wird.

Besicherte Risikopositionswerte im Kreditrisikostandardansatz

Risikopositionsklassen	Gesamter Risikopositionswert		Finanzielle Sicherheiten		Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate		Gesamter besicherter Risikopositionswert	
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
KSA Staaten und Zentralbanken	20.435	17.890	–	–	–	–	–	–
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	7.736	8.612	–	–	–	–	–	–
KSA Sonstige öffentliche Stellen	1.492	1.633	–	–	–	–	–	–
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	634	794	–	–	–	–	–	–
KSA Internationale Organisationen	1.182	1.292	–	–	–	–	–	–
KSA Institute	1.483	2.330	–	–	–	–	–	–
KSA Unternehmen	807	783	–	–	31	33	31	33
KSA Mengengeschäft	2.191	2.199	–	–	–	–	–	–
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	1.223	1.194	–	–	–	–	–	–
KSA Ausgefallene Positionen	82	100	–	–	–	–	–	–
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Verbriefungen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Beteiligungen	226	233	–	–	–	–	–	–
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	37.491	37.060	–	–	31	33	31	33

Angaben zur Risikovorsorge

Die in den nachstehenden Tabellen ausgewiesenen Risikovorsorgebeträge beziehen sich auf das gesamte Portfolio der Postbank Gruppe, d. h., sie umfassen die Portfolios der IRB-Ansätze und des KSA-Ansatzes. Die zugehörigen qualitativen Angaben gemäß Art. 442 (a) und (b) CRR sind in den Abschnitten „Überfällige und notleidende Engagements“ sowie „Kreditrisikovorsorge“ des Kapitels „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ des Konzernrisikoberichts 2016 enthalten.

Die gebildete Risikovorsorge bezieht sich auf Forderungen gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und nicht konsolidierten Anteilen an Tochterunternehmen werden im Folgenden nicht ausgewiesen, sondern fließen in das Finanzanlageergebnis ein (siehe Note 8 des Anhangs im Zwischenabschluss 2017).

In der nachfolgenden Tabelle werden die Positionswerte notleidender und überfälliger Kredite sowie die Stichtagsbestände der Einzelwertberichtigungen, der Portfoliowertberichtigungen und der Rückstellungen bzw. deren jeweilige Veränderungen (einschließlich Direktabschreibungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen) im ersten Halbjahr 2017 sowie des Vorjahres ausgewiesen, jeweils bezogen auf die für die Postbank wesentlichen Branchen. Die ausgewiesenen Nettoaufwendungen ergeben sich als Differenz zwischen Zuführungen und Auflösungen der Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen. Die Rückstellungen beziehen sich im Wesentlichen auf offene Zusagen und Avale.

Insgesamt spiegelt sich auch in der Darstellung der Risikovorsorge – aufgliedert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen und Schuldnergruppen – die Fokussierung der Postbank auf das Retail-Geschäft wider. Die Positionswerte notleidender Engagements umfassen auch die aufgrund der Ausfallvererbung als notleidend gekennzeichneten Forderungen eines Kunden.

Risikovorsorge, aufgliedert nach Branchen und Schuldnergruppen

		Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
		30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €
Positionswerte	Notleidende Engagements	1.688	1.732	49	54	7	7	226	201	80	88	88	90	36	35	2.174	2.207
	Überfällige Engagements	129	134	0	0	-	-	0	4	0	2	0	3	0	0	129	143
Bestände	Einzelwertberichtigungen	565	593	-	-	3	4	46	79	34	35	54	56	32	31	734	798
	Portfoliowertberichtigungen	168	174	-	-	-	-	7	11	-	-	10	12	3	3	188	200
	Rückstellungen	11	14	-	-	-	-	9	15	-	-	9	16	-	-	29	45
Aufwendungen der Periode	Einzelwertberichtigungen	71	162	-	-	-	-	-32	-5	-	7	-4	-	2	11	37	175
	Portfoliowertberichtigungen	-6	-5	-	-	-	-	-4	5	-	-	-3	2	-	-	-13	2
	Rückstellungen	-2	-8	-	-	-	-	-6	9	-	-	-5	5	-	-	-13	6

Analog zeigt die folgende Übersicht eine Aufgliederung der Risikovorsorge nach den für die Postbank bedeutenden geografischen Regionen/Gebieten. In dieser Tabelle werden in Übereinstimmung mit der CRR keine Veränderungen der Bestände an Risikovorsorge ausgewiesen. Die Verteilung der Risikovorsorge entspricht der Verteilung der Positionswerte in den zugrunde liegenden Kreditportfolios.

Risikovorsorge, aufgliedert nach geografischen Gebieten

		Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
		30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Positionswerte	Notleidende Engagements	1.760	1.813	403	382	11	12	2.174	2.207
	Überfällige Engagements	122	137	7	6	0	0	129	143
Bestände	Einzelwertberichtigungen	673	695	61	103	–	–	734	798
	Portfoliowertberichtigungen	184	196	4	4	–	–	188	200
	Rückstellungen	29	45	–	–	–	–	29	45

Hinsichtlich der Änderungen der Risikovorsorge im Laufe des ersten Halbjahres 2017 und der Angaben gemäß Art. 442 i) CRR wird auf Note 5 des Anhangs im Zwischenabschluss 2017 verwiesen.

Eigenmittelzusammensetzung und Eigenmittelüberleitung

Die Eigenmittel der Postbank werden auf Basis des IFRS-Konzernabschlusses sowie unter Berücksichtigung der Vorgaben der CRR und der SolvV ermittelt. Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Institutsgruppe gemäß Art. 11 ff. CRR bzw. gemäß KWG und dient der Offenlegung der Eigenmittelelemente während der Übergangszeit gemäß Art. 492 Abs. 3 CRR bzw. Art. 437 Abs. 1 d) und e) und der Abstimmung der Eigenmittelbestandteile mit den Bilanzpositionen gemäß Art. 437 Abs. 1 a) CRR.

Die nachstehende Tabelle zeigt zunächst die Werte der IFRS-Konzernbilanz auf Basis des handelsrechtlichen Konsolidierungskreises und in der darauffolgenden Spalte die Werte der sogenannten regulatorischen Bilanz auf Basis des regulatorischen Konsolidierungskreises. Im Gegensatz zur IFRS-Konzernbilanz werden in der regulatorischen Bilanz die Tochtergesellschaften Postbank Finanzberatung AG und Postbank Immobilien GmbH nicht konsolidiert. Die Delta-Spalte zeigt die Differenz zwischen den Werten der IFRS-Konzernbilanz und denen der regulatorischen Bilanz. Die Referenzen in der letzten Spalte verweisen auf die nachfolgenden Tabellen zur Darstellung der Eigenmittelzusammensetzung. Zur Abstimmung der für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen mit den regulatorischen Eigenmittelbestandteilen werden die Referenzen am Ende dieses Abschnitts im Anschluss an die Tabelle „Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen“ erläutert.

Darstellung der Bilanz gemäß handelsrechtlichem und regulatorischem Konsolidierungskreis

	IFRS-Bilanz		Regulatorische Bilanz		Delta		Referenz
	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	30.06. 2017 Mio €	31.12. 2016 Mio €	
Aktiva							
Barreserve	1.604	2.291	1.604	2.291	0	0	
Forderungen an Kreditinstitute	11.887	13.108	11.887	13.108	0	0	
Forderungen an Kunden	103.799	102.003	103.792	101.996	-8	-7	
Risikovorsorge	-922	-998	-922	-998	-	-	
Handelsaktiva	390	475	390	475	-	-	
Hedging-Derivate	69	112	69	112	-	-	
Finanzanlagen	24.504	26.767	24.712	26.975	207	208	
Immaterielle Vermögenswerte	1.984	1.963	1.555	1.534	-429	-429	f
Goodwill	1.581	1.581	1.152	1.152	-429	-429	
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	403	382	403	382	0	0	
Sachanlagen	709	699	707	698	-1	-1	
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	110	144	110	143	0	-1	
Latente Ertragsteueransprüche	186	198	161	171	-25	-27	
Sonstige Aktiva	495	388	483	379	-12	-9	
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	14	47	14	47	-	-	
Summe der Aktiva	144.829	147.197	144.562	146.931	-266	-266	
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.368	13.133	12.368	13.133	-	-	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	118.051	118.918	118.138	119.002	87	84	
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.289	3.339	3.289	3.339	-	-	
Handelspassiva	309	409	309	409	-	-	
Hedging-Derivate	31	42	31	42	-	-	
Rückstellungen	800	907	752	858	-48	-49	
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	80	98	77	97	-3	-1	
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	4	17	4	17	0	0	
Sonstige Passiva	565	541	525	496	-40	-45	
Nachrangkapital	1.963	2.567	1.963	2.567	-	-	g
Eigenkapital	7.369	7.226	7.106	6.971	-263	-255	
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	547	547	-	-	a
b) Kapitalrücklage	2.191	2.191	2.191	2.191	-	-	b
c) Andere Rücklagen	4.330	4.171	4.075	3.922	-255	-249	
Gewinnrücklagen	4.621	4.381	4.345	4.110	-276	-271	c
AOI	-291	-210	-270	-189	21	21	d
d) Konzerngewinn	301	317	293	311	-8	-6	e
Summe der Passiva	144.829	147.197	144.562	146.931	-266	-266	

Die regulatorischen Eigenmittel werden in die drei Kapitalklassen hartes Kernkapital, zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital unterteilt. Gemäß den Übergangsregelungen der CRR werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen regulatorischen Anpassungen sukzessive eingeführt werden.

Die nachstehende Tabelle informiert gemäß Art. 492 Abs. 3 bzw. Art. 437 Abs. 1 d) und e) CRR über die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals sowie über die Korrekturposten, Abzüge und Beschränkungen. Die Tabelle basiert auf dem „Muster für die Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit“ des Anhangs VI der Durchführungsverordnung Nr. 1423/2013 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Offenlegungspflichten der Institute in Bezug auf Eigenmittel gemäß CRR (CRR-DVO). Die Spalte „Betrag der Eigenmittelposition“ enthält dabei den Betrag, der die Grundlage für die Berechnung der

Eigenmittel der Postbank zum Berichtsstichtag bzw. zum Vorjahresresultimo bildet. Die Spalte „CRR-Verweis“ gibt die anwendbaren Vorschriften aus der CRR an. Die darauffolgende Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen. Die letzte Spalte enthält die Referenzen zu den für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen.

Die nachfolgenden Angaben zum 30. Juni 2017 werden unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns ausgewiesen; in den Vergleichswerten aus der Meldung zum 31. Dezember 2016 ist der Zwischen Gewinn zum 30. September 2016 berücksichtigt worden.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen

Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €		
Hartes Kernkapital (CET1): Instrumente und Rücklagen							
1	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.738	2.738			a+b	26 (1), 27, 28, 29
	davon: Gezeichnetes Kapital	547	547			a	
	davon: Kapitalrücklage	2.191	2.191			b	
2	Einbehaltene Gewinne	4.324	3.980			c	26 (1) (c)
3	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realisierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	-270	-71			d	26 (1)
3a	Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-				26 (1) (f)
4	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (3) CRR zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das harte Kernkapital ausläuft	-	-				486 (2)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	-				483 (2)
5	Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem harten Kernkapital)	-	-	-	-		84, 479, 480
5a	Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	293	174			e	26 (2)
6	Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	7.085	6.821				
Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen							
7	Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-46	-71				34, 105
8	Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuerschulden) (negativer Betrag)	-1.194	-888	-298	-592	f	36 (1) (b), 37, 472 (4)
10	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-3	-18	-1	-12		36 (1) (c), 38, 472 (5)
11	Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-	-				33 (a)
12	Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-161	-156	-40	-104		36 (1) (d), 40, 159, 472 (6)
13	Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt (negativer Betrag)	-	-				32 (1)
14	Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten ²	-2	-3	0	-2		33 (b)
15	Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (e), 41, 472 (7)
16	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (f), 42, 472 (8)
17	Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (g), 44, 472 (9)
18	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspostitionen) (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (h), 43, 45, 46, 49 (2) (3), 79, 472 (10)
19	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspostitionen) (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (i), 43, 45, 47, 48 (1) (b), 49 (1) bis (3), 79, 470, 472 (11)
20a	Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250 % zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-	-				36 (1) (k)
20b	davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (i), 89 bis 91
20c	davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (ii), 243 (1) (b), 244 (1) (b), 258
20d	davon: Vorleistungen (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (iii), 379 (3)
21	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)
22	Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	-	-	-	-		48 (1)
23	davon: direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-	-	-	-		36 (1) (i), 48 (1) (b), 470, 472 (11)
25	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	-	-	-	-		36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Darin enthalten sind auch gemäß Art. 33 c) CRR Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko der Postbank resultieren.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen

Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €		
Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen							
25a	Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	–	–71	–	–47		36 (1) (a), 472 (3)
25b	Vorhersehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	–	–				36 (1) (l)
26	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	–	–				
26a	Regulatorische Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468	54	28				
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne aus Risikopositionen gegenüber Staaten der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ des von der EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards IAS 39	–	–				
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für andere nicht realisierte Gewinne aus Eigenkapital- und Schuldinstrumenten	–	–				
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste aus Risikopositionen gegenüber Staaten der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ des von der EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards IAS 39	–	–			467	
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für andere nicht realisierte Verluste aus Eigenkapital- und Schuldinstrumenten	54	28				468
26b	Vom harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	–	–				481
27	Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	–	–				36 (1) (j)
28	Gesamte regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1)	–1.352	–1.179				
29	Hartes Kernkapital (CET1)	5.733	5.642				
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente							
30	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	–	–				51, 52
31	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	–	–				
32	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	–	–				
33	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das zusätzliche Kernkapital ausläuft	457	853			g	486 (3)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	–	–				483 (3)
34	Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	–	–				85, 86, 480
35	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	–	–				486 (3)
36	Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen	457	853			g	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen							
37	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	–	–				52 (1) (b), 56 (a), 57, 475 (2)
38	Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	–	–				56 (b), 58, 475 (3)
39	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	–	–				56 (c), 59, 60, 79, 475 (4)
40	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	–	–				56 (d), 59, 79, 475 (4)
41	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	–318	–644				
41a	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	–318	–644				472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)
	davon: immaterielle Vermögensgegenstände	–298	–592				
	davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	–20	–52				
	davon: eigene Instrumente	–	–				
41b	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	–	–				477, 477 (3), 477 (4) (a)
41c	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	–	–				467, 468, 481

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen

Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €		
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen							
42	Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	-	-				56 (e)
43	Gesamte regulatorische Anpassungen am zusätzlichen Kernkapital (AT1)	-318	-644				
44	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	139	209				
45	Kernkapital insgesamt (T1 = CET1 + AT1)	5.872	5.851				
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen							
46	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	499	563 ²			g	62, 63
47	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das Ergänzungskapital ausläuft	2	125			g	486 (4)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	-				483 (4)
48	Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	484	402 ²		-16	g	87, 88, 480
49	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	-	-				486 (4)
50	Kreditrisikoanpassungen	-	-				62 (c) und (d)
51	Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	985	1.090			g	
Ergänzungskapital (T2): Regulatorische Anpassungen							
52	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	-	-				63 (b) (i), 66 (a), 67, 477 (2)
53	Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	-				66 (b), 68, 477 (3)
54	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-				66 (c), 69, 70, 79, 477 (4)
54a	davon: neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	-	-				
54b	davon: Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	-	-				
55	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-				66 (d), 69, 79, 477 (4)
56	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	-20	-52				
56a	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-20	-52				472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)
	davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-20	-52				
56b	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-				475, 475 (2) (a), 475 (3), 475 (4) (a)
56c	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	-				467, 468, 481
57	Gesamte regulatorische Anpassungen am Ergänzungskapital (T2)	-20	-52				
58	Ergänzungskapital (T2)	965	1.038				
59	Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	6.837	6.889				
Risikogewichtete Aktiva							
59a	Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	617	616				
	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, resultierend aus temporären Differenzen	617	616				472, 472 (5), 472 (8) (b), 472 (10) (b), 472 (11) (b)
	davon: Instrumente des harten Kernkapitals relevanter Entitäten, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	0				475, 475 (2) (b), 475 (2) (c), 475 (4) (b)
60	Risikogewichtete Aktiva insgesamt	41.721	41.997				

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Ausweis angepasst. Der Ausweis der Trust Preferred Securities der Deutsche Postbank Funding Trusts I-III im Ergänzungskapital erfolgte vor dem 30.06.2017 in der Position 46.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen

Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €		
Eigenkapitalquoten und -puffer							
61	Harte Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	13,74 %	13,43 %				92 (2) (a), 465
62	Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	14,07 %	13,93 %				92 (2) (b), 465
63	Gesamtkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	16,39 %	16,40 %				92 (2) (c)
64	Institutsspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 1 Buchstabe a, zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute (G-SRI oder A-SRI), ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	8,26 %	5,13 %				CRD 128, 129, 130
65	davon: Kapitalerhaltungspuffer	1,25 %	0,63 %				
66	davon: antizyklischer Kapitalpuffer	0,01 %	0,00 %				
67	davon: Systemrisikopuffer	–	–				
67a	davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI)	–	–				CRD 131
68	Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	5,57 %	7,93 %				CRD 128
Abzüge vom harten Kernkapital							
72	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	33	32				36 (1) (h), 45, 46, 472 (10), 56 (c), 59, 60, 475 (4), 66 (c), 69, 70, 477 (4)
73	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0	0				36 (1) (i), 45, 48, 470, 472 (11)
75	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind)	247	246				36 (1) (c), 38, 48, 470, 472 (5)
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital							
76	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	–	–				62
77	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	41	41				62
78	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	–	–				62
79	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	196	195				62
Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten (anwendbar nur vom 1. Januar 2013 bis zum 1. Januar 2022)							
80	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des harten Kernkapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	–	–				484 (3), 486 (2) und (5)
81	Wegen Obergrenze aus hartem Kernkapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	–	–				484 (3), 486 (2) und (5)
82	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	457	853				484 (4), 486 (3) und (5)
83	Wegen Obergrenze aus zusätzlichem Kernkapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	10	214				484 (4), 486 (3) und (5)
84	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des Ergänzungskapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	2	125				484 (5), 486 (4) und (5)
85	Wegen Obergrenze aus Ergänzungskapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	9	88				484 (5), 486 (4) und (5)

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

Das harte Kernkapital (Zeile 29) besteht aus dem gezeichneten Kapital und der Kapitalrücklage (Zeile 1), den Gewinnrücklagen (Zeile 2), sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen (Zeile 3) sowie dem Konzerngewinn (Zeile 5a) und berücksichtigt die in den Zeilen 7 bis 27 aufgeführten regulatorischen Anpassungen.

Das zusätzliche Kernkapital besteht aus Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter und den Trust Preferred Securities der Funding Trusts I-III (Zeile 33). Die Anrechnung dieser Instrumente auf das zusätzliche Kernkapital unterliegt den Übergangsregelungen des Art. 486 Abs. 3 CRR. Die Anrechnung der Trust Preferred Securities der Funding Trusts I-III läuft gemäß dieser Regelung bis zum 31. Dezember 2021 aus. Die Anrechnung der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter endet aufgrund des Fälligkeitstermins bereits zum 31. Dezember 2018. Nach Berücksichtigung der regulatorischen Anpassungen in den Zeilen 37 bis 42 wird das zusätzliche Kernkapital in Zeile 44 ausgewiesen.

Das Ergänzungskapital (Zeile 58) umfasst Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten (Zeile 46). Die Anrechnung der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter auf das Ergänzungskapital unterliegt den Übergangsregelungen des Art. 486 Abs. 4 CRR (Zeile 47). Zum Ergänzungskapital zählen auch anteilig die Trust Preferred Securities der Funding Trusts I-III, soweit diese nicht im Rahmen der Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2021 dem zusätzlichen Kernkapital zuzurechnen sind, und Eigenmittelinstrumente, die vom Tochterunternehmen BHW Bausparkasse AG begeben worden sind (Zeile 48). Die regulatorischen Anpassungen, die in den Zeilen 52 bis 56c aufgeführt werden, sind ebenfalls Bestandteile des Ergänzungskapitals. Die regulatorischen Anpassungen bestanden dabei zum Berichtsstichtag analog zum Vorjahresresultato ausschließlich aus Abzugspositionen, welche aus den Übergangsbestimmungen (Zeile 56) resultieren.

Zu den einzelnen Referenzen werden folgende zusätzliche Erläuterungen gegeben:

- (a+b) Die harten Kernkapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio in Höhe von 2.738 Mio € (31. Dezember 2016: 2.738 Mio €) entsprechen dem Gezeichneten Kapital in Höhe von 547 Mio € (31. Dezember 2016: 547 Mio €) zuzüglich der Kapitalrücklage in Höhe von 2.191 Mio € (31. Dezember 2016: 2.191 Mio €).
- (c) Die Differenz zwischen den einbehaltenen Gewinnen in Höhe von 4.324 Mio € (31. Dezember 2016: 3.980 Mio €) und den Gewinnrücklagen von 4.345 Mio € (31. Dezember 2016: 4.110 Mio €) ergibt sich aus der Abzugspflicht des Fonds zur baupartechnischen Absicherung in Höhe von +21 Mio € (31. Dezember 2016: +21 Mio €).
- (d) Das kumulierte sonstige Ergebnis in Höhe von –270 Mio € (31. Dezember 2016: –71 Mio €) entspricht dem in der regulatorischen Bilanz ausgewiesenen Wert in Höhe von –270 Mio € (31. Dezember 2016: –189 Mio €).
- (e) Der Konzerngewinn per 30. Juni 2017 in Höhe von 293 Mio € wurde unter Berücksichtigung der beantragten Anrechnung des Zwischengewinns in der Meldung angerechnet (per 31. Dezember 2016 war der Zwischengewinn per 30. September 2016 in Höhe von 174 Mio € in der Meldung angerechnet worden).
- (f) Der Unterschied im Ausweis der immateriellen Vermögenswerte zwischen der Eigenmittelübersicht in Höhe von 1.492 Mio € (31. Dezember 2016: 1.480 Mio €) und dem Buchwert in der regulatorischen Bilanz in Höhe von 1.555 Mio € (31. Dezember 2016: 1.534 Mio €) resultiert aus der Berücksichtigung latenter Steuerverbindlichkeiten in Höhe von +63 Mio € (31. Dezember 2016: +64 Mio €).
- (g) Von dem bilanziellen Nachrangkapital in Höhe von 1.963 Mio € (31. Dezember 2016: 2.567 Mio €) sind vor Abzugspositionen insgesamt 1.442 Mio € in den Eigenmitteln anrechenbar, davon entfallen 457 Mio € (31. Dezember 2016: 853 Mio €) auf das zusätzliche Kernkapital und 985 Mio € (31. Dezember 2016: 1.090 Mio €) auf das Ergänzungskapital.

Das regulatorisch anrechenbare Ergänzungskapital in Höhe von 985 Mio € (31. Dezember 2016: 1.090 Mio €) setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 499 Mio € (31. Dezember 2016: 563 Mio €) anrechenbare Ergänzungskapitalinstrumente der Deutschen Postbank AG (Amortisation in den letzten fünf Jahren ihrer Laufzeit) (siehe Zeile 46),
- 447 Mio € (31. Dezember 2016: 479 Mio €) im Rahmen der Übergangsregelung im Ergänzungskapital anrechenbarer Betrag der Trust Preferred Securities der Deutsche Postbank Funding Trusts I-III (siehe Zeile 47 und 48),
- 2 Mio € (31. Dezember 2016: 2 Mio €) im Rahmen der Übergangsregelung im Ergänzungskapital anrechenbarer Betrag der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter der Deutschen Postbank AG (Zeile 47),
- 37 Mio € (31. Dezember 2016: 47 Mio €) zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende Instrumente der BHW Bausparkasse AG (siehe Zeile 48).

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Seit 2015 beläuft sich die geltende Mindestanforderung an das harte Kernkapital auf 4,5 % der risikogewichteten Aktiva (RWA). Um die vollständige Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8 % zu erfüllen, kann auf bis zu 1,5 % zusätzliches Kernkapital und bis zu 2 % Ergänzungskapital zurückgegriffen werden. Zusätzlich zu diesen Mindestkapitalanforderungen müssen Institute die folgenden Kapitalpuffer in Form von hartem Kernkapital vorhalten: Der Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10c KWG wird sich 2019 auf 2,5 % der risikogewichteten Aktiva belaufen und wurde im Rahmen der Übergangsphase für den Berichtszeitraum auf 1,25 % der risikogewichteten Aktiva festgesetzt. Die institutsspezifische antizyklische Kapitalpuffer-Quote gemäß § 10d KWG berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpuffer-Quoten jener Länder, in denen die Postbank relevante kreditbezogene Positionswerte verzeichnet. Auch hier ist ein Übergangszeitraum von 2016 bis 2019 vorgesehen. Per 30. Juni 2017 beläuft sich die antizyklische Kapitalpuffer-Quote für die Postbank auf 0,007 %.

Die Höhe des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Höhe des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers

		010	010
		30.06.2017	31.12.2016
010	Gesamtforderungsbetrag	41.721 Mio €	41.977 Mio €
020	Institutsspezifische Quote des antizyklischen Kapitalpuffers	0,01 %	0,00 %
030	Anforderung an den institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffer	3 Mio €	2 Mio €

Die folgenden Abbildungen zeigen die geografische Verteilung der für die Berechnung des antizyklischen Kapitalpuffers wesentlichen Kreditrisikopositionen der Postbank zum Berichtsstichtag sowie zum Stichtag 31. Dezember 2016:

Geografische Verteilung der für die Berechnung des antizyklischen Kapitalpuffers wesentlichen Kreditrisikopositionen

	Allgemeine Kreditrisikopositionen		Risikopositionen im Handelsbuch		Verbriefungsrisikopositionen		Eigenmittelanforderungen				Gewichtungen der Eigenmittelanforderungen	Quote des antizyklischen Kapitalpuffers
	Risikopositionswert (SA)	Risikopositionswert (IRB)	Summe der Kauf- und Verkaufsposten im Handelsbuch	Wert der Risikoposition im Handelsbuch (interne Modelle)	Risikopositionswert (SA)	Risikopositionswert (IRB)	Davon: Allgemeine Kreditrisikopositionen	Davon: Risikopositionen im Handelsbuch	Davon: Verbriefungsrisikopositionen	Summe		
	010	020	030	040	050	060	070	080	090	100	110	120
30.06.2017	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	%	%
Belgien	93	397	-	-	-	-	11	-	-	11	0	0,00
Dänemark	1	44	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,00
Deutschland	3.264	103.285	-	-	-	-	2.453	-	-	2.453	87	0,00
Finnland	0	366	-	-	-	-	5	-	-	5	0	0,00
Frankreich	28	2.239	-	-	-	-	54	-	-	54	2	0,00
Großbritannien	1	1.852	-	-	-	-	48	-	-	48	2	0,00
Irland	0	120	-	-	-	-	5	-	-	5	0	0,00
Italien	2	2.049	-	-	-	-	45	-	-	45	2	0,00
Luxemburg	1.019	525	-	-	-	-	51	-	-	51	2	0,00
Niederlande	1	1.656	-	-	-	-	57	-	-	57	2	0,00
Österreich	3	582	-	-	-	-	11	-	-	11	0	0,00
Polen	13	226	-	-	-	-	10	-	-	10	0	0,00
Portugal	0	89	-	-	-	-	1	-	-	1	0	0,00
Schweden	0	400	-	-	-	-	7	-	-	7	0	2,00
Slowakei	1	6	-	-	-	-	0	-	-	0	0	0,00
Spanien	3	557	-	-	-	-	15	-	-	15	1	0,00
Tschechien	5	39	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,50
Sonstige EU	0	89	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,00
Summe EU	4.434	114.521	-	-	-	-	2.779	-	-	2.779	99	
Hongkong	0	3	-	-	-	-	0	-	-	0	0	1,25
Indien	12	17	-	-	-	-	1	-	-	1	0	0,00
Island	0	-	-	-	-	-	0	-	-	0	0	1,00
Norwegen	0	115	-	-	-	-	2	-	-	2	0	1,50
Russische Föderation	18	5	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,00
Schweiz	28	182	-	-	-	-	6	-	-	6	0	0,00
Türkei	0	41	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,00
USA	1	371	-	-	-	-	50	-	0	5	0	0,00
Sonstige Drittstaaten	32	154	-	-	-	-	8	-	-	8	0	0,00
Summe Drittstaaten	91	888	-	-	-	50	26	-	0	26	1	
Summe	4.525	115.409	-	-	-	50	2.805	-	0	2.805	100	

Geografische Verteilung der für die Berechnung des antizyklischen Kapitalpuffers wesentlichen Kreditrisikopositionen

	Allgemeine Kreditrisikopositionen		Risikopositionen im Handelsbuch		Verbriefungsrisikopositionen		Eigenmittelanforderungen			Gewichtungen der Eigenmittelanforderungen	Quote des antizyklischen Kapitalpuffers	
	Risikopositionswert (SA)	Risikopositionswert (IRB)	Summe der Kauf- und Verkaufsposten im Handelsbuch	Wert der Risikoposition im Handelsbuch (interne Modelle)	Risikopositionswert (SA)	Risikopositionswert (IRB)	Davon: Allgemeine Kreditrisikopositionen	Davon: Risikopositionen im Handelsbuch	Davon: Verbriefungsrisikopositionen			
	010	020	030	040	050	060	070	080	090	100	110	120
31.12.2016	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	%	%
Belgien	101	329	-	-	-	-	9	-	-	9	0	0,00
Dänemark	0	132	-	-	-	-	7	-	-	7	0	0,00
Deutschland	3.301	101.469	-	-	-	-	2.425	-	-	2.425	87	0,00
Finnland	0	406	-	-	-	-	8	-	-	8	0	0,00
Frankreich	10	2.288	-	-	-	-	56	-	-	56	2	0,00
Großbritannien	1	1.903	-	-	-	-	58	-	-	58	2	0,00
Irland	0	85	-	-	-	-	4	-	-	4	0	0,00
Italien	4	2.153	-	-	-	-	46	-	-	46	2	0,00
Luxemburg	982	631	-	-	-	-	56	-	-	56	2	0,00
Niederlande	2	1.295	-	-	-	-	42	-	-	42	2	0,00
Österreich	3	484	-	-	-	-	11	-	-	11	0	0,00
Polen	5	198	-	-	-	-	9	-	-	9	0	0,00
Portugal	0	85	-	-	-	-	1	-	-	1	0	0,00
Schweden	0	352	-	-	-	-	6	-	-	6	0	1,50
Slowakei	0	10	-	-	-	-	0	-	-	0	0	0,00
Spanien	5	507	-	-	-	-	14	-	-	14	1	0,00
Tschechien	5	34	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,00
Sonstige EU	1	58	-	-	-	-	1	-	-	1	0	0,00
Summe EU	4.420	112.419	-	-	-	-	2.755	-	-	2.755	98	
Hongkong	0	3	-	-	-	-	0	-	-	0	0	0,63
Norwegen	0	147	-	-	-	-	2	-	-	2	0	1,50
Russische Föderation	22	3	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,00
Schweiz	25	159	-	-	-	-	8	-	-	8	1	0,00
Türkei	0	41	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,00
USA	1	345	-	-	-	-	55	10	0	10	1	0,00
Sonstige Drittstaaten	35	158	-	-	-	-	7	-	-	7	0	0,00
Summe Drittstaaten	83	856	-	-	-	-	55	31	0	31	2	
Summe	4.503	113.275	-	-	-	-	55	2.786	0	2.786	100	

Ein Kapitalpuffer für systemische Risiken gemäß § 10e KWG wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bisher nicht angeordnet. Ebenso wenig wurde die Postbank als global systemrelevantes (§ 10f KWG) oder anderweitig systemrelevantes (§ 10g KWG) Institut eingestuft und unterliegt daher aktuell keinen weiteren Kapitalpufferanforderungen. Daher beläuft sich die aktuelle kombinierte Kapitalpufferanforderung gemäß § 10i KWG für die Postbank

auf eine Quote von 1,26%. Über diese Kapitalpufferanforderungen hinaus kann die zuständige Aufsichtsbehörde gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) Banken zusätzliche Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die über den gesetzlichen Mindestanforderungen liegen. Die Postbank erfüllt in diesem Zusammenhang alle an sie gerichteten Mindestkapitalanforderungen.

Eigenkapitalsteckbriefe sowie Verträge bzw. Prospekte der begebenen Eigenkapitalinstrumente

Gemäß Art. 437 Abs. 1 b) und c) CRR haben Institute im Anwendungsbereich der CRR eine Beschreibung der Hauptmerkmale sowie die vollständigen Bedingungen der von ihnen begebenen Instrumente des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals offenzulegen. Dieser Verpflichtung kommt die Postbank im Rahmen der Veröffentlichung auf ihrer Internetseite nach. Die entsprechenden Angaben werden vierteljährlich aktualisiert. Die Angaben sind unter folgendem Link abrufbar: https://www.postbank.de/postbank/ir_kapitalinstrumente_prospekte.html.

Eigenmittelanforderungen

Im Nachfolgenden wird die auf Basis regulatorischer Bemessungsgrundlagen ermittelte Eigenmittelunterlegung, getrennt nach Risikoarten und Ansatz, dargestellt, wobei die Eigenmittelunterlegung – unter Berücksichtigung der gültigen Übergangsbestimmungen der CRR und der SolvV – die jeweils mit 8 % multiplizierte Summe der anzurechnenden risikogewichteten Positionsbeträge darstellt. Die Gesamtsumme der Eigenmittelunterlegung betrug zum 30. Juni 2017 insgesamt 3.338 Mio € (31. Dezember 2016: 3.360 Mio €).

Eigenmittelunterlegungen nach Risikoarten und Ansatz

	30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Gesamtrisikobetrag für Kreditrisiken, kalkuliert im Standardansatz		
Staaten und Zentralbanken	–	–
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	0	0
Öffentliche Stellen	4	4
Multilaterale Entwicklungsbanken	–	–
Internationale Organisationen	–	–
Institute	3	5
Unternehmen	61	60
Mengengeschäft	131	131
Durch Immobilien besicherte Positionen	35	34
Ausgefallene Positionen	9	10
Gedekte Schuldverschreibungen	–	–
Organismen für gemeinsame Anlagen	–	–
Standardansatz insgesamt	243	244
Gesamtrisikobetrag für Kreditrisiken, kalkuliert auf Basis interner Einstufungen		
IRB-Basis-Ansatz		
Staaten und Zentralbanken	–	–
Institute	21	31
Unternehmen	296	318
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	317	349
Fortgeschrittener IRBA		
Staaten und Zentralbanken	1	1
Institute	89	81
Unternehmen	554	543
Mengengeschäft, durch Immobilien besichert, gegenüber KMU	0	0
Mengengeschäft, durch Immobilien besichert, nicht gegenüber KMU	1.076	1.062
Mengengeschäft, qualifiziert revolving	7	7
Mengengeschäft, Sonstige, gegenüber KMU	7	7
Mengengeschäft, Sonstige, nicht gegenüber KMU	401	389
Fortgeschrittener IRBA insgesamt	2.135	2.090
Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen	154	145
IRB-Ansätze insgesamt	2.606	2.584
Gesamtrisikobetrag für Verbriefungspositionen		
Verbriefungspositionen (IRBA)	0	0
Verbriefungspositionen (Standardansatz)	–	–
Risiken aus Verbriefungspositionen insgesamt	0	0
Gesamtrisikobetrag für Beteiligungspositionen		
Beteiligungspositionen bei Methodenfortführung/Grandfathering	18	19
Beteiligungspositionen (einfacher Risikogewichtungsansatz im IRBA)	10	11
Börsengehandelt	–	–
Positionen aus privatem Beteiligungskapital in ausreichend diversifizierten Portfolios	–	–
Sonstige Beteiligungspositionen	10	11
Beteiligungspositionen mit aufsichtsrechtlichem Risikogewicht gemäß Art. 48 CRR	0	0
Risiken aus Beteiligungspositionen insgesamt	28	30
Weitere Gesamtrisikobeträge		
Börsengehandelte Schuldtitel (kalkuliert im Standardansatz)	–	–
Fremdwährungspositionen (kalkuliert im Standardansatz)	7	5
Sonstige Marktrisikopositionen (kalkuliert im Standardansatz)	–	–
Gesamtrisikobetrag für Operationelle Risiken (kalkuliert im Standardansatz)	430	466
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung (CVA, kalkuliert im Standardansatz)	12	20
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei (ZGP)	12	11
Sonstige Gesamtrisikobeträge	–	–
Summe	3.338	3.360

Verschuldungsquote

Mit der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht wurde die Verschuldungsquote als neue Beobachtungskennzahl definiert. Für 2015 erfolgte erstmals die Offenlegung gemäß Art. 451 CRR, und mit Inkrafttreten des CRR II-Reformpakets wird die Einführung einer verbindlichen Mindestquote als Säule 1 Anforderung erwartet. Ziel der Festlegung einer Verschuldungsquote ist die Begrenzung der Verschuldung in der Bankenbranche und die Verringerung des Risikos eines ungeplanten, destabilisierenden Schuldenabbauprozesses in wirtschaftlichen Stresssituationen.

Die Verschuldungsquote ist der Quotient aus dem Kernkapital und der Gesamtrisikopositionsmessgröße. Die Gesamtrisikopositionsmessgröße ist die Summe aller Aktiva und außerbilanziellen Positionen. Insbesondere bei Derivaten, Pensionsgeschäften und außerbilanziellen Geschäften werden spezifische Anrechnungsvorgaben gemäß Art. 429 CRR angewendet.

Die nachfolgenden Angaben zur Verschuldungsquote entsprechen den Anforderungen gemäß Art. 429 CRR sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2016/200 für die Offenlegung der Verschuldungsquote vom 15. Februar 2016. In Übereinstimmung mit der Offenlegung der Eigenmittel wird das Kernkapital unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen ausgewiesen.

In der nachstehenden Tabelle wird die Bilanzsumme der Postbank auf die Gesamtrisikopositionsmessgröße übergeleitet. Die Anrechnung der Aktiva für die Verschuldungsquote und die in der Tabelle dargestellten Anpassungseffekte ergeben sich aus den Bestimmungen der CRR:

- Anpassung durch Konsolidierung: Für die Ermittlung der Gesamtrisikopositionsmessgröße ist der gleiche regulatorische Konsolidierungskreis einzubeziehen wie für die Berechnung der Eigenmittel.
- Anpassungen für derivative Finanzinstrumente: Derivatepositionen werden auf Basis der aktuellen Wiederbeschaffungskosten unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlich anerkannter Nettingvereinbarungen angesetzt; dieser Betrag kann um erhaltene Sicherheiten reduziert werden. Für einen möglichen Anstieg der Wiederbeschaffungskosten wird ein Aufschlag nach der Marktbewertungsmethode ermittelt.
- Anpassungen für Pensionsgeschäfte: Unter bestimmten Bedingungen dürfen Barforderungen mit Barverbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften aufgerechnet werden; es ist ein Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko zu ermitteln.
- Anpassung für außerbilanzielle Geschäfte: Bei außerbilanziellen Positionen wird deren Nominalbetrag mit den Umrechnungsfaktoren des Kreditrisikostandardansatzes gewichtet. Dabei ist eine Untergrenze von mindestens 10 % zu beachten; gebildete Risikovorsorge darf diesen Anrechnungsbetrag nicht mindern.
- Sonstige Anpassungen: Aktiva, die in der Eigenmittelberechnung als Kapitalabzugsposten berücksichtigt werden, sind nicht Bestandteil der Gesamtrisikopositionsmessgröße.

Überleitung der Bilanzsumme zur Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote

		30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
1	Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	144.829	147.197
2	Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	-266	-266
3	(Anpassung für Treuhandvermögen, das nach dem geltenden Rechnungslegungsrahmen in der Bilanz angesetzt wird, aber gemäß Art. 429 Abs. 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleibt)	-	-
4	Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	440	366
5	Anpassung für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	22	300
6	Anpassung für außerbilanzielle Posten (d. h. Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	6.039	5.623
EU-6a	(Anpassung für gruppeninterne Risikopositionen, die gemäß Art. 429 Abs. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleiben)	-	-
EU-6b	(Anpassung für Risikopositionen, die gemäß Art. 429 Abs. 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleiben)	-	-
7	Sonstige Anpassungen	-1.579	-1.090
8	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	149.485	152.130

Die folgende Tabelle zeigt Teilbeträge der Gesamtrisikopositionsmessgröße für alle Aktiva und außerbilanziellen Geschäfte sowie mögliche Ausnahmetatbestände gemäß Art. 429 CRR und das Kernkapital unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen:

Berechnung der Verschuldungsquote

		30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
Bilanzielle Risikopositionen (ohne Derivate und SFT)			
1	Bilanzwirksame Posten (ohne Derivate, SFT und Treuhandvermögen, aber einschließlich Sicherheiten)	142.479	141.105
2	(Bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogene Aktivabeträge)	-1.624	-1.629
3	Summe der bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate, SFT und Treuhandvermögen) (Summe der Zeilen 1 und 2)	140.855	139.476
Risikopositionen aus Derivaten			
4	Wiederbeschaffungswert aller Derivatgeschäfte (d. h. ohne anrechenbare, in bar erhaltene Nachschüsse)	283	332
5	Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert in Bezug auf alle Derivatgeschäfte (Marktbewertungsmethode)	569	567
EU-5a	Risikoposition gemäß Ursprungsrisikomethode	-	-
6	Hinzurechnung des Betrags von im Zusammenhang mit Derivaten gestellten Sicherheiten, die nach dem geltenden Rechnungslegungsrahmen von den Bilanzaktiva abgezogen werden	-	-
7	(Abzüge von Forderungen für in bar geleistete Nachschüsse bei Derivatgeschäften)	-	-
8	(Ausgeschlossener ZGP-Teil kundengeclearter Handelsrisikopositionen)	-	-
9	Angepasster effektiver Nominalwert geschriebener Kreditderivate	-	-
10	(Aufrechnungen der angepassten effektiven Nominalwerte und Abzüge der Aufschläge für geschriebene Kreditderivate)	-	-
11	Summe der Risikopositionen aus Derivaten (Summe der Zeilen 4 bis 10)	852	899
Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)			
12	Brutto-Aktiva aus SFT (ohne Anerkennung von Netting), nach Bereinigung um als Verkauf verbuchte Geschäfte	1.716	9.852
13	(Aufgerechnete Beträge von Barverbindlichkeiten und -forderungen aus Brutto-Aktiva aus SFT)	-	-4.020
14	Gegenparteiausfallrisikoposition für SFT-Aktiva	22	300
EU-14a	Abweichende Regelung für SFT: Gegenparteiausfallrisikoposition gemäß Art. 429b Abs. 4 und Art. 222 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-
15	Risikopositionen aus als Beauftragter getätigten Geschäften	-	-
EU-15a	(Ausgeschlossener ZGP-Teil von kundengeclearnten SFT-Risikopositionen)	-	-
16	Summe der Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (Summe der Zeilen 12 bis 15a)	1.738	6.132
Sonstige außerbilanzielle Risikopositionen			
17	Außerbilanzielle Risikopositionen zum Bruttonominalwert	24.666	24.206
18	(Anpassungen für die Umrechnung in Kreditäquivalenzbeträge)	-18.627	-18.583
19	Sonstige außerbilanzielle Risikopositionen (Summe der Zeilen 17 und 18)	6.039	5.623
(Bilanzielle und außerbilanzielle) Risikopositionen, die nach Art. 429 Abs. 7 und 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unberücksichtigt bleiben dürfen			
EU-19a	(Gemäß Art. 429 Abs. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 nicht einbezogene (bilanzielle und außerbilanzielle) gruppeninterne Risikopositionen (Einzelbasis))	-	-
EU-19b	(Bilanzielle und außerbilanzielle) Risikopositionen, die nach Art. 429 Abs. 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unberücksichtigt bleiben dürfen	-	-
Eigenkapital und Gesamtrisikopositionsmessgröße			
20	Kernkapital	5.872	5.851
21	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Summe der Zeilen 3, 11, 16, 19, EU-19a und EU-19b)	149.485	152.130
Verschuldungsquote			
22	Verschuldungsquote	3,93 %	3,85 %
Gewählte Übergangsregelung und Betrag ausgebuchter Treuhandpositionen			
EU-23	Gewählte Übergangsregelung für die Definition der Kapitalmessgröße	Übergangsregelung	Übergangsregelung
EU-24	Betrag des gemäß Art. 429 Abs. 11 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgebuchten Treuhandvermögens	-	-

Im Berichtszeitraum hat sich die Verschuldungsquote der Postbank verbessert. Zum Berichtsstichtag betrug die Verschuldungsquote 3,93 %, gegenüber 3,85 % zum Vergleichsstichtag. Wesentliche Treiber dieser Entwicklung sind ein Anstieg des Kernkapitals (vgl. hierzu Kapitel „Eigenmittelzusammensetzung und Eigenmittelüberleitung“) und die planmäßige Reduzierung der Bilanzsumme.

Durch die Optimierung der Bilanzsumme wurde die Gesamtrisikopositionsmessgröße auf 149.485 Mio € (31. Dezember 2016: 152.130 Mio €) reduziert. Dem Rückgang bei den Wertpapierfinanzierungsgeschäften um 4.394 Mio € auf 1.738 Mio € (31. Dezember 2016: 6.132 Mio €) steht ein

Anstieg bei sonstigen bilanzwirksamen Risikopositionen um 1.379 Mio € auf 140.855 Mio € (31. Dezember 2016: 139.476 Mio €) gegenüber. Die außerbilanziellen Risikopositionen sind im Berichtszeitraum um 416 Mio € auf 6.039 Mio € angestiegen, und der Anrechnungsbetrag für Derivate ging um 47 Mio € auf 852 Mio € zurück.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über sämtliche bilanzielle Risikopositionen mit Ausnahme von Derivaten und Pensionsgeschäften, aufgeteilt nach aufsichtsrechtlichem Handelsbuch und Anlagebuch sowie den Risikopositionsklassen für das Adressenausfallrisiko.

Aufschlüsselung von bilanziellen Risikopositionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und ausgenommene Risikopositionen)

		30.06.2017 Mio €	31.12.2016 Mio €
EU-1	Gesamtsumme der bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate, SFT und ausgenommene Risikopositionen)	142.479	141.105
EU-2	Risikopositionen im Handelsbuch	–	–
EU-3	Risikopositionen im Anlagebuch	142.479	141.105
	davon:		
EU-4	Gedekte Schuldverschreibungen	3.505	3.910
EU-5	Risikopositionen, die wie Risikopositionen gegenüber Staaten behandelt werden	31.897	30.671
EU-6	Risikopositionen gegenüber regionalen Gebietskörperschaften, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und öffentlichen Stellen, die nicht wie Risikopositionen gegenüber Staaten behandelt werden	232	255
EU-7	Institute	2.123	3.048
EU-8	Durch Grundpfandrechte auf Immobilien besichert	74.395	75.706
EU-9	Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	10.981	10.637
EU-10	Unternehmen	14.643	11.139
EU-11	Ausgefallene Positionen	1.686	1.393
EU-12	Sonstige Risikopositionen (z. B. Beteiligungen, Verbriefungen und sonstige Aktiva, die keine Kreditverpflichtungen sind)	3.017	4.346

Die Verschuldungsquote stellt im Rahmen des internen Risikomanagementprozesses der Postbank einen wesentlichen Indikator für das Risiko einer übermäßigen Verschuldung des Instituts dar. Aus diesem Grund hat die Postbank die Steuerung der Verschuldungsquote fest in das Risikomanagement und ebenfalls in die Risikostrategie integriert. Der Fachbereich Meldewesen und Capital Management erstellt jährlich eine Mittelfristplanung (3-Jahres-Horizont) für das Kernkapital und die Gesamtrisikopositionsmessgröße sowie fortlaufend Forecast- und Szenarioberechnungen sowie Abweichungsanalysen. Aufbauend hierauf sind die Bilanzvolumen der Aktiv- und Passivprodukte limitiert und ein Frühwarnsystem implementiert. Die Verschuldungsquote (auch unter Stressszenarien) ist fester Bestandteil der vierteljährlichen internen Risikoberichterstattung. Die Ergebnisse zur Verschuldungsquote werden dem Bankrisikokomitee, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat zugeleitet.

Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung (§ 26 a KWG)

Unternehmensführungspraktiken

Zur Implementierung und Umsetzung der Unternehmensführungspraktiken hat die Postbank eine Vision und eine Mission des Unternehmens sowie Konzernwerte formuliert, welche als richtungsweisende Vorgaben die langfristige Ausrichtung der Unternehmenspolitik bestimmen sollen. Vision und Mission geben einen normativen Rahmen für die strategische und die operative Unternehmensführung vor. Somit dienen sie gleichermaßen der Geschäftsleitung, den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Leitbild.

Die Werte und Prinzipien der Postbank, an denen sich das geschäftliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der gesamten Postbank Gruppe ausrichten soll, sind im „Postbank Leitbild“ dokumentiert. Das Leitbild konkretisiert mit Vision und Mission die strategische Ausrichtung der Postbank. Sechs Werte definieren den Weg dahin. Wort und Geist dieser Werte und Prinzipien finden ihre Entsprechung in den Richtlinien und Vorschriften der Postbank (z. B. Organisationshandbücher und Arbeitsanweisungen), die das tägliche Arbeits- und Geschäftsleben bestimmen. Sie reflektieren die Verpflichtung der Postbank zu einem verantwortungsbewussten, ethisch einwandfreien und rechtmäßigen Handeln. Das Leitbild ist für alle leitenden Angestellten der Postbank Gruppe verbindlich und spiegelt sich in den Zielvereinbarungen der Bank wider. Der Stand der Implementierung wird im Rahmen der jährlichen Mitarbeiterbefragung überprüft.

Die folgenden Werte der Postbank Gruppe bilden die Eckpfeiler der Unternehmenskultur:

- Kundenorientierung
- Integrität
- Nachhaltige Leistung
- Innovation
- Partnerschaft
- Disziplin

Sämtliche Mitarbeiter der Postbank Gruppe unterliegen dem „Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank“. Des Weiteren gilt der Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officers“ der Deutschen Bank, für den Chief Financial Officer der Postbank, die Bereichsleiter des Ressorts Finanzen der Postbank sowie den Chief Financial Officer der Postbank Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG.

Darüber hinaus hat für die Postbank das Thema Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert. In ihrer Policy „Grundsätze unternehmerischer Verantwortung – Postbank Gruppe“ hat sie die Ziele, Rollen, Anforderungen und Verantwortlichkeiten nachhaltiger Unternehmensführung definiert. Diese Grundsätze sind auch für die leitenden Angestellten der Postbank verbindlich.

Für die Postbank ist Nachhaltigkeit der verantwortungsvolle Umgang mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Ressourcen, um eine dauerhaft lebenswerte Zukunft für nachfolgende Generationen zu sichern. Als fester Bestandteil der Geschäftsstrategie wird Nachhaltigkeit aktiv in der täglichen Zusammenarbeit gelebt. Lieferanten der Bank werden zur Einhaltung dieser Werte mit dem „Supplier Code of Conduct“ verpflichtet.

Als Unternehmen sind wir ein integraler Bestandteil der Gesellschaft, in der wir agieren. Wir sind überzeugt, dass wir langfristig Vorteile im Wettbewerb gewinnen, indem wir die direkten und mittelbaren Auswirkungen unseres Geschäftsbetriebs auf Umwelt und Gesellschaft aktiv managen. Dadurch können wir ökologische und soziale Chancen besser nutzen, Risiken in unserem Einflussbereich verringern und so nachhaltigen Mehrwert für unsere Stakeholder generieren.

Wir verpflichten uns insbesondere, für unsere Mitarbeiter attraktive und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen und natürliche Ressourcen zu schonen.

Der Fokus der Unternehmensführung richtet sich insbesondere auf eine nachhaltige Wertschöpfung. Klare Werte und Mindeststandards für das Verhalten im täglichen Geschäft sowie die Ausrichtung der Vergütung von Mitarbeitern, Führungskräften, Vorständen und Aufsichtsräten nach Maßgabe nachhaltiger, insbesondere dem Unternehmenserfolg verpflichteter Vorgaben sind hierzu die Grundlage.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Entsprechend der ihm durch das Aktienrecht zugewiesenen Aufgabe, nimmt der Vorstand seine Unternehmensführungsaufgaben wahr. Der Aufsichtsrat übt seine Überwachungs-, Kontroll- und Beratungsaufgaben aus. Die Aktionäre und damit die Eigentümer der Postbank üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Deutsche Postbank AG und vertritt diese nach außen. Die Mitglieder des Vorstands tragen dabei gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Über die Gesamtverantwortung hinaus führen die einzelnen Mitglieder des Vorstands die durch sie vertretenen Ressorts in eigener Verantwortung.

Zum Wohle der Gesellschaft stellen die Mitglieder des Vorstands untereinander die Verfolgung einheitlicher Ziele sicher. Die Abstimmung und Festlegung gemeinsamer Pläne und Ziele sowie der Maßnahmen zu deren Erreichung ist dabei genauso selbstverständlich wie die Entwicklung und Durchsetzung unternehmensweit verbindlicher Richtlinien. Der Vorstand entwickelt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik sowie die Konzernorganisation. Er ist für die Aufstellung der Quartals- und der Halbjahresberichte, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG sowie des Gesamtkonzerns einschließlich der Lageberichte verantwortlich. Weiterhin trägt der Vorstand Sorge für die Einhaltung von Rechtsvorschriften und von behördlichen Regelungen.

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens sowie die Unternehmensplanung regelmäßig mit dem Aufsichtsrat ab und unterrichtet ihn über den Stand der Zielerreichung und der Strategieumsetzung.

Der Vorstand berät sich in regelmäßigen Vorstandssitzungen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen, der die Arbeit im Vorstand koordiniert. Die Einberufung einer Sitzung durch den Vorstandsvorsitzenden außerhalb des Sitzungsturnus erfolgt bei Eilbedürftigkeit oder auf Antrag zweier Vorstandsmitglieder. Die für die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands erforderlichen Mehrheitsanforderungen, die der Verantwortung des Gesamtvorstands vorbehaltenen Angelegenheiten und die jeweils gültige Ressortverteilung der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt. Für die Erleichterung der Amtseinführung sowie für Fortbildungen werden den Vorstandsmitgliedern angemessene personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Für ein effizientes Entscheidungsmanagement hat der Vorstand Komitees mit eigener Beschluss- bzw. Entscheidungsvorbereitungskompetenz gebildet. Die Gremien dienen sowohl dem Informationsaustausch zu bedeutenden steuerungsrelevanten Themen wie auch der Vorbereitung von Entscheidungen des Vorstands. Die Zusammensetzung und die Zuständigkeiten der Komitees sind in den jeweiligen Geschäftsordnungen geregelt. Änderungen in den Geschäftsordnungen bedürfen der Zustimmung des Gesamtvorstands. Die gebildeten Ausschüsse sind gegenüber dem Gesamtvorstand berichtspflichtig.

In der Zuständigkeit des Operating Committee liegen das Kosten- und Ressourcenmanagement sowie die Steuerung von Investitions- und Projektvorhaben.

Aufgabenschwerpunkte des Reputationskomitees sind die Festlegung von Leitlinien und Prüfkriterien für Produkte und Prozesse zur Erkennung, Beurteilung und Eskalierung von möglichen Reputationschäden sowie die Überwachung dieser Leitlinien.

Das Bankrisikokomitee stellt die risikoartenübergreifende Steuerung, Planung und Überwachung aller wesentlichen und unwesentlichen Risiken in der Postbank Gruppe sicher. Dem Komitee obliegt die strategische Gesamtsteuerung der Risikosituation und des Risikoprofils der Postbank Gruppe innerhalb der vom Gesamtvorstand gesetzten Rahmenbedingungen (ICAAP- und ILAAP-Prozess; Kapitalmanagement). Das Bankrisikokomitee wird bei der Ausübung seiner Aufgaben durch das Marktrisikokomitee, das Komitee für Operationelle Risiken, das Deckungsgeschäftskomitee, das Modell- und Validierungskomitee, das Kreditrisikokomitee, das Data-Quality-Komitee, das Bankrisikokomitee BHW, das Regulatorik RADAR Komitee, das Auslagerungskomitee sowie durch das NCOU-Komitee unterstützt.

Der Kundenbankausschuss hat eine beratende, koordinierende und entscheidungsvorbereitende Funktion für den Vorstand der Postbank. Er arbeitet die Vertriebsstrategie aus, führt eine regelmäßige Überwachung der Vertriebswege und der Produktmaßnahmen durch und gibt Impulse für die Weiter- und Neuentwicklung von Produkten.

Das Investitionskomitee verantwortet die Bewertung über Kapitalinvestitionen und M&A-Transaktionen einschließlich

der Umstrukturierungsportfolios im Beteiligungsmanagement.

Aufgabenschwerpunkte des Asset-Liability-Komitees sind die Verzahnung der strategischen Gesamtbanksteuerung mit der Risiko- und Produktsteuerung sowie die Optimierung der Bilanz- und Kapitalstruktur und der Liquiditätssteuerung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand. Seine Mitglieder erfüllen die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen und widmen ihren Aufgaben ausreichend Zeit. Zur Amtseinführung sowie zur Fortbildung der Aufsichtsratsmitglieder werden angemessene personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt. In Geschäfte von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen wird der Aufsichtsrat unmittelbar – auch über satzungsgemäße bzw. in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegte Zustimmungsvorbehalte – eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des 20-köpfigen Aufsichtsrats. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur Wahl durch die nächste Hauptversammlung ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Davon sind sieben Mitglieder des Aufsichtsrats Arbeitnehmer des Unternehmens, darunter ein leitender Angestellter. Drei weitere Aufsichtsratsmitglieder sind Vertreter von den im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften.

Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat acht Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Risiko-, Vergütungskontroll-, Nominierungs- und Vermittlungsausschuss sowie der Ausschuss Digitale Transformation.

Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung und Arbeitsweise, Funktion und Sitzungsinhalten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse.

Für die Besetzung des Aufsichtsrats der Postbank wurden Zielsetzungen formuliert, die sicherstellen sollen, dass seine Mitglieder insgesamt über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen für eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands verfügen. Bei den zur Wahl vorgeschlagenen Personen soll auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit geachtet werden. Dem Aufsichtsrat sollen mindestens elf unabhängige Mitglieder angehören. Es wird davon ausgegangen, dass der Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses die Unabhängigkeit der Arbeitnehmervertreter an sich nicht in Frage stellt. Mitglieder des Aufsichtsrats sollen insbesondere keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden. Für die Mitglieder des Aufsichtsrats bestehen eine Regelaltersgrenze von 72 Jahren und eine Regelzugehörigkeitsgrenze von 20 Jahren. Bei der Besetzung des Aufsichtsrats ist ferner auf das Vorliegen von internationaler Erfahrung zu achten.

Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 15 % und 30 % der Mitglieder unseres Aufsichtsrats Frauen. Im Berichtszeitraum gehörten sechs Frauen dem Aufsichtsrat an, dies entspricht einem Anteil von 30 %. Der Aufsichtsrat hat damit den bis zum Jahr 2017 auf 30 % festgelegten Zielwert bereits erreicht.

Die Effektivität der Aufsichtsratsarbeit wird regelmäßig, mindestens einmal jährlich im Rahmen einer Effizienzprüfung überprüft. 2016 wurden erneut zudem Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands sowie des Aufsichtsrats und die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Mitglieder beider Gremien sowie der Organe in ihrer Gesamtheit bewertet.

Die aktuelle Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse und die Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat wurden positiv bewertet. Die Mitglieder beider Gremien verfügen über die wesentlichen Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten für eine effektive Geschäftsleitungs- und Aufsichtsratsaktivität in der Postbank. Im Falle von Nachbesetzungen werden die im Rahmen der Effizienzprüfung gewonnenen Erkenntnisse zu den Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen zu berücksichtigen sein.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat basiert auf einer ausreichenden Informationsversorgung des Aufsichtsrats über die Themen des Unternehmens. Dies sicherzustellen ist Aufgabe und gemeinsames Bestreben von Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat – sowie seiner Ausschüsse – und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs-, Kontroll- und Beratungspflichten nachzukommen hat. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sind sowohl in der Geschäftsordnung des Vorstands als auch in der des Aufsichtsrats festgelegt.

Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in einem intensiven Dialog zu relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, der Compliance und zu strategischen Maßnahmen aus. Insbesondere die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand stehen in regelmäßigem Kontakt.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen. Interessenkonflikte sind gegenüber dem Aufsichtsrat anzuzeigen. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen in der Regel zur Beendigung des Mandats. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung.

Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. des Präsidialausschusses.

Impressum

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Corporate Controlling/Treasury
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Konzept, Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Corporate Controlling/Treasury

Investor Relations

Telefon: 0228 920 -18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Dieser Zwischenbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Zwischenberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Zwischenberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.